ZEITSCHRIFT FUR

TOTAL MARKET OF THE POST OF TH

VERBURDEN HIT DER ZEITECHBIFT

WELTPOLITIK&
WELTWIRTSCHAFT

VII. JAHRGANG

HEFT / AUGUST 1930

BEER: Das europäische Gespräch über das europäische Schicksal

TOPF: Zur Konferenz von Sinala

HOGE: Das Bevölkerungsproblem Südafrikas

IAUSHOFER: Ost- und Südafrika im indischen Lichte

TACKE: Die Wirtschaft Britisch-Indiens REITLER: Kolonisation und Volksseuche

BERLIN / KURT VOWINCKEL VERLAG GMBH.

ZEITSCHRIFT FUR GEOPOLITIK

WELTPOLITIK UND WELTWIRTSCHAFT

Herausgeber Dr. K. Haushofer, Honorarprofessor an der Universität, Gen.-Major a. D., München O 27, Kelberger Straße 13, Tel. 25044; Dr. E. Obst, o. Professor an der Techn. Hochehule, Hennover, Alleestraße 18, Tel. 55036; Dr. O. Mault, e. Professor an der Universität Graz, Hilmteicharaße 22, Tel. 2555 und Dr. Gerhard Perrmann, Leipzig, Burgstraße 14, III
ant. ständig, Mitarbeit von Dr. Kurt Wiednifeld, Geh. Leg.-Rat, e. Prof. a. d. Univ., Leipzig, Kaiser-Wilhelm-Str. 30 u. Privatdot. Dr. Herm. Lautentach, Gießen, Ostanlage 25, Schriftleitung: Dr. H. J. Rust, Berlin-Grunewald, Hohenzollerndamm 85, Tel. Pfalkburg 225,

VII. JANREANG / HEFT 8 / AUG. 1930

GEOPOLITISCHE BERICHTERSTATTUNGEN: Brich Obst Berichterstattung aus Europa und Afrika 585 * Karl Haushofer Bericht über den indopazifischen Raum 591 Otto Maull Berichterstattung aus der amerikanischen Welt 500 DEUTSCHE AUSSENPOLITIK: M. Beer Das europäische Gespräch über das europäische GEOPOLITISCHE UNTERSUCHUNGEN? J. Hoge Das Bevölkerungsproblem Südafrikas 618 M. R. Breyne Deutschlands Anteil an der Besiedlung Sud-H. Römer Liberia und die Vereinigten Staaten 637 R. Reitler Kolonisation und Volksseuche I 643 AUS DER WELTWIRTSCHAFT: LITERATURBERICHTE: E. Obst und H. J. Rust ... Literaturbericht aus Europa und Afrika 658

EINEELHEFT RM. 2.50

" Die Aufsätze enthalten Kartenbeigaben

Vierteljahr RH. 6.- /Jahrgang mit Register RM. 26.-

Gebunden RM. 30 .- / Register für den Jahrgang RM. 1 .- / Inhaltsverzeichnie kostenlos/Einbanddecke f. den Halbjahresband RM. 2 .-POSTS CHECKNONTO: MURT VOWING KEL VERLAGY BERLIN 18769 / WIEN 55918

ANSCHRIFTEN DER MITARBEITER

Dr. M. Beer, Genf, Schweiz, 15 Chemin de Contamines - Dr. Marc. R. Breyne, Dozent am Orientalischen Seminar der Universität Berlin, z. Z. auf Studienreise in Südafrika - Dr. K. Haushofer, Gen.-Major a. D., Honorarprofessor a. d. Universität, München O 27, Kolberger Str. 18 - Dr. Gerhard Herrmann, Leipzig. Burgstr. 14 III - Dr. J. Hoge, Universität Stellenbosch, Südafrika - Dr. Otto Maull, o. Professor a. d. Universität Graz, Hilmteichstr. 22 - Dr. E. Obst, o. Professor a. d. Technischen Hochschule, Hannover, Alleestr. 18 - Dr. R. Reitler. Haifa, German colony, house Ehmann, Palestina - Dr. H. Römer, Hamburg, Rosenallee 3 - Dr. H. J. Rust, Berlin-Schmargendorf, Berkaer Str. 2 - Dr. K. Saenger, Präsident des Preußischen Statistischen Landesamtes, Berlin-Dahlem, Falkenried to - G. Tacke, Diplomvolkswirt, Kiel - Dr. E. Topf, Berlin-Charlottenburg, Berliner Str. 54

KURT VOWINCKEL VERLAG / GMBH / BERLIN-GRUNEWALD MONENZOLLENSORMAN RE

Wenn es Aufgabe der praktischen Geopolitik ist, die wahrhaft zukunftsschweren Fragen der Tagespolitik zu sondern von den vergänglichen – dann gewinnt die Gegenüberstellung großen Reiz, die wir unseren Lesern heute bieten:

Dr. M. Beer, lange Zeit deutscher Sachverständiger beim Völkerbund, bringt die gesamten Antworten auf das Briandsche Memorandum auf ihre kürzeste Formel und übersetzt sie damit in verständliche Spräche. An Hand dieser dokumentarischen Zusammenstellung vermag jeder sich die Frage selbst zu beantworten: Welchen Wirklichkeitswert hat der Plan eines europäischen Zusammenschlusses?

Hingegen berichtet Dr. E. Topf über die in der Presse zu wenig beachteten Zusammenschlußtendenzen der östlichen Agrarstaaten; er ergänzt seine Ausführungen durch eine Karte: Industrie- und Agrarstaaten Europas. Bei aller Skepsis: Hier liegen geopolitisch gesehen wenigstens Tatsachen und Möglichkeiten, die gerade Deutschland nicht aus den Augen verlieren sollte.

Die geopolitischen Untersuchungen führen aus Europa und seinen Problemen nach Afrika, mitten hinein in die interkontinentalen Verslechtungen seiner politischen und bevölkerungspolitischen Fragen.

Im Anschluß an den in vorliegendem Heft fortgesetzten, mehr geschichlichen Aufsatz Breynes "Deutschlands Anteil an der Besiedlung Südafrikas" zeichnet Hoge das verworrene und schicksalschwere Bevölkerungsproblem der Südafrikanischen Union in der Gegenwart.

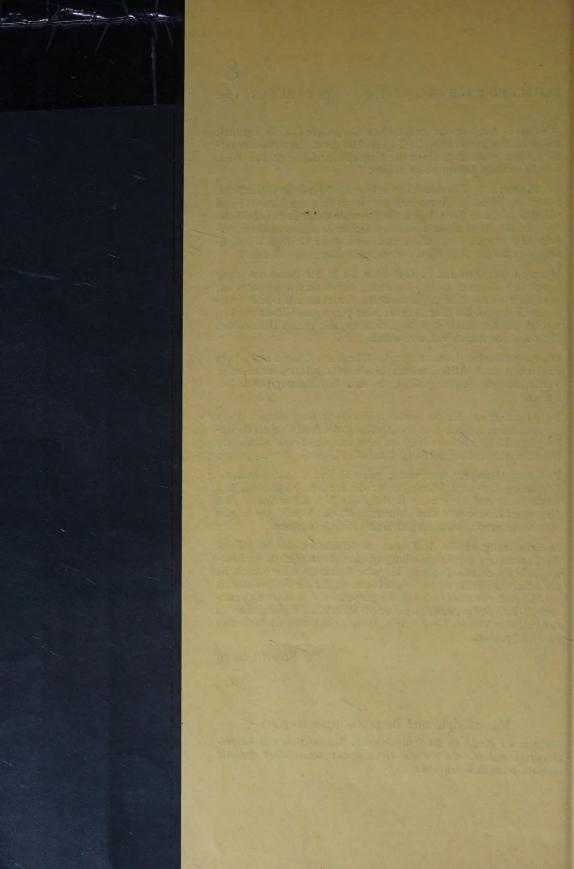
Professor Haushofer untersucht, geistvoll und weitschauend, die Bedeutung Ost- und Südafrikas für die indische Expansion, und Römer weist auf die starken Beziehungen hin, die zwischen dem Negerstaat Liberia und dem "Mutterland", den Vereinigten Staaten von Nordamerika, wirtschaftlich und politisch bestehen.

In Erinnerung an die Ausführungen Schlubachs, der im Juliheft die Gefährdung der Erschließungsarbeiten in tropischen und subtropischen Gebieten durch epidemische Krankheiten hervorhob, ist die Arbeit Dr. Reitlers von hohem Interesse, der die Volksseuche als ein Moment von außerordentlicher geopolitischer Bedeutung untersucht. Durch Reitler, den dzt. Leiter des Malariabekämpfungsdienstes der Palestine Electric Corporation, spricht ein berufener Fachmann zu dem Problem.

Die Schriftleitung

Manuskripte und Besprechungsexemplare

erbitten wir direkt an die Schriftleitung. Manuskripte und Besprechungsexemplare, die an die Herausgeber unmittelbar gesandt werden, erleiden Verzögerung.



ERICH OBST:

Berichterstattung aus Europa und Afrika

Auflösung des Reichstages. — Parteiengezänk und Geopolitik. — Scheitern der Pariser Saarverhandlungen. — Selbstbestimmungsrecht für Eupen-Malmedy! — Intensivierung der ostdeutschen Landwirtschaft zwecks Erhaltung des deutschen Volkstums. — Wettrüsten zwischen Frankreich und Italien. — Englands Schutzzollpolitik. — Der Malta-Konflikt. — Nun auch Schwierigkeiten in Cypern. — Islands 1000 jähriges Staatsjubiläum. — Die Bauernbewegung in Finnland, Estland und Lettland. — Stalins Diktatur. — Prognose der Entwicklung in Rußland. — Die Unruhen in Ägypten. — England und Deutsch-Ostafrika-

Der deutsche Reichstag ist aufgelöst! Während im Westen unseres Vaterlandes die Befreiungsglocken läuten und die Bevölkerung dem greisen Reichspräsidenten zujubelt, bereitet man von Berlin aus den Kampf um den neuen Reichstag vor. Die nämlichen Parteien und Parteibeamten werden die nämlichen Wahlparolen verkünden, die wir schon sattsam kennen und deren Erfolglosigkeit feststeht. Verständlich darum das Liebäugeln weiter Schichten auch des Mittelstandes mit den extremen Flügelparteien, von denen man hofft, sie werden nicht wie die anderen Steine statt Brot reichen. Diese innerpolitische Neuorientierung geht an sich den Geopolitiker nichts an. Wenn wir sie an dieser Stelle überhaupt verzeichnen, so weil wir fürchten, daß mit einer derartig zerspaltenen Volkheit eine fruchtbare, die geopolitischen Belange berücksichtigende Politik weder nach innen noch nach außen zu treiben möglich ist. Was wir benötigen, ist nicht eine Neuorientierung der Wählerschaft in bezug auf die schon vorhandenen Parteien, sondern eine Überwindung des gegenwärtigen Parteielends durch Sammlung der Wählerschaft in großen, ideenhaft begründeten Gemeinschaften ohne berufsständische Interessenwirtschaft. Ob das deutsche Volk hierzu reif ist, ob es die Parteibonzen überwindet und sich nach Klärung und Vertiefung seines geopolitischen Weltbildes endlich wieder zu weitschauendem politischem Handeln aufraffen wird, kann nur die Zukunft lehren. Wir stehen offenbar am Vorabend einer allgemeinen Krisis des deutschen Parlamentarismus, und es ist sicher, daß bedeutungsvolle geopolitische Probleme davon betroffen werden: Neugliederung des Reiches mit dem Ziel, durch Vereinfachung der Verwaltung sparsamer zu wirtschaften; endgültige Regelung der Fragen im Saargebiet, in Eupen-Malmedy und im Bereich des deutschen Ostens; das Minderheitenproblem; die Frage der europäischen Wirtschaftsunion; Klärung des Verhältnisses zwischen der europäischen Staatenwelt auf der einen, USA. und British Empire auf der anderen Seite u. a. m.

Das Scheitern der Pariser Saarverhandlungen wird in der deutschen Presse fast durchweg als ein Aussluß französischer Begehrlichkeit hingestellt. Wir sind weit davon entfernt, eine solche in Abrede zu stellen. Ebenso bestimmt aber nehmen wir an, daß diese französische Begehrlichkeit durch die Erschütterung der deutschen innerpolitischen Lage bestärkt worden ist. Einem in sich schwachen Verhandlungspartner wagt man Zugeständnisse abzutrotzen, die unter anderen politischen Voraussetzungen kaum ernsthaft erwogen würden. Ob überdies die eingeleiteten französisch-italienischen Besprechungen von Einfluß auf die Haltung Frankreichs in der Saarfrage gewesen sind, bleibt einstweilen ungewiß.

In Belgien, das bis auf den heutigen Tag das lügnerische Kriegsgreuelmuseum in Zeebrügge staatlich unterstützt (!), ist die Eupen-Malmedy-Frage in letzter Zeit wieder stärker hervorgetreten. Im Lütticher Provinzialrat ist mit allem Freimut das Verlangen nach einer neuen, unbeeinflußten Volksbefragung geäußert worden. Noch mehr Aufmerksamkeit erregte der Aufruf der vier deutschen Zeitungen in Eupen-Malmedy an die belgische Regierung. Wir geben daraus die fol-

genden Kernsätze wieder:

"Alle Welt weiß, und auch objektiv denkende Belgier geben zu, daß die Volksbefragung von 1920 eine Komödie und daher als Voraussetzung für unsere Abtrennung vom Reich untragbar war. Die Behauptung, die Mehrheit unserer Bevölkerung wolle bei Belgien verbleiben, ist durch die Wahlen von 1929 überzeugend widerlegt worden. Die Christliche Volkspartei wie auch die Sozialdemokratische Partei gingen in den Wahlkampf mit der Parole: Selbstbestimmung und Volksbefragung! Die überwältigende Mehrheit unserer Wähler (85%), gab ihnen die Stimme. Eupen-Malmedy hatte damit erklärt, daß es mit seinem jetzigen politischen status nicht einverstanden sei. Wir sind der festen Überzeugung, daß eine baldige gerechte Lösung der Frage Eupen-Malmedy geeignet ist, den leider immer noch ungeprüften Beziehungen zwischen Belgien und Deutschland eine entscheidende Wendung zum Besseren zu geben. Durch die Lösung der Frage Eupen-Malmedy beweise Belgien vor aller Welt, daß es ein Land wahrer Freiheit ist, nicht nur der Freiheit einer Mehrheit zur Unterdrückung einer Minderheit. Eine ungelöste Frage Eupen-Malmedy aber wäre ein ewiger untilgbarer Hohn auf die belgische Freiheit selbst und ihre jetzige Jahrhundertfeier."

Für den deutschen Osten ist die Zeit zu ähnlich deutlichen politischen Erklärungen offenbar noch nicht gekommen, denn Polen setzt sein Begehren nach Beseitigung eines unerträglichen Unrechts gleich einem Angriff auf die nationale Ehre. Einstweilen spielt daher die Erhaltung und Stärkung des Deutschtums innerhalb der Diktatgrenzen noch immer eine größere Rolle als die Beseitigung dieser Diktatgrenzen selbst. In diesem Zusammenhang muß auf einen in der D. A. Z. veröffentlichten, sehr wichtigen Vorschlag von W. Volz-Leipzig nachdrücklich hingewiesen worden ("Neue Wege für die ostdeutsche Wirtschaft"). Wilhelm Volz, der rührige Organisator der deutschen Volkstumsforschung, dem wir bei dieser Gelegenheit die herzlichsten Glückwünsche zum 60. Geburtstag darbringen (11. August), sieht keine Möglichkeit, die ostpreußische Landwirtschaft als Basis des Deutschtums zu retten, ohne daß hier wesentliche Strukturveränderungen vorgenommen werden. Getreide- und Kartoffelbau werden in Anbetracht der hohen Kosten des Transports zum westdeutschen Markt unrentabel bleiben, solange man diese agrarischen Rohstoffe unveredelt zum Export gelangen läßt. Wesentlich bessere Aussichten würden sich ergeben, wenn Ostpreußens Landwirtschaft dazu überginge, eine intensive Schweinemast einzurichten und das Fleischmaterial in riesigen Großschlächtereien nach Chikagos Vorbild in Ostpreußen selbst zu verarbeiten. Der Gedanke von Volz scheint uns sehr beachtenswert. Aber wird er die genügende Beachtung finden, in einer Zeit, wo die Abfassung eines möglichst zugkräftigen Wahlaufrufs Trumpf ist und jede Partei jeder anderen die Führung streitig macht?

Derweilen Parteien und Regierung in Deutschland den Gegensatz bis zum Außersten getrieben haben, vollzieht sich vor unseren Toren ein Wettrüsten zwischen Frankreich und Italien, das beiderseits die natürlich auch hier vorhandenen innerpolitischen Gegensätze zum Schweigen gebracht hat. Man hält geradezu den Atem an, wenn man verfolgt, mit welcher Leidenschaftlichkeit hier zwei Völker in nationaler Geschlossenheit den Kampf um Machtgeltung und Wachstumsberechtigung vorbereiten. Sechs Milliarden Franken hat der französische Finanzminister ohne Befragen der Kammer noch heimlich für militärische Zwecke bereitgestellt! Die französischen Wehrmachtausgaben für 1930 belaufen sich also auf 20 Milliarden Franken, d. h. etwa 31/2 Milliarden RM.!! Mit diesem gigantischen Rüstungsaufwand marschiert Frankreich unbestritten an der Spitze sämtlicher Staaten der Welt. Die italienische Antwort hat nicht lange auf sich warten lassen. Der Ministerrat beschloß auf Vorschlag Mussolinis, vom 1. Juli ab die Umsatzsteuer um 11/20/0 zu erhöhen und von dem so erreichten Mehreinkommen 480 Mill. Lire für Rüstungszwecke zu verwenden! Ein solches Wettrüsten knapp zwölf Jahre nach Beendigung des Weltkrieges wirkt geradezu erschütternd. Wenn nicht ein Wunder geschieht, müssen wir es noch miterleben, wie hier das fortgesetzte Spielen mit dem Feuer zu neuer gräßlicher Katastrophe führt. Und Briand spielt auf seiner Schalmei das schöne Lied vom ewigen Frieden in Pan-

In England bereitet die immer noch steigende Zahl der Arbeitslosen der Labourregierung die allergrößte Sorge. Die Öffentlichkeit zweifelt nachgerade daran, daß die Arbeiterpartei imstande ist, mit den ihr genehmen Mitteln einen wirklich Erfolg versprechenden Ausweg zu finden. Es mehren sich die Stimmen, die endgültig mit dem Freihandel zu brechen wünschen und eine Gesundung der wirtschaftlichen Verhältnisse Englands nur auf dem Wege eines Übergangs zur allgemeinen Schutzzollpolitik erhoffen. Daß man diese Schwankung sehr geschickt

mundgerecht macht durch das Schlagwort "Empire-Free-Trade", sei hier nur im Vorbeigehen bemerkt. Einen guten Einblick in die Problematik der englischen Wirtschaftspolitik vermittelt E. Bandmann in seinem Aufsatz "Die Schutzzollbewegung in England" (Wirtschaftsdienst Nr. 20 vom 18. Juli 1930). - Der früher hier erwähnte Malta-Konflikt hat seine endgültige Beilage noch nicht gefunden. Nachdem aber der Papst anläßlich der Tagung des Geheimkonsistoriums (1. Juli) in einer Ansprache ausdrücklich betont hat, die Malta-Frage habe für den Vatikan lediglich religiöse Bedeutung, ist wohl anzunehmen, daß die Hitzköpfe auf Malta nicht päpstlicher als der Papst sein werden und demnach England die Oberhand auf Malta behält. Die Rücksprache, zu der Lord Strickland nach London geeilt war, hatte wohl auch zur Genüge bewiesen, daß England unter keinen Umständen nachgeben, sondern eher die nach dem Kriege der Kronkolonie Malta gewährte Verfassung wieder aufheben würde. - Neuerdings sind nun jedoch ähnliche Schwierigkeiten auch in Zypern entstanden. Ganz öffentlich wird darauf hingewiesen, daß die Bevölkerung der Insel zu 80% aus Griechen besteht und daß man Selbstbestimmung und Vereinigung mit Griechenland begehre. Die Propaganda für Beseitigung der englischen Herrschaft hat in den letzten Monaten derartig an Umfang und Schärfe gewonnen, daß eine ernsthafte Auseinandersetzung kaum mehr zu umgehen sein dürfte. Selbstverständlich wird auch hier England Mittel und Wege finden, seinen Willen im Bereich dieses wichtigen Flottenstützpunktes vorerst durchzusetzen.

Nordeuropa, das bisher nur ganz selten einmal in der geopolitischen Berichterstattung eine Rolle spielte, verdient heute in doppelter Beziehung Erwähnung. Island feierte sein 1000 jähriges Staats jubiläum in Anwesenheit einer großen Schar von Gästen, die dem freundlichen und klugen Inselvolk ihre herzlichsten Sympathien bekundeten. Es ist ein dankenswertes Vorhaben, wenn deutsche Gelehrte in Gestalt eines Überblicks über deutsche Islandforschung der aufrichtigen Freundschaft Ausdruck geben, die uns mit Island verbindet (Deutsche Islandforschung, herausgegeben von W. H. Vogt und H. Spethmann; Verlag von F. Hirt, Breslau 1930). - Das sehr ernste Gegenstück zu der heiteren Feier auf Island bildet die Lappobewegung in Finnland. "Vernichtung des Kommunismus in allen seinen Äußerungsformen", so lautet der wichtigste Programmpunkt dieser Bewegung, die durch den Marsch auf Helsingsfors (8. Juli) und die dadurch erzielte Billigung der Regierung Svinhufvud zu einer politischen Staatsaktion geworden ist: Haftbefehl gegen alle kommunistischen Führer und Reichstagsabgeordneten, Kämpfe und Brandschatzungen usw. Dabei spielt neben dem Haß gegen das staatsverräterische und gotteslästerische Treiben der Kommunisten sicherlich auch die Empörung gegen Parlamentsmißwirtschaft und die Entfremdung zwischen den hauptstädtischen Berufspolitikern und dem bodenständigen Landvolk eine erhebliche Rolle. Welche Prägung der nordische Faschismus unter Führung von Kosola und Propst Kares endgültig erhalten wird, ist noch nicht abzusehen. Bemerkenswerterweise hat der Lappomarsch auf Helsingfors rasch Schule gemacht:

in Estland wird ein Bauernmarsch auf Reval, in Lettland ein solcher auf Riga vorbereitet. In beiden Fällen aber wird weniger die Vernichtung des Kommunismus als der Kampf gegen den Absolutismus eines die bäuerlichen Interessen zu wenig wahrenden Parlaments gepredigt.

In Sowjetrußland hat Stalin auf dem 16. Kongreß der Allrussischen Kommunistischen Partei einen glatten Sieg über die von Bucharin, Rykow, Tomski, Uglanow, Kriegsminister Woroschilow u. a. geführte Rechtsopposition errungen. Als Generalsekretär der Partei und leitendes Mitglied des Politbüro ist Stalin nunmehr wirklich nahezu unumschränkter Herr Rußlands. Wie weit seine Diktatur Bestand haben wird, hängt ohne Zweifel in der Hauptsache davon ab, ob es ihm gelingt, die russische Bauernschaft trotz Kollektivierung zu genügender Nahrungsmittelversorgung zu bringen und der allgemeinen Mißstimmung und Unzufriedenheit auf dem Lande Herr zu werden. Der brutalen Energie Stalins ist gewiß allerlei zuzutrauen. Aber man weiß zuwenig von seinem Gegenspieler Woroschilow, der als Kriegsminister die vorwiegend aus Bauernsöhnen rekrutierte Armee beherrscht und mit deren Hilfe möglicherweise im richtigen Augenblick dem kaukasischen Zaren entgegentreten kann. Stalins Stellung wird weiterhin entscheidend von dem Schicksal des Fünfjahresplanes beeinflußt. Zu dessen Durchführung benötigt Stalin dringend langfristige Auslandskredite. Der Diktator selbst hat davon auf dem Kongreß gesprochen und sich bereit erklärt, gegebenenfalls einen geringen Teil der Vorkriegsschulden anzuerkennen. Wird dieses Versprechen den Börsengewaltigen in London und New York als Sicherheit genügen? Die Erfahrungen, die die Engländer in den Lena Goldfields gemacht haben und die nunmehr zu einer vollständigen Stillegung der an sich wohl gewinnversprechenden Betriebe führten, sind nicht gerade dazu angetan, das Vertrauen der Kapitalisten zu Sowjetrußland zu stärken. Die in der Times und der D. A. Z. vom 23. Juni 1930 veröffentlichte Klageschrift der Lena Goldfields Co. ist natürlich nur als Außerung der einen Partei zu werten; aber selbst wenn nicht alle der dort vorgebrachten Klagen zu Recht bestehen sollten, bleibt genug übrig, um die Haltung der russischen Regierung gegenüber ausländischen Konzessionären ins richtige Licht zu rücken. Ganz leicht also dürfte es Stalin gewiß nicht fallen, die sehnsüchtigst begehrten Auslandskredite zu erhalten. Sollte aber aus Mangel an genügendem Kapital ein erheblicher Teil der von Stalin als sicher versprochenen Industrialisierung nicht durchgeführt werden können, so wäre damit die Ära Stalin doch wohl beendet. Was dann kommen würde, weiß mit Sicherheit niemand zu sagen, doch bleiben wohl nur zwei Möglichkeiten übrig:

1. Militärdiktatur der Roten Armee mit Überleitung in eine allrussische bäuerliche Demokratie;

2. Auflösung der Sowjet-Union in ihre völkisch bestimmten Bestandteile mit unterschiedlicher politischer Gestaltung in den Nachfolgestaaten.

Derartige Entwicklungen liegen im Bereich der Möglichkeit. Indessen können beispielsweise die Vorgänge in Asien dem Bolschewismus leicht neuen Wind in die Segel

blasen und die Herrschaft Stalins befestigen, eines Mannes, der sich je länger desto mehr als einer der großen instinktsicheren Tatmenschen der Weltgeschichte erweist.

In Ägypten entstanden am 9. Juli in Mansurah anläßlich eines Besuches des ehemaligen Ministerpräsidenten der Wafdpartei, Nahas Pascha, blutige Unruhen; sechs Personen wurden getötet, 46 verletzt. Am 16. Juli brachen neue, noch weit schwerere Unruhen in Alexandria aus; hier ging es nicht mehr allein um den Kampf zwischen ägyptischen Nationalisten und Polizei, sondern auch die europäische Bevölkerung wurde bedroht und mußte sich in das Börsengebäude und unter den Schutz englischen Militärs flüchten. Die schweren Ausschreitungen sind natürlich zu bedauern und dürften der ägyptischen Unabhängigkeitsbewegung mehr schaden als nutzen. Sie zeigen aber auf der anderen Seite, wie stark die Wafdbewegung weite Teile des ägyptischen Volkes ergriffen hat und mit welchem Fanatismus die Anhänger der Wafdidee für ihre Ziele eines freien, konstitutionell regierten Ägypten zu kämpfen entschlossen sind. England hat amtlich erklärt, es werde in der ägyptischen Verfassungskrise strikte Neutralität bewahren, "soweit sich das mit seinen internationalen Verpflichtungen vereinbaren lasse". Über die Deutung dieser offiziellen Verlautbarung wird sich streiten lassen. Fest steht nur, daß die Unruhen Wasser auf die Mühlen derjenigen englischen Kreise geleitet haben, die seit langem behaupten, das ägyptische Volk sei zur Selbstregierung noch nicht reif.

Mit dauernder Aufmerksamkeit ist in dieser Zeitschrift die englische Politik in Ostafrika, namentlich gegenüber dem Mandatsgebiet von Deutsch-Ostafrika, verfolgt worden. Unsere früher bereits wiederholt geäußerten Befürchtungen, England wolle unter Nichtachtung der Mandatsbestimmungen die Gebiete von Kenia, Uganda und Deutsch-Ostafrika (Tanganyika Territory) zu einem neuen britischen Dominion zusammenfassen, scheinen leider in Erfüllung zu gehen. Die englische Regierung hat beschlossen, für die genannten drei ostafrikanischen Gebiete, also einschließlich von Deutsch-Ostafrika, einen Oberkommissar einzusetzen. Die Befugnisse dieses Oberkommissars ähneln denen des Vizekönigs in Indien. Er ist oberster Verwaltungsbeamter des ganzen Gebietes, erhält die Befugnis, gesetzgeberische Maßregeln, die in den drei Teilen seines Gebiets erlassen worden sind, aufzuheben, und leitet einheitlich die soziale und wirtschaftliche Entwicklung des Gebiets einschließlich Verkehr und Eingeborenenfrage. Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß sich England mit dieser Neuregelung der Verhältnisse in Ostafrika eines schweren Vertragsbruches schuldig macht. Die Mandatsbestimmungen sind klar und eindeutig und erlauben Großbritannien keineswegs, über das ihm zu treuen Händen anvertraute Mandatsgebiet von Deutsch-Ostafrika nach Belieben wie über eine englische Kolonie zu verfügen. Will sich England über feierliche Verträge hinwegsetzen und von der Mandatur zu kaum mehr verhüllter Annektion schreiten, so ist es Pflicht des Völkerbundes, dagegen mit allen Mitteln vorzugehen. Tut er das nicht, so verleugnet er Sinn und Zweck seiner Institution, und es bliebe Deutschland, dessen Regierung viel zu lange untätig geblieben ist, nur übrig, als Protest den Austritt aus diesem Völkerbund zu vollziehen.

K. HAUSHOFER:

Bericht über den indopazifischen Raum

Monsun-Atempause. — Gewaltsamkeit der angeblich gewaltlosen Entwicklung. — Indopazifische Gesamtunruhe. — Föderalistischer Grundzug der tatsächlichen Entwicklung in Indien; Fehlschlag der überspannten unitaristischen in China. — Simon-Bericht als Fundgrube geopolitischer Einzelheiten für Indien. — 562 Fürstenstaaten bei immerhin 108 raumwichtigeren! — Ein Fehlgriff in Rajputana! — Losowski in Moskau über Bedeutung der indischen Bauernbewegung. — Dharma oder Cash-Nexus? — Japan, China und Indien im Verhältnis von Land zu Frühindustrialisierung. — Zur fernöstlichen Arbeiterfrage. — Zukunft von Burma. — Indische Pan-Idee wider panasiatische ausgespielt! — Rückblick auf die indische Bewegung seit 1. 1. 30 durch die "Times of India". — Raumraub am ostasiatischen Kultur- und Volksboden durch Briten, Franzosen, Russen. — Sowjet als Erbe! — Jap. Oriental Development Company als Anzeichen!

Lauter und deutlicher als sonst spricht in der Zeit, in der sich das regenschwere Monsungewölk landeinwärts wälzt, die Stimme der indischen Erde; und etwas später folgt ihr, vom gleichen Naturschauspiel überwältigt, der Rest der Monsunländer. Der zwingende Rhythmus des Klimas pflegt für das aufgeregteste Treiben der Weltpolitik im indopazifischen Raum eine Atempause zu schaffen, in der die Völker in seinem Bann aufhorchen und sich besinnen können, wenn sie die Natur nicht übertoben; — das ist nicht ganz leicht, wenn diese Natur, wie z. B. an der Coromandelküste, ganze Züge im Drehsturm aus den Schienen wirft und (wie am 21.6. in Bombay) durch kalte Güsse Volksaufläufe zerstreut, bei denen es bereits 400 Tote und Verwundete gegeben hat. Im ganzen Treiben dieses Sommers hat Bombay allein schon mehr als Tausend an blutigen Verlusten auf der Strecke gelassen.

"Gewaltlos" ist es also nicht abgegangen: Bomben, Flugzeuge, Tanks, Panzerbatterien kamen unter Verantwortung einer Arbeiterregierung zur Wirkung; harte Handlungen und schwer sühnbare Schritte sind auf beiden Seiten in Indien, Indochina, China zwischen den kämpfenden Parteien geschehen; selbst in Malaya bläst ein kleiner Kolonialgott ins Feuer. In Korea ist die Nationalbewegung wieder lichterloh aufgeflammt; und nur Siam bildet im Monsunbereich ein Bild des gedeihenden Friedens.

Während aber in Indien bisherige Gewalthaber und neue Mächte darin wenigstens einig sind, daß sie das Heil ihrer 325 Millionen nur in einer sehr vorsichtig aufgebauten föderativen Verfassung eines weiten Bundesstaates suchen können, hat in China unweise Übersteigerung eines durchaus nicht fest im Sattel sitzenden Zentralismus in Nanking zu einer heillosen Kräftezersplitterung geführt. Die Länderfrage ist in ihren Tiefen wieder aufgewühlt: die Sowjets reklamieren für sich zehn bis neunzehn Sowjetregierungen mit etwa 75 000 Mann und einigen 70 Mill. Menschen hinter sich; die roten Südtruppen haben Changsha, die Nordtruppen Fengs und Yengs Tsinan erobert; und die Hoffnung Chiang-Kai-Sheks scheint nur mehr auf dem Versuch zu ruhen, die Kräfte der Mandschurei von rückwärts gegen die Nordchinesen in Bewegung zu setzen.

Ohne genaue Kenntnis ihrer grundverschiedenen Binnenstruktur und der daraus entspringenden Belastungsfähigkeit ist aber eine einigermaßen zutreffende Prognose politischer Bewegung kaum möglich; und dieser Aufbau ist in China immer noch einfach, gegenüber der ganz ungleichmäßigen Raumgliederung der Indischen Erde.

Auf diesem Gebiet hat der Juni 1930 viel Aufräumungs- und Ordnungsarbeit

geleistet.

In der sehr nützlichen Folge von Besprechungen zum Simon-Bericht über Indien — (den wir bereits Geopolitik VI/30 als Fundgrube für Einzelkenntnisse zur indischen Frage empfohlen haben) — im "Manchester Guardian" findet sich erst an zehnter Stelle die indische Länderfrage der 562 Fürstenstaaten, die rund zwei Fünftel des Raumes und ein Viertel der Volksmasse Indiens umschließen. Gewiß sind darunter 327 Zwergstaaten, und weitere 127 mögen als Klein- oder Mittelstaaten vergleichsweise vernachlässigt werden. Aber 108 haben zusammen über 60 Mill. Einwohner bei grundverschiedenem historischem Daseinsrecht und Aufbau, mit gesonderter Vertretung in der neuaufgestellten Fürsten-Kammer.

Die Art und Weise, wie das Cotton-Weltblatt mit diesen Ländern umspringt, verrät die ganze Verständnislosigkeit des Manchesterstandpunkts gegenüber dem geschichtlich Gewordenen und läßt verstehen, warum darinwurzelnde Kreise auch bei bester Absicht und liberalsten Gesinnungen in Indien Unheil anrichten mußten, wie es erst 1921 Lord Reading oder in seinem Namen Sir Robert Holland anrichtete, als er einer der ehrwürdigsten Herrscherfamilien von Rajputana mit der Entsetzung des eben verstorbenen Herrschers von Udaipur-Mewar zu nahe trat.

Gewiß: die großen, erst neu zusammengeraubten Pufferstaaten Kashmir und Hyderabad, das verstümmelte Mysore, die Küstenstaaten Travancore und Cochin sind eindrucksvoller auf der Karte. Aber wie mag es in Indien wirken, wenn von dem ältesten Sitz seiner Fürstenstaatenüberlieferung, von Rajputana gesagt wird: "Zwischen Bombay und Delhi bilden die armen und ungebildeten Rajputenstaaten einen kompakten Block von mehr als dem doppelten Raum Großbritanniens. Rajputana mag als im Besitz einer gemeinsamen geschichtlichen Überlieferung und gemeinsamen Sprache betrachtet werden. (Doch!) Aber seit vordenklicher Zeit ist es in eine Menge getrennter Staaten zersplittert, von denen einige noch unter den alten Rajputendynastien, andere unter neuen Mahratten- oder Moslemeroberern stehen."

Der Mann, der das niederschrieb, war offenbar von Kenntnis indischer Geschichte unbeschwert; aber es fehlte ihm wohl auch das Fingerspitzengefühl dafür, wie sehr er indischer Überlieferung auf die Nerven fallen würde.

Länderfragen scheinen nun einmal der Boden zu sein, auf dem sich in Indien, wie in Mitteleuropa und China, zentralistische Hörnerträger in Porzellanläden am liebsten hemmungslos austoben; und der Völkerfriede auf Erden zahlt oft nach Jahrhunderten noch das von ihnen zerschlagene Porzellan.

Die Beziehungen der indischen Fürstenländer zum Volksboden (auf dem sie zum Teil ausgezeichnet und haltbar, zum Teil aber ganz willkürlich und geopolitisch unsinnig abgegrenzt sind) und zur anglo-indischen Krone regelt ein fast unübersehbares Netz von Verträgen. Es geht großenteils auf die Zeit von Lord Hastings zurück, weshalb wir (Geopolitik, Heft VI/30) das Werk von Dr. M. S. Mehta: "Lord Hastings and the Indian Staates", Bombay, 1930; empfehlend nannten. A. P. Nicholson: "Scraps of paper; India's broken Treaties, her Princes and their Problem" (London 1930, Ernst Benn) verrät schon im Titel, in welchem Geiste er die Rechte der Länder begründet. Daß er dafür vom Manchesterblatt abgekanzelt wird, ist begreiflich. Trotzdem wirft die Vorenthaltung von Berar gegenüber Hyderabad natürlich einen schweren Schatten auf die Loyalität des gegenwärtigen Vizekönigs, wie Lord Readings, der durch die Rückgabe Sohores an Bhopal kaum ausgeglichen wird.

Schlimmer als diese Fälle aber ist die Willkür in der Behandlung des Falles in Mewar-Udaipur 1921. Der Fall wird z. B. in der India Times vom 31. 5. 30, S. 7, unter Gegenüberstellung des indogermanischen Typs des M. Fatehsinghshi und des Dravidatyps seines Nachfolgers Bhopalsinghji als ein vollkommener, willkürlicher Mißgriff in aller Öffentlichkeit besprochen. Der Hochmut der angloindischen Bürokratie gestattete aber keine Korrektur; und so kann man sich mühelos vorstellen, mit welchen Gefühlen die übrigen indischen Fürstenstaaten ein Jahrzehnt den kaltgestellten Herrn von Udaipur und so zweifelhafte Gerechtigkeit der Krone betrachteten. Dabei liegt über Chitorgarh-Udaipur der Glanz altindischer Heldengeschichte und wunderbarer Kulturleistungen, wie überhaupt auf Rajputana (die bloße Erinnerung von Amber, Jaypur, der Paläste von Udaipur, müßte ein absprechendes Urteil wie das des M. G. verbieten). Neuer Reichtum und alte Kultur gehen doch auch in Europa und selbst im Cottonbereich nicht immer Hand in Hand! Gewiß: Udaipur hat nur ein halbes Hunderttausend Einwohner, Mewar als Staat nur rund 33 000 qkm und etwas über 1 Mill. Einwohner - aber eine großartige Kulturüberlieferung und die Erinnerung an das glänzendste Johar*) der indischen Geschichte und an ein wesentlich vornehmeres Verhalten des Großmoguls Akbar als des christlichen Vizekönigs.

Jeder Gebildete in Indien kennt den Ruf: "Ho, nila ghora ki aswar"**) — mit dem ein verbannter Prinz von Udaipur aus dem Gefolge Akbars seinem flüchtenden Bruder unter den Augen des Großmoguls zur Flucht weiterhalf (auf den ihm sonst sicheren Thron verzichtend), als eines der leuchtendsten Beispiele heroischer und fürstlicher Großmut in der indischen Heldengeschichte. Es blieb Lord Reading und Sir Holland vorbehalten, sich als unliebsames Gegenbeispiel mit jener Erinnerung durch moralische Mißhandlung des letzten greisen indogermanischen Nachfahren dieser Familie zu verbinden und zu verewigen.

Dieses eine Beispiel zeigt aber vielleicht statt vielen, wie heikel die indische Länderfrage ist, und wie leicht sich jemand durch oberflächliche und willkürliche Handlungen bei Lösungsversuchen dauerndem und tiefem Haß mißhandelter Kulturüberlieferung aussetzen kann: oft, ohne Böses dabei zu denken.

^{*)} Heldentod im Ausfall der belagerten Kriegerkaste. - **) O! Reiter auf dem grauen Pferd!

Gewiß ist es für indische Prokonsuln und britische Labour-Premiers unerfreulich, wenn in Moskau bei einem Gau-Parteitag Losowski als Vertreter des Komintern sagen konnte: "Die revolutionäre Bewegung in Indien lähme die Nerven des unversöhnlichsten Feindes des Rätebundes, des englischen Imperialismus. Die ungeheure Bauernbewegung erfasse eine Provinz nach der andern. Schon heiße es nicht nur: Zahlt keine Steuern mehr, sondern es werde bereits Land enteignet und von den Massen in Besitz genommen. Neu in der indischen Bewegung sei die Erscheinung organisierter Abteilungen unter dem Namen ,Rothemden' (Peschawar!). Mit ihnen zusammen arbeite die Liga der indischen Jugend, die auf ihre Fahnen die Losung geschrieben habe: Arbeiter und Bauern aller Länder, vereinigt euch! Die Ereignisse in Indien hätten eine historische Bedeutung unter dem Gesichtspunkt, daß nunmehr eine Vereinheitlichung aller revolutionären Bewegungen in Indien, in Indochina und China vor sich ginge." Die französischen Kammerverhandlungen, auch der Sozialist Marius Moutet, bestätigen die Tatsache von der Gegenseite; und ohne viel Zündstoff wäre die gelbe, wie schwarze und rote Erde wohl nicht so leicht zum Aufflammen gekommen! Gerade der Geist von Manchester aber hat die sonst unüberwindlichen Hemmungen zerstören helfen, die der Geist von Moskau sonst in der indischen und chinesischen gemeinverantwortlichen Agrarstruktur gefunden hätte!

Manchester war hier der Schrittmacher Lenins.

"Dharma oder Cash-Nexus?"*) - so frägt in einer Besprechung zweier geopolitisch höchst bemerkenswerten Werke über die Agrarfragen des westlichen Indien H. C. E. Zacharias, der schon oft als hellsichtig erprobte Geopolitiker der "Week" (Bombay, 5. 6. 30; Nr. 10, Bd. VII, S. 158 u. 159). Er behandelt im Anschluß an sein Urteil über A. S. Altekar: "A history of the village communities in Western India," (Bombay, 1927); und W. H. Moreland: "The agrarian system of Western India," (Cambridge, 1929) von ganz großen Gesichtspunkten aus die Frage der beginnenden Landflucht und Verstädterung auch in Indien, die Zerstörung der Dorfgemeinschaft des Panchayat (die selbst in ihrem Zusammensinken F. J. Furtwängler vor zwei Jahren noch so viel Achtung abgerungen hat) und die heute noch nachwirkenden Folgen der Überschiebung der Ackerbauerrassen der Dravidas durch die nomadischen Herrenschichten der Arier; endlich die Verkennung der agrarpolitischen Grundlagen schon durch die mohammedanischen, noch mehr durch die britischen Eroberer (in der Zemindarfrage). Das gegenseitige Verantwortungsgefühl zwischen Herrschenden und Schaffenden sei (wie in China) einer merkantilistischen Auffassung geopfert worden!

"So gelang es den Briten, endgültig zu zerstören, was bereits die Moslem-Eindringlinge tödlich verwundet hatten." "Die alte indische Dorflebensgemeinschaft war so grundstürzend geändert, daß sie sozusagen aufgehört hatte. Jetzt begriffen die britischen Herren, die den Dharmabegriff durch ein Geldverhältnis ersetzt hatten, welche Pflichten eigentlich auf ihnen gelegen wären; aber sie hatten nur

^{*) &}quot;Schicksalsbande oder Geldbeziehung?"

mehr Trümmer um sich, aus denen das Leben gewichen war. Das Dorfpanchayat weigert sich, ins Leben zurückzukehren, nachdem ihm die modernen Gerichtshöfe das Leben abgegraben hatten. Der Selbsthilfegedanke selbst ist zerstört worden durch die Tätigkeit in einer sogenannten 'humanen' Richtung, durch den modernen Staat! Schlimmer noch: das Dorf wird, wie durch planmäßige Drainage, seiner besten Elemente beraubt, die in die Städte drängen. Ein Verschlechterungsprozeß, den nur eine moralische Wiedergeburt der Nation wenden kann . . . " Also Landflucht, Verstädterung, Übergang zur Ruinenlandschaft auch hier, auf dem vielleicht zweitältesten, zähesten Kulturboden feinster agrarischer Struktur der Menschheit!

In Japan hat, mit einer ungeheuren Überanstrengung des im Grunde armen Bodens und Landes, ihre Agrarstruktur die werdende Weltmacht durch alle Übergangswehen durchgetragen, bis die hastig aufgebaute Frühindustrialisierung und Seegeltung die Last übernehmen konnte, die immer noch viel schwerer, als sie sollte, in die Tragschultern der Reisbauern einschneidet. Mit welchem Aufwand das geschah, habe ich in "Dai Nihon" und "Japan und die Japaner" nachgewiesen und kann hier darauf verweisen.

Bietet sich die gleiche Möglichkeit in den an sich viel reicher von der Natur ausgestatteten, aber furchtbar ausgewirtschafteten Böden und Bodenschätzen von China und Indien?

Auf ihnen scheint uns die überstürzte Industrialisierung mit Raubbau an Menschen und Rassenkräften in der zersetzenden Richtung die aufbauenden Kräfte weit überholt zu haben. Daher die Empfänglichkeit für die Moskauer Anregungen und Saaten.

Beobachtungen aus den verschiedensten Richtungen über die chinesische und indische Arbeiterfrage bekräftigen uns in dieser Ansicht: Fang-Cho-Wei's, des chinesischen Arbeiterdelegierten Bericht zur Internationalen Arbeiterkonferenz in Genf von 1930 über "Die Lage der Arbeiter und Arbeiterbewegung in China" ein höchst bemerkenswertes Belegstück! - Franz Josef Furtwängler: "Indien und die Arbeiterpartei" (10. Juni 1930 - in den Sozialistischen Blättern) und "Der indische Freiheitskampf und das deutsche Handelsinteresse" in der "Frkf. Ztg." (v. 21. 6. 30); die Eindrücke des jungen Malcolm Mac Donald (die auch die chinesisch-japanesische Spannung berührten); die Berichte des Pressedienstes der Liga gegen Imperialismus vom 3.61930, Nr. 13/14, namentlich über die Klasseneinteilung in den indischen Gefängnissen, Arbeiter-, Bauern- und Agrarrevolten: Gleichläufigkeiten in den offiziellen französischen Indochina-Nachrichten mit den von der Liga gegebenen: das alles zusammengehalten, zeigt nicht das Bild evolutionärer Kraftentfaltung, sondern weit eher das unheimliche Verhalten überhitzter Kessel mit beginnenden Teilexplosionen. Auch viele Stellen des Simon-Berichtes deuten die Gefahr solcher Entwicklungen an. ("The rural voter": "Seeing black", des "Manch. Guardian" in Teilber. XII!)

In dem II. Teil der Vorschläge der Simon-Kommission — der eigentlich neben dem I. rückschauenden der aufbauende (konstruktive) hätte sein sollen, scheinen mir neben vielem, über dem nur die Inschrift flammt: "Das Unzulängliche, hier ward's Ereignis!" zwei Gedanken von großer, vielleicht nicht ganz bemerkter geopolitischer Tragweite zu stecken: das ist im Teil VI: die Zukunft von Burma, und im Teil VII: der künftige Ratskörper des Greater India-Bundes — weil mit ihm zum erstenmal bewußt eine Panidee eines Teils von Eurasien gegen die noch unerwünschtere panasiatische Idee losgelassen wird.

Für Burma wird baldige Trennung empfohlen, um wieder zu scheiden, was "historischer Zufall" zusammengefügt habe, namentlich gegen den Wunsch des buddhistischen und rassenfremden Burma. Aber dieser "historische Zufall" — eine geopolitische Torheit! — war seinerzeit aus der indischen Glacistheorie und dem britischen Interesse entsprungen, die Kosten für die Eroberung zuerst Assams, dann der Küste, dann des Irawaddytals in drei Kriegen Indien tragen zu lassen, und eine Tat des Größenwahns der anglo-indischen Bürokratie und kolonialen Neides gegenüber dem in Hinter-Indien vordringenden Frankreich.

Nun soll ein geopolitischer Fehlgriff und ein ethisches Verbrechen wieder ausgeglichen werden. (Vgl.: J. Fielding Hall: The soul of a people [Die Seele eines Volkes], die dieser Mann mitverderben mußte, weshalb er, wie Pontius Pilatus, in diesem Buche seine Hände in Unschuld wusch!) — Das reine Stromtal des Irawaddy kann leicht abgetrennt werden. Aber wo bleibt Assam? Wird man das Brahmaputra-Ganges-Delta zerschneiden können? Wird ein selbständigeres Burma je vergessen, was ihm gehörte, und von der Unruhe fernzuhalten sein, die das indochinesische Zwischengebiet von beiden Seiten her ergreift? Allein diese Fragen und die der Nordwestgrenze und des vorenthaltenen Wehrkörpers zeigen, wie fruchtbringend eine geopolitische kritische Durcharbeitung auch des II. Teils der Vorschläge ist.

"India's moral debt" schreibt Simon — Englands moralische Schuld sagt jeder denkende Inder! — Die Brücke, die vom einen zum anderen Standpunkt führen sollte, trägt nicht!

Wäre es nicht eine zu große Zumutung für unsere (namentlich Zeitungs- und Zeitschriftenleistung so rasch vergessende und so wenig verständnisvoll als Quellen zur Zeitgeschichte würdigende) Zeit, so wäre es geradezu nötig, den letzten Halbjahrgang etwa einer großen indischen illustrierten Zeitung im Zusammenhang von der Jahreswende 1929/30 bis zum Einschlagen des Simon-Berichtes in Indien auf sich wirken zu lassen.

Ein solches Durchblättern zeigt, wie lange der Durchschnitt der Menschheit braucht, um eine offenkundige Bewegung aufzunehmen und das zu glauben, was sich doch greifbar, vor seinen Augen, abspielt. Z. B. die Neujahrsnummer der "India Times" noch mit einem harmlosen Winterbild geziert: "Wir hoffen, Indiens Weg zu Wohlfahrt und politischem Frieden wird ebenso glatt sein wie dieser hier .."— und dazu ein typischer kleiner Brite auf Schneeschuhen vor dem R. A. F. H. Qu (Haupt-Quartier der K. Luftstreitkräfte!) in Simla!— die allerdings zu tun bekamen. Und in derselben Nummer doch schon der scharfe Unterschied

in den Gesichtszügen des alten uud des jungen Kongreßführers Nehru, von Nummer zu Nummer neuropathischere Züge der ausscheidenden verbrauchten bedeutenden älteren Mitglieder des angloindischen Beamtenkörpers, die konventionellen, als Stützen so wenig geeigneten Paradebilder der indischen Fürsten, die immer schärfer und radikaler werdenden Köpfe der indischen Führer, vor denen die älteren, opportunistischen Altliberalen ganz von selber zurücksinken! - Endlich die "Salz"- Krise, bei der schon deutlich werden konnte, daß Gandhi längst nicht mehr wirklich führend war, sondern geschoben wurde oder schob aus Furcht vor Mächten, die weit, weit links von ihm standen, die man zum Teil in Mitteleuropa heute noch nicht sieht. Schließlich die Gewalttat, in deren Bereich die "Gewaltlosigkeit" im Nu hinübergerissen wird, weil, ja weil man doch nur z. B. in dem vortrefflichen "Descr. Catalogue of University Publ." der Universität Calcutta v. 1930 auf S. 3 die Prachtminiatur der Göttin Dasabhuja mit ihren zehn bewaffneten Armen anzusehen braucht, um zu wissen, daß ein Volk, das solcher Götter bedarf, seine Unabhängigkeitskämpfe weder ohne Gewalt noch ohne Grausamkeiten durchführen kann und wird.

Es ist ein Arsenal von sadistischer Lust, das aus diesem Bilde spricht! Dagegen werden gewaltlose ältere Herren einen schweren Stand haben.

Niemand glaube, daß — einmal in Bewegung geraten —, die indische Abwicklung bequemer, krisenloser verlaufen könne als die chinesische oder russische Zersetzung und Erneuerung.

Da wir — wegen der gewaltigen vordrängenden Wucht der indischen Probleme — in diesem Bericht über China mit seinen augenblicklich während der Sommerregen hinterhältig lauernden Zuständen weniger eingehend sprechen können, möchten wir unsre Leser auf eine zwar sarkastische, aber ausgezeichnete Betrachtung von Dr. Fr. Hermann: "China", im Staatsschiff Nr. 16 v. 1. Juli 1930 hinweisen, die wir in ihrer herzerfrischenden Offenheit gegenüber China und Mitteleuropa zwar nicht so gut, aber dem Geiste nach sehr ähnlich geschrieben haben könnten.

Nachdem der "Rote Aufbau", die meist ausgezeichnet unterrichteten "Mitteilungen des Pressedienstes der Liga gegen Imperialismus" und so interessante Leistungen wie der Atlas von Rado nur immer in einer ganz bestimmten Richtung wider den "Imperialismus" wettern und sich vor allem so anstellen, als ob es diese verabscheuungswerte Einrichtung erst seit etwa einem Menschenalter gäbe, haben wir uns die Mühe gemacht, in der beiliegenden Skizze nur einzutragen, was der chinesische Kultur- und Volksboden seit einem Jahrhundert durch den Imperialismus verloren hat, und zwar auch durch solchen, in dessen Erbschaft sich die roten Erben des weißen Zaren sehr behaglich im Besitze fühlen. Dabei sind wir zu der Überzeugung gekommen, daß die in russischen Raubbesitz übergangenen Fetzen vom alten Reiche der Mitte immer noch die größten und wahrscheinlich die wertvollsten sind, worüber unsre Leser ganz unparteiisch nach der beigefügten Skizze urteilen wollen.

in Tibet



Dem ostasiatischen Kultur- und Volksboden

I. durch russischen Imperialismus entfremdeter Raum:

		A			
in der Mandsch	urei	560 000	qkm	(rund 940000 nur zeitweilig	ì
in der Mongolei		1 250 000	я		ĺ
in Sachalin		40 000	20	(36 100 nur zeitweilig)	
	zusammen	1850000	qkm		
II. durch	französischen	Imperialis	smus	entfremdeter Raum:	
in Indochina		701 000	qkm		
in Kwang Tscha	u wan	492	10		
	zusammen	701492	qkm		
III. dur	ch britischen I	mperialism	nųs (entfremdeter Raum:	
in Burma		605000	qkm		
in Bhutan		51800	10		
in Nepal		140000	10		
in Hongkong		1012	20		
	zusamm	en 797812	qkm		

rund 2000000 qkm

im Ganzen 3349304 qkm (ohne Tibet)

Sie läßt erkennen, daß auch in das Sowjetsystem fast das Doppelte des je von Frankreich und Großbritannien an sich gerissenen Raumes übergegangen ist, wozu noch der Streifen der ostchinesischen Bahn tritt. Man wird also wohl von einem Kolonialimperialismus alten Stils und einem neuen im Sowjetstil sprechen oder einfach einen weißen und roten unterscheiden können; aber Raumverlust verursachen sie beide.

Einen vom Standpunkt der Verbindung geopolitischer und konjunkturwissenschaftlicher Methoden sehr wichtigen Einblick gibt Herbert M. Bratter in der "Far Eastern Review" Bd. 56, Nr. 5 S. 212 über die Operationen der Japanischen Oriental Development Company, eines der bedeutendsten wirtschaftspolitischen Durchdringungswerkzeuge Japans nicht nur in Korea (wofür sie ursprünglich gegründet war), sondern auch für Mandschurei, Mongolei, China (Tientsin, Tsingtau, Shanghai), Formosa-Taiwan, Straits und Südsee (Süd-Borneo, Zucker). Sie hat z. B. von 1910-1930 in aller Stille fast 4000 japanische Familien in Korea auf je zwischen 2 und 41/2 ha angesiedelt. Das methodisch bedeutsamste aber ist ein Kurvenblatt mit geographischer Verteilung der Leihgelder im ganzen etwa über 300 Mill. Mark. Dieses Kurvenblatt zeigt den Höhepunkt der Anspannung im Erdbebenjahr 1923, wo das Außenkapital der heimischen Wirtschaft lupfend zu Hilfe eilte, aus der es sich dann langsam abebbend bis 1927 wieder zurückzog; es zeigt ein gleichläufiges Abschwellen der mehr städtischen Darlehen in Tsingtau und Tientsin, auch der Mandschurei, und seit 1926 stetiges Wiederansteigen der ländlichen Hilfen in Korea: also ein Zusammenziehen auf das Sichere und vorsichtiges Abbauen in der Mandschurei und in China. Alles in allem: ein klug eingebauter Puffer zwischen staatlicher und privater Ausdehnung, an dessen Gebrauch man beider Antrieb und Nachlassen erspüren kann.

Warum nur stellen so scheinbar mächtige und sichere Fahrzeuge wie Japan, die Vereinigten Staaten—freilich in wirtschaftlichem Unbehagen—, die Sowjetbünde ihre Segel auf Sturm? Macht das Imperium den Eindruck eines luvgierigen Seglers bei aller Fahrt? Vor Pan-Europa fürchten sie sich doch nicht? Aber die Deutung dieser nur vom indopazifischen Bereich aus vielleicht so wahrgenommenen Zeichen fällt in die Ressorts der Alten und Neuen Welt.

OTTO MAULL:

Berichterstattung aus der amerikanischen Welt

Revolution in Bolivien. — Brasilien (Revolution im Staate Parahyba. — Die letzte Botschaft des Bundespräsidenten). — Das koloniale Entwicklungsstadium Iberoamerikas. — Chiles Compania Salitrera Nacional. — Anschlag auf das englische Generalkonsulat in Montevideo. — Lokale Unruhen in Mexiko. — Honduras. — Nicaragua. — Vereinigte Staaten (Unruhen; Bandenkrieg. — Prohibition. — Proteste und Kampfmaßnahmen gegen die Zollbill. — Allgemeine Wirtschaftslage. — Streichung der Kriegsschulden? — Amerikanisches Territorium im Südpolargebiet? — Philippinenfrage). — Amerika und Afrika.

Hebt sich gleichwohl die Neue Welt hinsichtlich der geringeren Bedeutung der außenpolitischen Probleme für die Einzelstaaten von der Alten Welt ab, ist sie

nicht so verhängnisvoll von Bebenzonen zerklüftet wie diese, so weist die Betrachtung ihrer innenpolitischen Verhältnisse keinen fundamentalen Unterschied weder früher noch heute auf. Mehrere der lateinamerikanischen Staaten werden zur Zeit von einer innenpolitischen Krisis beherrscht oder verharren in einem Zustand, der einer solchen nicht sehr fern ist. In einigen hat sich diese Krisis zu einer offenen revolutionären Bewegung gesteigert. Das gilt vor allem für Bolivien. Die revolutionäre Umwälzung in dem 1,33 Mill. qkm großen, von etwa 3 Mill. Menschen dünn bevölkerten (Volksdichte 2,2) Staate hat in den letzten Wochen die Aufmerksamkeit auf ihn gelenkt. Etwa die gute Hälfte (540/0) der Bevölkerung sind Indianer, ungefähr ein Drittel (32%) entfällt auf Mischlinge. Nur 13% - die Zahlen sind alle recht vage und bieten keine Möglichkeit der Nachprüfung - sind Weiße, die in einem bisher nicht verwischten, nur durch die Mischlingsschicht gemilderten Gegensatz zu den Indianern stehen. Solche Rassenund Kulturgegensätze haben in der jüngeren Zeit schon öfters den Boden für Unruhen abgegeben. Wie weit das auch in dem derzeitigen Falle in Frage kommt, ist kaum abzumessen; denn die Berichterstattung über die Motive der Bewegung läßt sehr zu wünschen übrig, wie auch ihr Umfang und ihre Bedeutung zunächst vollkommen falsch eingeschätzt worden ist. Nur eins war von vornherein klar, daß sich die von Hino Josa geführten Aufständischen gegen die Präsidentschaft Dr. Hernando Siles' wandte. Anscheinend lag ihr Herd im südbolivianischen-argentinischen Grenzgebiet, wo ihr Zuzug von Argentinien gekommen zu sein scheint - ob offizielle, in Argentinien lebende Persönlichkeiten dahinterstanden, ist auch nicht durchsichtig -, und von wo sie sich aber rasch über das übrige Staatsgebiet ausgebreitet hat. Es will darum allerdings scheinen, daß wie so oft bei revolutionären Bewegungen die Grenzregion und Beeinflussung aus dem Ausland eine besondere Rolle gespielt haben. Über die Wege der Ausbreitung ist wenig Greifbares bekannt geworden. In widersprechender Weise wird von Kämpfen um Moja und Villazon in der Junimitte berichtet. Bald darauf sollen Tupiza, Oruro, Cochabamba, Sucre, Potosi und schließlich auch La Paz von der Bewegung ergriffen worden sein, als deren Grund die Unzufriedenheit über den Einfluß des vereinsstaatlichen Kapitals im Wirtschaftsgefüge Boliviens angegeben wird, der sich unter der Präsidentschaft Siles' immer mehr ausgebreitet hat. Studenten und Bauern (?) stünden auf der Seite der Revolution, und auch die Armee sei zum Teil zu ihr übergegangen. Meldungen über den Zusammenbruch der Revolution durchkreuzten solche von ihrer weiteren Ausbreitung. Sie haben sich aber nicht bewahrheitet. Denn Ende Juni besteht kein Zweifel mehr daran, daß die Revolution in La Paz und im ganzen Lande gesiegt hat. Anscheinend hat sich damals die Armee in größerem Umfange der Sache der Revolutionäre angeschlossen, während der der Regierung treu gebliebene Generalstabschef Kundt in die deutsche Gesandtschaft flüchten mußte. Auch Präsident Siles ist flüchtig. Meldungen wollen wissen, daß er sich in den Schutz der amerikanischen Gesandtschaft begeben hat. Die Regierung muß als gestürzt gelten. Eine provisorische Regierung, der die Obersten Pando, Lanza und Bilbao, der General Galindo und Oberstleutnant Quint und Osorto angehören, und die die politisch Verbannten zurückgerufen hat, ist gebildet worden. Auch ein Vertreter der Studentenschaft sei in die Regierung gewählt worden. So scheint die Revolution durch das Eingreifen der Armee entschieden worden zu sein. Dieser Bericht leidet deutlich, wie das ja leicht verständlich ist, unter der Unsicherheit der sich zum Teil widersprechenden Meldungen. Über die Motive ist kaum etwas auszumachen. Auch die Gruppierung und Bewertung der handelnden Kräfte ist sehr schwer. Es will scheinen, als ob die ursprünglichen Führer der Revolution durch späterkommende abgelöst worden seien. Bezeichnend ist die Rolle, die die Armee gespielt hat, und die die Artung der Bewegung ins Allgemeine erhebt. Sie zeigt aber auch klar die geringe Machtbasis, auf der die Regierung Boliviens geruht hat, deren Verbindungsglied zur Armee der Generalstabschef Kundt war. Der Präsident selbst ist in Bolivien zugleich Oberbefehlshaber. Es bleibt sehr fraglich, ob, wie manche Meldungen wollen, um das Wohl des Staates gekämpft worden ist und die Revolution wirklich antivereinsstaatlichen Charakter trug, oder ob lediglich der Einfluß des Präsidenten, dessen Amtsperiode am 6. August 1930 abläuft, und seiner Parteigänger auf die kommenden Wahlen gebrochen werden sollte. Die letzte Annahme liegt sehr nahe.

In Brasilien ist im Mai dieses Jahres im Staate Parahyba die Revolution ausgebrochen, die sich unter der Führung von Pereira gegen die Staatsregierung wendet und eine provisorische Regierung Parahybas gebildet hat. Es scheint den Regierungstruppen nicht gelungen zu sein, der Bewegung in ihren ersten Phasen Herr zu werden. Weitere Mitteilungen liegen nicht vor. Wer in der Geschichte Brasiliens blättert, erfährt, daß zwar kein Staat im Laufe der Zeit von Aufstandsbewegungen frei geblieben ist, daß aber besonders der Nordosten, das früheste koloniale Altland, ein für Revolutionen besonders günstiger Boden ist. Immerhin scheinen die Erklärungen der Bundesregierung, daß es sich nur um eine lokale Bewegung handele, zutreffend zu sein. Denn ein Manifest Pereiras besagt, daß er bei der Bundesverfassung stehe und der Bundesregierung in Rio treu bleibe, und daß er lediglich die Staatsregierung bekämpfe. Selbstverständlich sieht jedes Haupt einer Revolution in sich den Vollstrecker des Volkswillens. Auch Brasilien steht vor dem Bundespräsidentenwechsel. Am 15. November 1930 läuft die Amtsperiode Washington Luis Pereira de Sousas, die bestimmt nicht unfruchtbar für Gesamt-Brasilien, wenn auch keine der leichtesten gewesen ist, ab. Die diesjährige Botschaft an den Kongreß ist die letzte dieses Präsidenten, in der er ohne jegliche Schönfärberei (nach einem Bericht von W. Schück-Rio de Janeiro im "Wirtschaftsdienst" 1930, Heft 26) auf die wichtigsten Punkte des Geleisteten eingeht. Washington Luis' Walten als Bundespräsident hat allerdings die Kaffeekrise nicht vermeiden können; er hat aber ihre Auswirkungen, die leicht sehr verhängnisvoll hätten werden können, durch kluge Maßnahmen sehr wesentlich gemildert. Befriedigend ist auch die Lage im Staatshaushalt, der tatsächliche Überschüsse zu verzeichnen hat. Auch die politische Ruhe ist im Gegensatz zu den Verhältnissen unter seinem

Vorgänger drei Jahre lang gewahrt geblieben, bis die Wahlkämpfe einsetzten, die zum Teil blutig verlaufen sind. Da legt Washington Luis selbst den Finger in eine bezeichnende Wunde im politischen Leben Brasiliens; schon im Dezember 1926 hat diese Wahlkampagne begonnen, so daß der amtierende Präsident schon nach einer Amtszeit von knapp zwei Jahren als abgehender Mann betrachtet wurde. Nicht berührt werden in der Botschaft (nach Schück) zwei fundamentale Fragen, mit denen in der Amtszeit Washington Luis' gerungen worden ist. Das gilt von dem Währungsproblem und der notwendigen Umstellung von der Monokultur des Kaffees auf eine Polykultur in der Landwirtschaft. Die Stabilisierung ist zwar gelungen, und der Dollarkurs ist einigermaßen gehalten worden; aber sie ist durch eine beträchtliche Minderung der Goldbestände sehr schwer erkauft worden. Das Währungsproblem darf nur als in seinen ersten Phasen gelöst gelten. Eine Gesamtlösung wird lediglich auf dem Wege über eine größere Anleihe möglich sein, deren Aussichten hinsichtlich des geringen Erfolges der Paulistaner Kaffeeanleihe keine rosigen sind. Das zweite Problem ist praktisch von seiten der Bundesregierung gar nicht in Angriff genommen worden, auch wenn die Botschaft flüchtig auf diese Frage hinweist. Hier muß natürlich zugegeben werden, daß die vielleicht klare Erkenntnis auf den Widerstand starker Interessentengruppen gestoßen ist. Sieht man diese brennenden Fragen des Finanz- und Wirtschaftslebens Brasiliens in allgemeinerer Beleuchtung, so ergibt sich ungemein einleuchtend daraus die Formel für das Stadium, in dem Brasilien trotz der vielfältigen Entwicklung in jüngerer Zeit immer noch verharrt: die Züge des kolonialen Stadiums sind noch längst nicht völlig überwunden. Klarste Belege dafür sind der Kapitalmangel, der Entfaltung der Wirtschaft aus eigener Kraft hindert und Währungsprobleme aufwirft, und die immerfortwährende Monokultur, von der das Wohl und Wehe des Wirtschaftslebens überhaupt bestimmt wird. An diesem Urteil ändert die Tatsache nichts, daß als Gesamtbevölkerung Brasiliens rund 40 Mill. Menschen errechnet worden sind, eine stattliche Zahl für einen kleineren Erdraum, aber eine geringe Menge in einem kontinenthaft großen Staat. Es scheint auch, daß die Einwanderung des vorigen Jahres etwas unter dem Durchschnitt der letzten vier Jahre zurückgeblieben ist.

Auf diese gleiche Frage des kolonialen Stadiums der südamerikanischen Staaten im allgemeinen, auf das wir an anderer Stelle schon früher hingewiesen haben, kommt auch Max Biehl (Wirtschaftsdienst 1930, Heft 6) in so trefflicher Weise zu sprechen, daß wir die betreffende Stelle hier im Wortlaut wiedergeben: "Keine der südamerikanischen Republiken ist heute reines Kolonialland. Besonders die Andenstaaten im Westen (von Chile bis Venezuela) bergen jeder ein Kernland mit althergebrachter, fast selbstgenügsamer Wirtschaft. Doch ist dieser nationale Kern nirgends stark genug, um von sich aus weltwirtschaftliche Beziehungen zu schaffen; vielmehr erscheinen die für die Ausfuhr produzierenden Bezirke — meist in abgesonderter Lage — als reine Kapitalkolonien, wie Fremdkörper in den Landesgrenzen. So stammt nahezu die ganze Ausfuhr von Chile und Bolivia aus den

Minenbezirken der Wüstenregion (Salpeter und Kupfer bzw. Zinnerz); in Venezuela ist es Erdöl aus dem ungesunden Maracaibotiefland. Solche feucht-tropische Niederungen sind es auch in Kolumbia und Ekuador, in denen Ansiedlungen Landfremder die Ausfuhrprodukte Erdöl, Kakao, Bananen liefern; nur die Kaffeepflanzungen der tropischen Bergregion, in denen einheimische Erntearbeiter in großer Zahl beschäftigt werden, stehen der eigentlichen Volkswirtschaft näher. Etwas weniger scharf sind die Gegensätze in Peru, wenngleich es auch einen isolierten Kern im Andenhochland und seine Hauptausfuhrproduktion in einem Grenzwinkel hat (Erdöl im Nordwesten); es findet aber durch die von Inländern besiedelten Küstenoasen (mit Baumwollbau z. B.) Anschluß an den Weltmarkt. Die fremden Wirtschaftskolonien führen dem Staat, unter dessen Souveränität sie fallen, nur durch Abgaben - auf die Exportergebnisse wie auf ihren Einfuhrbedarf -Blut zu. Mit diesen Mitteln ist aber auch eine Modernisierung der geschlossenen Nationalwirtschaft möglich. So baut heute Venezuela, der neue Erdölstaat, ohne Zuhilfenahme von Auslandsanleihen ein modernes Verkehrssystem aus, erhöht mit diesen öffentlichen Arbeiten das allgemeine Lohnniveau, senkt aber die Transportkosten; Chile hat seinen Lebensstandard erheblich steigern können und ist dazu übergegangen, sich durch Hochschutzzoll auch in der neuen Lage soweit wie möglich selbstgenügsam zu erhalten . . . In der Wirtschaftsstruktur der östlichen Staaten - Brasilien und La Plataländer - läßt sich die rein koloniale Entstehung nicht verleugnen; hier gibt es keine Kernländer mit traditioneller, in sich ruhender Wirtschaft, sondern man lebte von Anbeginn in weltwirtschaftlichen Bindungen. Dennoch ist Brasilien den Weststaaten in vielem verwandt. Eine Reihe seiner Einzelstaaten, deren reiche Ausstattung mit Naturschätzen das so bequem macht, sind heute annähernd selbstgenügsam. Der Bezahlung von Importen und anderen Dienstleistungen des Auslandes dient fast allein der Kaffee Mittelbrasiliens - eines der drei Hauptausfuhrprodukte des Kontinents, dem der Kakao des Nordens und die Häute des Südens in weitem Abstand folgen -; freilich tut er es ungenügend, so daß Brasilien nicht nur für Investierungen, sondern für einen Teil des laufenden Lebensunterhaltes beständig auf Auslandskredite angewiesen ist . . . Die La Plataländer nehmen eine Sonderstellung unter den südamerikanischen Staaten ein. In diesem traditionsarmen und weiträumigen Gebiet gemäßigten Klimas hat die nachkoloniale Besiedlung eine gesellschaftliche Ordnung geschaffen, die ihr Gegenbild in Teilen der Vereinigten Staaten (Texas etwa) hat. Kein Landesteil kennt eine vielseitige, in sich gerundete Wirtschaft; im Gegenteil, das ganze Staatsgebiet ist in eine Reihe von Monokulturprovinzen gegliedert, deren jede ein einzelnes Welthandelsgut zum Export bringt. Das Gesicht des Landes ist dem Weltmarkt zugewandt. Eine gegenseitige Ergänzung der Wirtschaftsprovinzen vollzieht sich bisher mehr beiläufig, erst neuerdings etwas mehr plangemäß. Der Umlauf von Barmitteln in den breiten Volksschichten ist hier wesentlich größer als sonst in Südamerika. Die Masse des Volkes wird selbstbewußt durch die allgemeine Volksbildung und demgemäß anspruchsvoll. Der Weg führt hier mit raschen Schritten in der

Richtung auf das Vorbild des nordamerikanischen Farmers, Arbeiters und Angestellten zu, der durch einseitig konzentrierte und maschinenbewehrte Erwerbstätigkeit großen Barumsatz erzielt und als gehorsamer Konsument jeglicher Industrie zu verdienen gibt. Die Pampa, das Hinterland von Buenos Aires, nur 30/0 von der Gesamtsläche des Kontinents, ist daher Quelle und Ziel von 40-45% des gesamtkontinentalen Aus- und Einfuhrverkehrs. Zur industriellen Selbstversorgung sind bisher nur Ansätze vorhanden." Es wäre leicht, diese Überschau auf die Plantagenstaaten Mittelamerikas und Westindiens und auf den Bergbaustaat Mexiko zu erweitern. Es geht daher ein kolonialer Zug durch das gesamte Lateinamerika hindurch, der zum nicht geringsten Teil die Trennungslinie zwischen die Strukturausbildung des amerikanischen Südens (Lateinamerika) und des amerikanisches Nordens (besonders Vereinigte Staaten) legt. Diese lateinamerikanische Struktur macht die Einzelstaaten zu Plantagenstaaten, Ackerbau- und Viehzuchtstaaten, Bergbaustaaten, auch solchen, bei denen die Waldwirtschaft eine nicht unwesentliche Rolle spielt. Eine Anzahl sind keine reinen Typen, sondern Mischtypen. Allen gemein ist aber - und damit wird die ergänzende Gegenseite des Wirtschaftslebens herührt - die hohe Aufnahmefähigkeit für industrielle Produkte trotz der Ansätze nationaler Industrie. Über diese Beteiligung der Hauptindustrieländer am Außenhandel Südamerikas berichtet der erwähnte Aufsatz von Biehl im "Wirtschaftsdienst". Unter Hinweis auf die dort niedergelegte ausführliche Statistik (bis 1929) entnehme ich diesem Aufsatz folgende allgemeinen Daten. Die Vereinigten Staaten stehen heute für jedes südamerikanische Land südlich bis São Paulo und Nordchile als Kapitalgeber an erster Stelle entsprechend dem Interesse, das die Union an diesem tropischen Teil Südamerikas und seinen Produkten hat. Der Süden nimmt dagegen infolge der Nordamerika gleichartigen Produkte eine andere Stellung ein. Dagegen hat hier der Autoimport das Interesse des großen Industriestaats des Nordens geweckt. Die Vereinigten Staaten sind auch darum der beste Käufer in allen Tropenstaaten. In diesen Ländern bestreiten die Vereinigten Staaten auch fast die Hälfte der Einfuhr. Ihre Vorrangstellung in der Einfuhr Brasiliens und Argentiniens beruht auf dem Auto- und Ölimport. Allgemein fällt bei der Entwicklung der Einfuhranteile der Rückgang des englischen Anteils auf. Dagegen hat Deutschland wie die Vereinigten Staaten in den beiden letzten Jahren auf allen südamerikanischen Märkten seinen Absatz vergrößert.

Zwecks Rationalisierung der chilenischen Salpeterbetriebe soll durch Gesetzesvorlage eine Compania Salitrera Nacional gebildet werden. Man erhofft von diesem halbstaatlichen Salpetertrust die Gewinnung einer kräftigen Organisationsund Kapitalbeschaffungsgrundlage und zugleich die Überbrückung des alten Gegensatzes zwischen dem Fiskus und den Industrien. Es heißt, daß die Compania die Hälfte ihres angeblich 75 Mill. £ großen Kapitals dem Staat geben werde, der dafür seinen rund 20 proz. Ausfuhrzoll auf Salpeter und Jod fallen läßt und zugleich zum wichtigsten Partner der Compania wird, aber auch als solcher an dem Ausfall des jeweiligen Salpetergeschäfts mit beteiligt wäre. Es fragt sich nur, welche

weiteren Gegenleistungen der chilenische Staat für eine solche Beteiligung zu versprechen hat.

Ein paar zerstreute Notizen mögen zur Berichterstattung über den Norden Amerikas überleiten. Es sei der Anschlag auf das englische Generalkonsulat in Montevideo genannt, der ein Protest gegen Englands Indienpolitik sein soll. Ebenso sei lokaler Unruhen in Mexiko gedacht: eines Zusammenstoßes zwischen Kommunisten und Polizei in Matamoros in Coahuila; eines durch Wahlkämpfe ausgelösten Angriffs auf den Regierungspalast in Chihuahua. In Honduras soll der Belagerungszustand in vier Bezirken der atlantischen Küste erklärt sein, um dortigen Kommunistenumtrieben beizukommen. In Nikaragua scheinen die Aufständischen noch keine Ruhe zu halten, denn ein Vertreter des Generals Sandino in Mexiko City berichtet von einem Überfall seines Auftraggebers auf amerikanische Marinetruppen.

Auch die Vereinigten Staaten sind von ähnlichen Unruhen lokaler Natur nicht frei. In Emelle in Alabamba kam es zu einem Feuergefecht zwischen Negern und Weißen, das mit einem Lynchgericht endete. In Chicago fand auch neuerlich wieder eine Revolverschlacht zwischen Verbrechern und Detektiven statt. Der Bandenkrieg geht weiter, ohne daß viel Aussicht besteht, gegen dieses Unwesen einschreiten zu können. Im Zusammenhang mit dem Wiederausbruch des Kriegs steht der Rücktritt des Polizeipräsidenten von Chicago, William Russell, der zur Rechtfertigung seiner Amtsniederlegung erklärt hat, daß die Prohibition das unüberwindlichste Hindernis im Kampf der Polizei mit dem Verbrechertum sei. Die Frage der Prohibition, die heute in Amerika schon eine sehr geteilte Beantwortung erfährt, erscheint damit in bekannter, aber sehr ernster Beleuchtung. Wenn nicht alles trügt, dürfte sie wohl sehr bald Gegenstand einer allgemeinen Diskussion sein. Diese Vorgänge verschwinden aber in ihrer Bedeutung ganz gegenüber dem Interesse, daß der Amerikaner und der Ausländer für die Wirtschaftslage und den Hochschutzzoll bekunden. Wir werden in Kürze eine zusammenfassende Wertung der Annahme der Zollvorlage aus der Feder Dr. Grotkopps bringen. Hier möge vor allem der Proteste und Kampfmaßnahmen gegen die Zollbill gedacht werden. Im Lande selbst scheint man sich am leichtesten mit der Tatsache abzufinden. Zwar betont "Herald Tribune", daß das Gesetz nicht populär sei, und die demokratische "World" greift den Senat scharf an. Aber die meisten gegnerischen Blätter haben sich größte Mäßigung auferlegt, sobald mit einer Annahme der Bill zu rechnen war. Um so schärfer hat der Kampf des Auslandes gegen den neuen Zolltarif eingesetzt. In vorderster Linie stehen in Europa französische Zeitungen, die zum Boykott gegen amerikanische Waren aufrufen. Eduard Herriot erläßt unter anderem in der "Ere Nouvelle" einen Aufruf an Europa, sich wirtschaftlich zu einigen, um nicht in amerikanische Schuldversklavung zu fallen: Kriegsschulden zahlen zu müssen, ohne Waren liefern zu können. Auch der französische Handelsminister Flandin hat dem Gedanken eines einheitlichen europäischen Marktes Ausdruck gegeben und den Abbau der Zollbarrieren in Er-

wägung gezogen. Ob darin eine Anlehnung an Briands Europa-Programm zu sehen ist, mag dahingestellt sein. Groß ist auch die Verstimmung in Belgien und in der Schweiz. Belgien ist schwer betroffen. Verschiedene Gegenmaßregeln werden erwogen. Die Schweiz fürchtet als Folge der Errichtung der Zollschranken eine Verschärfung der Wirtschaftskrise. "Giornale d'Italia" verlangt italienische Gegenmaßregeln; die neuen italienischen Autozölle sind vielleicht als Vergeltungsmaßnahmen gegen das amerikanische Zollgesetz anzusehen. Auch Spanien denkt an ähnliche Maßnahmen. Schwer werden auch einige Staaten des amerikanischen Doppelkontinents in Mitleidenschaft gezogen. Voran steht Kanada. Seine Regierung hat Abwehrzölle beschlossen. Es ist selbstverständlich, daß amerikanische Beruhigungsversuche nicht ausgeblieben sind. Einer Erklärung Hoovers glaubt man entnehmen zu dürfen, daß die Dehnbarkeitsklausel des Tarifs mehr als bisher angewendet werde, um die Härten des Gesetzes zu mildern; und Mellon hat die Ansicht geäußert, daß die Befürchtungen unbegründet seien, daß der Handel mit dem Ausland ungünstig beeinflußt werde. Es sei zu erwarten, daß die Vereinigten Staaten auch weiterhin große Mengen aus dem Ausland kauften.

Diese Beteuerungen stehen allerdings nur im mäßigen Einklang mit der allgemeinen Wirtschaftslage. Sie wird symptomatisch durch folgende Einzelerscheinungen beleuchtet: der Ausweis des Schatzamtes hat zwar ergeben, daß 4178 Mill. 💲 Einnahmen nur 3004 Mill. \$ Ausgaben gegenüberstehen; der amerikanische Staatshaushalt, wie Mellon Hoover mitgeteilt hat, wird aber mit einem Defizit von 100 Mill. \$ abschließen, und dieses Defizit wird sich auf 180 Mill. \$ erhöhen, wenn keine Besserung der Geschäftslage eintritt und die niedrigen Steuersätze beibehalten werden. Im Anschluß daran hat das Finanzamt bedeutende Steuererhöhungen in Aussicht gestellt, um das Defizit im Staatshaushalt decken zu können, wenn der Geschäftsrückgang weiter anhalte. Im Zusammenhang mit der schlechten Wirtschaftslage findet die erschreckende Arbeitslosigkeit dauernde Beachtung. Von einer Verminderung der Arbeitslosigkeit kann nicht gesprochen werden. Der Präsident des amerikanischen Gewerkschaftsverbandes Green hat darauf aufmerksam gemacht, daß die Zahl der Arbeitslosen im Mai und Juni genau so groß sei wie im Januar, während sich in den Vorjahren bis zum Sommer eine Abnahme der Arbeitslosen habe erkennen lassen. Über die variierenden Zahlen der Arbeitslosen haben wir schon früher berichtet. Im Zusammenhang mit der sehr ernst zu nehmenden Arbeitslosigkeit ist im Repräsentantenhaus eine Gesetzesvorlage eingebracht worden, die die Einwanderung um 500/0 beschränken will. Auch die Börse hat Mitte Juni wieder einen bösen Kurssturz gehabt, bei dem etwa 4 Milliarden \$ verloren worden sein sollen, und der wohl aus der Gesamtwirtschaftslage zu erklären ist. Ob Amerika vor einer wirklichen Wirtschaftskrise steht, mag dahingestellt bleiben.

Infolge der Entdeckungsflüge des Admirals Byrd haben sich Überschneidungen zwischen vereinsstaatlichen und englischen Ansprüchen im Südpolargebiet ergeben. Auf der britischen Reichskonferenz von 1926 hat

England auf Antrag von Australien hin zwei große Sektoren in Antarktika und auf den subantarktischen Meeren unter seine Hoheit gestellt. Die britische Regierung hat auch im Jahre 1928, als Byrd seine Expedition zum Südpolargebiet antrat, diese Ansprüche in Washington offiziell unterbreitet. Unter dem Einfluß der Vorbereitung der Londoner Flottenkonferenz, deren Abkommen Hoover inzwischen unterzeichnet hat, hat es damals die amerikanische Regierung nur vorgezogen, den Eingang der Mitteilung zu bestätigen, ohne dazu Stellung zu nehmen. Inzwischen ist aber ein Antrag des Senators Tydings beim Bundeskongreß eingelaufen, dieser möge den Präsidenten anweisen, daß er das 300 000 qkm große von Byrd entdeckte Territorium als amerikanisches Territorium erkläre, das vor allem als Flugzeugstützpunkt das Interesse des Luftschiffressorts des Marineministeriums erregt hat. Der Antrag ist dem Senatsausschuß für auswärtige Angelegenheiten überwiesen worden, der seine Beratungen aber erst beim Wiederzusammentritt des Senats diesem vorlegen kann.

Außer der von einigen Staaten geübten Maßnahme der Besitznahme polarer Gebiete durch die Entdeckernation kommt den Vereinigten Staaten nicht sonderlich viel Berechtigung für einen solchen Zugriff zu. Der Förderung der unmittelbaren regionalen Interessen vermag diese Zone kaum zu dienen, und es wäre zudem nicht einzusehen, warum die Vereinigten Staaten im Falle eines wirklichen Bedürfnisses das an sich dafür höchst ungünstige Gebiet als Flugzeugbasis benutzen sollten. Das sich gegenüber anderen Kontinenten so landscheu verhaltende Amerika wird sich darum kaum, wenn nicht etwa aus Prestigegründen, mit wertlosen Ländern belasten wollen. Es bestehen allerlei Anzeichen dafür, daß die Vereinigten Staaten ernstlich daran denken, selbst so wichtige, aber auch lästige Positionen wie die Philippinen aus der Hand zu geben. Verständlich wird ein solches Vorgehen durch den im Vergleich zu den älteren Kolonialreichen neuartigen Reichsbau und das durch diesen bedingte Herrschaftssystem der Vereinigten Staaten (vgl. den Abschnitt Vereinigte Staaten im Kjellén-Haushofer), die sich mit den wichtigsten Positionen zur Beherrschung der Ozeane und zum Schutz ihrer Kapital- und Handelsmacht begnügen. Als Wächterposten gegenüber Ostasien genügen Guam und die dahintergelegenen Besitzungen, denen die starke Position der Hawaiinseln zuzurechnen ist.

Glacisgebiete haben die Vereinigten Staaten in dem Sinne im Pazifischen Ozean und im Amerikanischen Mittelmeer um den großen transkontinentalen Mutterraum herum geschaffen. Darüber hinaus hat die Reichsbildung ausgesetzt. Diesem teritorialen Desinteressement geht aber auch bezeichnenderweise eine Abnahme der vereinsstaatlichen Handelsstellung in den außeramerikanischen Gebieten parallel. Das gilt besonders auffällig für die Beziehungen zwischen Amerika und Afrika. Wer eine Karte der Weltverkehrslinien mustert (z. B. die von Hermann Leiter dem dritten Band von Andree-Heiderich-Sieger, Geographie des Welthandels, beigegebene Karte), wird vielleicht mit Staunen erkennen, daß es nur ganz wenige regelmäßige Schiffahrtslinien zwischen Amerika und Afrika gibt, die den mittleren

und südlichen Atlantischen Ozean queren oder diagonal durchlaufen. So führen einige von New York, z. T. unter Berührung westindischer Häfen, nach Kapstadt. Ebenso ziehen andere von der La Platamündung oder dem östlichen Austritt der Magelhaesstraße nach Kapstadt und nach Swakopmund. Nicht eingetragen worden ist von Leiter die wichtige Schnell-Linie der Navigazione Generale Italiana von Buenos Aires bzw. Santos und Rio de Janeiro nach Dakar. Der Grund dieser spärlichen Beziehungen, namentlich zwischen Lateinamerika und Afrika, ist die geographische Parallelschaltung dieser beiden Erdräume. Beide gliedern sich in Tropenund Subtropenländer, und beide verharren ihrem materiellen Kulturstande nach, wenn auch wesentliche Gradunterschiede zu erkennen sind, noch im kolonialen Stadium. Sie sind, wie für Iberoamerika oben ausgeführt wurde, Rohstoffproduzenten und Konsumenten von Industrieprodukten, oder sie sind gar noch selbstgenügsam, vermögen sich darum wenig gegenseitig zu bieten. Zur Zeit der südeuropäischen Kolonialreiche hat allerdings jener gewaltmäßige Bevölkerungsaustausch von Tropen-Afrika nach Tropen-Amerika stattgefunden, der heute gewisse Teile der beiden Kontinente in ethnischer Angleichung erscheinen läßt. Aber gerade diese weitgehend durchlaufende Gleichartigkeit in Landschaft und Leben verhindert irgendwelche stärkeren Verkettungen zwischen den beiden Seiten des Atlantischen Ozeans. Ganz anders stehen die Vereinigten Staaten, die einer anderen Natur- und Lebenszone als Afrika angehören, Afrika gegenüber. Das bezeugen nicht nur die Verkehrslinien. Diese dienen dem vereinsstaatlichen Handel, der sich aber in Afrika längst nicht so flächenhaft ausbreitet wie in Europa und Asien. Denn wenn auch die Stufen der vereinsstaatlichen Anteile am Außenhandel der einzelnen Kolonial- und übrigen Gebiete Afrikas etwa die gleichen sind wie in den beiden genannten Erdteilen (vgl. die Karte K. Sappers in dessen Wirtschaftsgeographie oder auf S. 348 von Kjellén-Haushofer, die Großmächte), so fallen doch die italienischen, spanischen, portugiesischen, französischen in Ostafrika, englischen und ehemals deutschen Kolonien, aber auch Liberia und Abessinien, im vereinsstaatlichen Handel fast ganz aus. Im englisch-ägyptischen Sudan, in Tunesien und im Kongogebiet beträgt der vereinsstaatliche Handelsanteil 1-9%, im übrigen französischen Nordwestafrika, in Ägypten und der südafrikanischen Union beläuft er sich 10-190/0 (nach Sapper). Ganz offensichtlich ist der Westen Afrikas der Union auch handelsgeographisch stärker zugekehrt als der Osten. Nur einzelne Regionen Afrikas verlangen in besonderer amerikanischer Perspektive gesehen zu werden. Das gilt für den eigenartigen Versuchsstaat Liberia, über dessen Entwicklung und Geltung dieses Heft eine besondere Untersuchung bringt. Die Negerprobleme sind das gemeinsame Band, das die Vereinigten Staaten mit Liberia verbindet. Sonderwirtschaftliches Interesse hat dagegen Amerika in Abessinien bekundet. Es zielt auf einen Punkt, der für den heute bevölkertsten Teil Afrikas, Ägypten, von lebenswichtiger Bedeutung ist. In Abessinien und im Sudan sind die Wasserschlüssel für Ägyppten zu sehen.

MAX BEER:

Das europäische Gespräch über das europäische Schicksal I

Ein Überblick über Briands Denkschrift und die Antworten Die drei Überraschungen, die der französische Außenminister Europa und der Welt, seinem eigenen Volk und seiner nächsten politischen Umgebung bereitet hat, gehören bereits der Vergangenheit an: überwunden ist das skeptische Erstaunen über seine ersten, wenige Monate vor der Völkerbundversammlung des Jahres 1929 mitgeteilten, damals noch unbestimmten paneuropäischen Andeutungen, die beunruhigende Verblüffung über seine Kundgebung während der Völkerbundversammlung und über die eilig inszenierte europäische Frühstückskonferenz, in der er sich den Auftrag für die Abfassung einer Denkschrift geben ließ, die sensationelle Wirkung dieser am 17. Mai 1930 den Regierungen überreichten Denkschrift mit ihrer unerwarteten Präzision und ihrer Fülle von genau durchdachten Einzelheiten. Wie Skeptizismus, Verblüffung und Sensation sind aber auch die philosophischen Erörterungen privater Doktrinäre in den Hintergrund gerückt. Der außerordentliche Fall, wie man ihn auch beurteilen mag, ist heute eine normale diplomatische Angelegenheit geworden, die mit rein diplomatischen Methoden bearbeitet wird. Wie verabredet haben die anderen europäischen Staaten ihre Antworten - fünfundzwanzig zum Teil außerordentlich umfangreiche Denkschriften und Noten (nur die Schweizer Antwort steht noch aus) im Laufe des Monats Juli in Paris überreicht. Wer diese nunmehr fast ausnahmslos im Wortlaut vorliegenden Dokumente liest, wohnt einem höchst aufschlußreichen europäischen Diplomatengespräch über das Schicksal der europäischen Völker bei, einem Gespräch, das in seinem Umfang und Inhalt beispiellos ist, aber mit der Selbstverständlichkeit der berechnenden Vernünftigkeit und in dem übrigen unausrottbaren Jargon der Friedensphrasen und Kabinettshöflichkeiten aller diplomatischen Aktionen aller Zeiten geführt wird. Diesen Phrasenwust, der diesmal die vorgetragenen Meinungen besonders stark einwickelt und verzerrt, werden wir allerdings, wenn wir im Folgenden den Versuch eines Überblicks über das europäische Gespräch geben, rücksichtslos beiseite lassen, einmal, weil wir uns größte Knappheit auferlegen müssen, dann, weil eine Übersicht nur nützlich sein kann, wenn sie, soweit das jetzt schon möglich ist, die tatsächlichen politischen Tendenzen der Regierungen bloßlegt.

Die französische Denkschrift

Die französische Denkschrift über "die Organisation einer europäischen Bundesordnung" definiert das "Lien fédéral", das Bundesband, das der neue europäische Verband knüpfen soll, als ein Band der Solidarität, das den europäischen Nationen erlauben will, "sich endlich der europäischen geographischen Einheit bewußt zu werden und im Rahmen des Völkerbundpaktes eine jener gebietsweisen Ententen' zu verwirklichen, die der Völkerbundpakt formell empfohlen hat", das den Völkerbund nicht schwächen, sondern stärken soll und gegen kein anderes Land und keine andere Gruppe gerichtet ist, keine neue Instanz für die Regelung von Streifällen schafft, die dem Völkerbunde vorbehalten bleibt, und die völlige Souveränität und politische Unabhängigkeit der Mitglieder unangetastet läßt. Aber dieser Gedanke der "gebietsweisen Entente", den übrigens Frankreich, als er bei der Gründung des Völkerbundes gemeinsam mit der amerikanischen Monroe-Doktrin in den Pakt schlüpfte, heftig bekämpfte, und erst später als bequemen Wandschirm für seine Bündnispolitik liebgewonnen hat, verwandelt sich schnell in den "vier Punkten", die von der Denkschrift aufgestellt werden, in einen regelrechten Staatenverein. In Punkt I wird die Notwendigkeit eines allgemeinen Paktes erörtert, der u. a. bestimmen soll, daß der "Verband nicht an die Stelle des Völkerbundes in der Durchführung der Aufgaben, die ihm durch den Völkerbundpakt oder die Verträge überwiesen wurden, treten darf", und daß er "ursprünglich den europäischen Mitgliedstaaten des Völkerbundes vorbehalten bleibt". Punkt II schafft eine vollendete Bundesorganisation: 1. eine jährlich gleichzeitig mit der Völkerbundversammlung tagende "Europäische Konferenz", 2. ein Exekutivorgan, das Politisches oder Europäisches Komitee heißt und gleichzeitig mit dem Völkerbundrat tagen würde, wie der Rat in besonderen Fällen andere Staaten hinzuziehen und technische Unterkomitees einsetzen kann, 3. ein Sekretariat, das zunächst durch die vorsitzführende Regierung - der Vorsitz wird turnusweise ausgeübt - gestellt wird und unter Nutzbarmachung des Völkerbundsekretariats arbeiten kann, aber sich als ständiges Sekretariat entwickeln soll. Punkt III enthält drei Richtlinien für die Ausarbeitung eines europäischen Organisationsprogrammes. Die 1. Richtlinie fordert "die allgemeine Unterordnung des wirtschaftlichen Problems unter das politische", weil "jede Möglichkeit eines Fortschrittes auf dem Wege einer Wirtschaftsunion gebieterisch durch die Sicherheitsfrage bestimmt ist, und diese Frage selbst eng mit der Frage des auf dem Wege der politischen Union zu verwirklichenden Fortschrittes verbunden ist", und die Gefahr der "politischen Beherrschung", die sich für schwächere Nationen aus der "industriellen Beherrschung durch stärker organisierte Staaten" ergibt, durch eine politische Lage gebannt werden muß, die das Vertrauen unter den Völkern rechtfertigt". Die 2. Richtlinie definiert die europäische politische Zusammenarbeit. Sie muß auf einen Verband hinzielen, "der auf die Gedanken der Vereinigung und nicht der Einheit gegründet" ist, eine "Auffassung, die als Folge die allgemeine Entwicklung des

Schiedsgerichts- und Sicherheitssystems für Europa einschließen könnte, sowie die fortschreitende Ausdehnung auf die gesamte europäische Gemeinschaft der in Locarno eröffneten Politik der internationalen Garantien bis zur Einreihung der besonderen Abkommen und Abkommensgruppen in ein allgemeines System". Die 3. Richtlinie gilt der wirtschaftlichen Organisation: sie sieht einen "einfachen Pakt wirtschaftlicher Solidarität vor", in dem das Ziel ihrer Zollpolitik aufgestellt wurde, worauf, nachdem der Grundsatz dieser Zollpolitik endgültig "auf der Grundlage der allgemeinen Politik der Regierungen bekräftigt worden ist", die Verwirklichungsmöglichkeiten einem der vorgesehenen technischen Komitees überlassen werden könnten. Punkt IV der Denkschrift stellt 1. ein europäisches praktisches Arbeitsprogramm auf dem Gebiete von Wirtschafts-, Finanz-, Verkehrs-, Hygienefragen usw. auf, das als Neuerung die Pflege der interparlamentarischen Beziehungen und die Bildung europäischer Abteilungen in gewissen internationalen Ämtern bringt; regt 2. eine Reihe von Methoden europäischer Zusammenarbeit an - wie Schaffung von Studienorganisationen, Unterstützung des Völkerbundes durch Förderung des Inkrafttretens der von ihm beschlossenen Abkommen, Herbeiführung europäischer oder allgemeiner Konferenzen — und streift 3. die Möglichkeiten der Zusammenarbeit zwischen dem Europäischen Verbande und den außerhalb stehenden Ländern.

Gruppierung der Antworten nach Ländern

Wenn wir die wesentlichen Gedankengänge der europäischen Antworten auf diese französische Denkschrift zusammenfassen wollen, so können wir im einzelnen auf die Aufzählung der allen gemeinsamen zustimmenden Beteuerungen europäischer Gesinnung verzichten, wie auch auf die Wiederholung der fast allen gemeinsamen Forderung, daß der Verband keine Spitze gegen andere Staaten und Gruppen haben dürfe, die Mehrheit der europäischen Staaten einbeschließen, im Rahmen des Völkerbundes wirken müsse, und daß sein in Punkt IV der Denkschrift skizziertes Arbeitsprogramm späteren Beratungen vorbehalten sein solle. Außerdem kann ein Überblick über die verschiedenen charakteristischen politischen Tendenzen, so willkürlich in einzelnen Fällen auch eine derartige Gliederung wirken mag, dadurch erleichtert werden, daß wir die europäischen Antworten in fünf Gruppen einteilen: I. die Antworten der im allgemeinen als westlich orientiert geltenden Staaten, d. h. der intimen Verbündeten Frankreichs, des kleinen Verbandes der anderen Balkanstaaten, wohin wir - wenn die Klassifizierung hier auch nicht zutrifft - Albanien stellen müssen, und Portugals; II. die Noten der neuen baltischen Staaten, III. der vormals neutralen kleineren Staaten, IV. der kleineren besiegten Länder, V. der für den Verband unentbehrlichen großen Länder, zu denen wir Spanien gesellen, das während der Ratskrise des Jahres 1926 bewiesen hat, daß es sich ein zweites Mal nicht ausschalten lassen wird, und unter denen wir als Ergänzung Englands dem zweiten europäischen Mitglied der britischen Weltunion, Irland, einen Platz einräumen möchten.

Die westlich orientierten Staaten

Obgleich in der Gruppe der westlich orientierten Staaten kein Land geographisch und kulturell Frankreich so nahe steht wie Belgien, zeigt seine Antwortnote eine sehr bemerkenswerte Selbständigkeit. Sie prägt die Formel, daß die "europäische Entente durch die Weiterentwicklung, Vervollständigung und Vervollkommnung des Völkerbundes verwirklicht werden müsse", da es sich nicht um ein neues Problem handle, sondern der Völkerbund bereits auf dem Gebiete der europäischen Zusammenarbeit viel erreicht habe, und der "Grundsatz der Universalität, auf dem er beruht, nicht hindere, daß die europäischen Staaten die sie berührenden Fragen gemeinsam untersuchen", so daß "eine europäische Entente im Tätigkeitsgebiet der bereits bestehenden Organe erzielt" werden könne. Die belgische Note ist mit einem Pakt und einer Konferenz, aber nicht mit einem Exekutivkomitee und einem besonderen Sekretariat einverstanden. erkennt auch nicht unbedingt das Überwiegen des politischen vor dem wirtschaftlichen Problem an und empfiehlt vorsichtige Methoden.

Für die polnische Regierung ist die wesentliche Grundlage des Verbandes die Sicherheit, "die allen Staaten gewährleistet werden muß", sowie die "Achtung ihrer Integrität und ihrer politischen Unabhängigkeit". Offen spricht sie den Gedanken aus, daß der Verband von den Grundsätzen des Genfer Protokolls geleitet werden müßte, stimmt der These von der Überordnung des politischen Problems über das wirtschaftliche zu, sieht den Zweck des Verbandes darin, daß er "durch die Lösung der europäischen Fragen eine wirksame Ausführung der Verpflichtungen des Völkerbundpaktes vorbereitet", wünscht im übrigen aber die

Einsetzung eines Studienkomitees für die Prüfung des Planes.

Die Tschechoslowakei versagt es sich in ihrer Antwort begreiflicherweise nicht, ihre alte tätige Liebe für die "gebietsweisen Ententen, welche die Aufgabe des Völkerbundes erleichtern", zu beteuern und aus dieser Zuneigung ihr Einverständnis mit einer größeren europäischen Entente abzuleiten. Aber sie wünscht. daß der Verband im wesentlichen nur dort eine eigene Tätigkeit entfalten möge. wo der Völkerbund nicht schon seine Tätigkeit eingeleitet hat. Noch vorsichtiger als die beiden anderen Freunde Frankreichs regt die Tschechoslowakei die Errichtung eines Studienkomitees an, das gemeinsam mit einem vom Völkerbund ernannten Studienorgan oder mit dem Völkerbundsekretariat einen Plan ausarbeiten könnte.

Rumänien verlangt sehr deutlich die Einreihung des Verbandes in den Völkerbundrahmen, weil in ihm allein die geplante Organisation auf einer genauen und von allen Mitgliedsstaaten des Völkerbundes anerkannten Grundlage beruhen würde, d. h. auf der Achtung der Verträge, der territorialen Integrität der Staaten, ihrer Unabhängigkeit, ihrer Souveränität und Gleichheit. Wie die anderen Frankreich nahestehenden Staaten stimmt aber auch Rumänien nicht ganz mit der französischen These von der Überordnung der Politik über die Wirtschaft

613

überein, will auch von dem Exekutivorgan nichts wissen und spricht sich für eine "allmähliche Verwirklichung" aus.

Südslawien betont, daß nur die Mitgliedstaaten des Völkerbundes dem Verbande angehören sollen, ist mit den geplanten Organen einverstanden, hegt keine Begeisterung für das Exekutivorgan, schwärmt aber im Gegensatz zu fast allen anderen Ländern für das eigene Sekretariat des Verbandes, das ihm vor allem als Studienorgan zur Aufstellung eines europäischen Arbeitsprogrammes nützlich erscheint, das der Völkerbund nicht durchführen könne.

Griechenland, das sich erst auf der Septemberzusammenkunft ausführlicher äußern will, sieht in der französischen Denkschrift eine geeignete Verhandlungsgrundlage und besteht besonders auf der Einbeziehung der Türkei, die wie Griechenland "eine Balkan- und Mittelmeermacht" sei.

Albanien äußert sich im allgemeinen zustimmend und sehr befriedigt darüber, daß der Völkerbund keinen Schaden erleiden soll, und gibt den Wirtschaftsproblemen den Vorrang vor den politischen Fragen.

Portugal macht ein ziemlich besorgtes Gesicht: Es will keine Beschränkung oder Verringerung der Unabhängigkeit, politischen Integrität und Souveränität, auch keine Einmischung in Kolonialangelegenheiten, erinnert an seine besonderen Beziehungen zu Brasilien und möchte aus der französischen Denkschrift herauslesen, daß der neue Pakt nicht die bisherigen Abkommen zwischen Staaten oder Staatengruppen aufhebt oder den Wert der Bündnisse und Freundschaftsbande beeinträchtigt, die die grundlegenden und herkömmlichen Elemente des internationalen Lebens gewisser Staaten sind.

Die baltischen Staaten

Innerhalb der baltischen Gruppe verdient wegen seiner einflußreichen Stellung im Völkerbunde die Antwortnote des finnländischen Außenministers unsere Beachtung. Für ihn bleibt die wichtigste Grundlage der internationalen Politik der Völkerbund. Der europäische Verband kann nur verwirklicht werden, wenn mindestens alle ständigen Ratsmächte ihm beistimmen. Er denkt sich einen neuen Pakt in summarischer Form, wünscht kein Exekutivorgan, ein Sekretariat erst später, und schlägt für die Zeit zwischen den Konferenzen die Fühlungnahme zwischen der vorsitzführenden Regierung und den bei ihr beglaubigten diplomatischen Vertretern vor. Auf dem Gebiet der Sicherheit weist er dem Verband die Entwicklung und Vereinheitlichung der Schlichtungs- und Schiedsorgane zu. Wie Polen und die Tschechoslowakei befürwortet er die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses.

Lettland spricht sich für einen möglichst allgemein gehaltenen Pakt aus, will kein anderes Organ als die europäische Konferenz, ist aber mit Punkt 3 der französischen Denkschrift einverstanden.

Estland will die neue Organisation ebenfalls auf eine Konferenz beschränken, erkennt die Bedeutung der politischen Probleme vor den wirtschaftlichen an,

hält aber politische Vereinbarungen nur für gerechtfertigt, wenn sie auch die

Wirtschaftsbeziehungen befriedigend regeln.

Litauen, das geographisch zu der baltischen Gruppe, seiner politischen Mentalität nach zu den besiegten Staaten gehört, fordert lebhaft "wirkliche Gerechtigkeit" und erklärt mit fühlbarem Hinweis auf die Wilnafrage, daß der Verband "sich nicht normal entwickeln könne, solange unter seinen Mitgliedstaaten ein ernster Antagonismus und unüberwindbare Gegensätze bestehen, die von Handlungen herrühren, die keine gerechte Wiedergutmachung gefunden haben". Auch Litauen ist mit Punkt 3 der französischen Denkschrift einverstanden, billigt auch den Plan eines Paktes, möchte als Organ nur die Konferenz, für später erst ein weitgefaßtes Exekutivkomitee. Lettland, Estland und Litauen heben alle drei hervor, daß kein Staat — sie meinen Rußland — aus dem Verbande ausgeschlossen werden soll.

Die kleinen neutralen Staaten

Für das Schicksal eines europäischen Verbandes ist natürlich die wichtige Gruppe der vormals neutralen Staaten beinahe ebenso entscheidend wie die Gruppe der Großmächte. Schweden, der führende Fortschrittskämpe im Völkerbund, ist außerordentlich zurückhaltend, glaubt, daß der Völkerbund, wie die Erfahrung gelehrt hat, in weitestem Umfange die Möglichkeit freier und wirksamer europäischer Zusammenarbeit bietet, zögert, den Gedanken eines Verbandes mit einer vollständigen Organisation zuzustimmen, zieht lose Konferenzen vor und kann sich wie Finnland den Verband nur unter Teilnahme aller ständigen Ratsmächte denken.

Dänemark erkennt zwar "geopolitische Gründe", die für den Verband sprechen, an, sieht aber auch die Verbundenheit aller Erdteile, denen die Entwicklung der Verkehrstechnik ein gemeinsames Arbeitsfeld geschaffen hat. Unter den Organen gefällt ihm nur die Konferenz, die nicht unbedingt in Genf und am besten nach den Völkerbundstagungen zusammentreten soll. Eine Erweiterung des Locarnoer und Sicherheitssystems lehnt es ab, wegen der Sanktionsverpflichtungen und solange die Abrüstung nicht durchgeführt ist, betont aber die Anerkennung des Grundsatzes, daß Grenzen nicht gewaltsam geändert werden dürfen.

Norwegen erwartet von einem europäischen Verband keine neue Gruppenbildung, sondern glaubt, daß er sie verhindern wird; es stimmt einem kurzen Pakt, einer Konferenz, einem Exekutivorgan zu, will die Sekretariatsarbeit dem Völkerbundssekretariat übergeben, tritt für Zollabbau ein und erklärt sich gegen ein politisches System mit militärischen Verpflichtungen.

Holland, dessen Antwort sehr sorgfältig redigiert ist, fürchtet ernste Gegensätze, die aus dem Gedanken der regionalen Entente entstehen können, so daß man sich eines Tages fragen werde, ob es nicht besser gewesen wäre, den Weg des Völkerbundspaktes und der Harmonisierung der Kräfte auf Weltgrundlage nicht zu verlassen. Die gemeinsamen europäischen Interessen erscheinen ihm wesentlich als Welt-

interessen. Den Gedankengängen im Punkt 3 der französischen Denkschrift hält Holland entgegen, daß eine allgemeine Herabsetzung der Zolltarife nicht ein rein politisches Abkommen voraussetze, eine Zollabrüstung die Sicherheit erhöhen und die Sicherheitsfrage überhaupt aus einer Beschränkung auf Europa keinen Nutzen ziehen könne.

Luxemburg betont den Gedanken der Souveränität und politischen Unabhängigkeit aller Staaten, verweist auf seine Neutralität, stellt die Wirtschaftsfragen vorsichtig vor die politischen und bekennt sich zum Ausbau des Schiedsgerichtswesens und des Locarnosystems.

Für die Schweiz, deren Antwort noch nicht vorliegt, hat Bundesrat Motta im Parlament bereits einige Vorbehalte geäußert, die sich auf die Schweizer Neutralität, die Unantastbarkeit des Völkerbundes und die Notwendigkeit der Beteiligung der meisten europäischen Staaten beziehen. (Fortsetzung in Heft 9.)

ERWIN TOPF:

Zur Konferenz von Sinaia

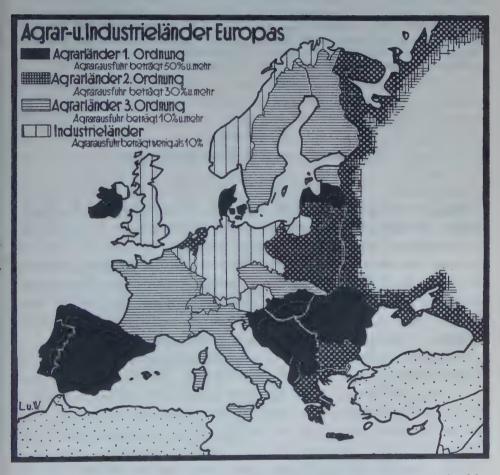
Donau-Getreidekartell. - Osteuropäische Agrar-Entente

Man wird gut daran tun, die Bedeutung der mit dem Treffen von Bukarest-Sinaia offiziell eingeleiteten agrarpolitischen Zusammenarbeit zwischen den drei großen Donaustaaten zunächst nicht zu überschätzen. Die Schwierigkeiten, unter denen die Getreideausfuhr jener Länder zu leiden hat, sind nicht erst jüngsten Datums: "Donaugerste" aus Rumänien, "Theißweizen" aus Ungarn, "Donaumais" aus Jugoslawien (und aus Rumänien) - das sind seit Jahren Sorgenkinder des internationalen Getreidehandels. Nicht zu Unrecht beklagen sich die Donauländer darüber, daß der Erlös für ihr Exportgetreide fast durchgehends um 20 Prozent unter den Weltmarktnotierungen bleibt. Dieser Preisabschlag, der in einer Zeit der Getreidepreisbaisse doppelt schwer empfunden wird, hat indes seine guten Gründe. Bei einem relativ hohen Selbstverbrauch in den vorwiegend bäuerlichen Donauländern unterliegt die zum Verkauf und zum Export kommende Überschußmenge von Jahr zu Jahr erheblichen Schwankungen, je nach dem Ernteertrag; dabei ist noch zu berücksichtigen, daß die Ernten in jenen Ländern, teils aus klimatischen, teils aus betriebstechnischen Gründen recht ungleich ausfallen. Es ist einleuchtend, daß der Handel, der in einem Jahr eine Million, im andern nur 4000 Tonnen zu exportieren hat (so lauten die Ziffern für die Maisausfuhr Jugoslawiens 1925 und 1928) mit relativ hohen Unkosten arbeiten muß. Dazu kommen noch die technischen Schwierigkeiten des Transports - Waggonmangel, Verstopfung der Bahnhöfe und Hafenplätze, geringer Schiffsraum auf der Donau die vor allem durch das fast völlige Fehlen von Lagerhäusern hervorgerufen werden. Das Transportproblem wird dadurch verschärft, daß die Bauern wegen

ihres chronischen Geldmangels das Getreide möglichst bald nach der Ernte zum Verkauf bringen, wobei natürlich auch ein lokales Überangebot, mit der Folge eines Preisdrucks, entsteht. Zum Quantitäts- kommt aber noch das Qualitätsproblem, und dieses ist für die relativ schlechte Bewertung des Donaugetreides erst wirklich entscheidend. Die oft geringwertige, verunreinigte und schlecht behandelte Ware ist in einer Zeit, wo standardisiertes Getreide im Übermaß angeboten wird, nur schwer abzusetzen.

Ob bei dieser Lage der Dinge der seit langem diskutierte und jetzt, bei der Konferenz von Sinaia, endlich auch offiziell besprochene Plan, eine Art "Getreidekartell" zu schaffen, mit Erfolg durchzuführen ist, mag zweifelhaft erscheinen. Kartelle, die nicht wenigstens ein partielles Marktmonopol erreichen können, sind wertlos. Der Gedanke, die west- und mitteleuropäischen Industriestaaten durch Boykottandrohungen gegen deren Exportwaren zur verstärkten Aufnahme von Donaugetreide (oder doch zum mindesten zur Einräumung von Vorzugszöllen für dieses) zu zwingen, erscheint wenig erfolgversprechend: Die Vorstellung, daß eine Zollkriegsentente Rumänien-Ungarn-Jugoslawien möglich sei und im Ernstfalle Bestand haben könnte, ist beinahe absurd. Ein gemeinsames Vorgehen verspricht gerade auf diesem Gebiete keinen Erfolg; eher wäre es noch denkbar, daß jeder der Donaustaaten für sich, durch direkte Verhandlungen mit den großen Getreidezuschußgebieten Mittel- und Westeuropas, gegen größere Bestellungen an Industriewaren (insbesondere für die öffentliche Hand) bestimmte Erleichterungen für seinen Getreideexport erhielt.

Für ein gemeinsames Vorgehen der Donaustaaten zur Besserung der Verhältnisse bei ihrem Getreideexport bleiben demnach nur geringe Ansatzflächen. Es wird sich in erster Linie darum handeln, die technischen Voraussetzungen für die glatte Abwicklung der Transporte und für die Verbesserung der Warenqualität zu schaffen. Daneben kann der Erfahrungsaustausch über die Methoden des Ausbaus der genossenschaftlichen Organisationen - der Stellen, die das Getreide beim Bauern "erfassen", und den Abstrom durch Kreditgewährung regulieren treten. Das ist zunächst, dem äußeren Anschein nach, ein etwas mageres Programm: aber ein Programm der Realitäten. Dagegen kann man den recht weitgespannten Projekten, die der Schaffung eines "Osteuropäischen Argrarblocks" das Wort reden, den Charakter der (wirtschaftlichen) Realität kaum zusprechen. Selbst wenn man einmal die politischen Momente, die bei der Propagierung dieser Ideen - durch Polen in erster Linie! - eine vordringliche Rolle spielen, ganz beiseite läßt, so bleibt der Tatbestand einer derartig großen Mannigfaltigkeit der wirtschaftlichen Interessen bei den in Frage kommenden Ländern, daß eine gemeinsame Basis kaum möglich ist. Die relativ bedeutende Rolle, die agrarische Produkte im Rahmen des Gesamtexports bei den Balkanstaaten, bei Polen und bei den baltischen Ländern ausmachen, darf nicht zu dem Trugschluß verleiten, daß diese Länder - bei denen das Verhältnis zwischen Binnenmarkt und Auslandsabsatz im einzelnen sehr verschieden ist - gemeinsame Exportinteressen hätten. Zwar leiden sie alle unter der Preiskrise der Agrarprodukte: aber da die Standardwaren des Exports in jedem Lande andere sind, und da außerdem nicht die innere Konkurrenz der europäischen Agrarstaaten untereinander, sondern die Konkurrenz von Übersee, verbunden mit den Abschließungsmaßnahmen der für ihre Landwirtschaft bangenden übrigen europäischen Länder das eigentliche Preisund Absatzproblem ergibt — so ist für ein gemeinsames Vorgehen kein Raum.



Die Karte zeigt — auf Grundlage der in Heft 7 und 8 veröffentlichten Außenhandelsstatistik — den größeren oder geringeren Anteil der "Agrarprodukte erster Ordnung" — Lebensmittei, Getränke, lebende Tiere — am Gesamtexport. Wegen der Unzulänglichkeit der Statistik in einer Reihe von Ländern ließ sich die Einbeziehung auch der übrigen Agrarprodukte, die — wie Textilrohstoffe, Häute, Felle, technische Fette (tierischer und pflanzlicher Herkunft) und Holz — zum Teil eine recht bedeutsame Rolle in den Erzeugerländern spielen, nicht durchführen. Da Holz (und Holzerzeugnisse) fehlen, erscheint beispielsweise das agrarische

Finnland, dessen Exporte an Holz, Zellulose, Papier usw. rund 85 Prozent der Gesamtausfuhr betragen, in einer Gruppe mit geringem Agrarexport; ähnlich liegt es bei Schweden, und, da Tran usw. gleichfalls außer Ansatz geblieben ist, bei Norwegen. Überraschend klein erscheint der Agrarexport Polens: es muß berücksichtigt werden, daß Polen weitgehend in der Lebensmittelversorgung autark ist, z. T. noch Getreideeinfuhrbedarf hat, während der Export an tierischen Produkten (Eiern, Fleisch, Butter usw.) vielfach infolge geringer Qualitäten noch nicht recht in Gang gekommen ist; bei der Gesamtausfuhr nehmen industrielle Roh- und Halbstoffe (darunter natürlich wieder Holz und Holzerzeugnisse) den größten Raum ein. Auch Litauen und Estland erscheinen in dieser Darstellung nicht als Länder mit großem Agrarexport, weil die bedeutende Ausfuhr an Flachs (Litauen: 20 Prozent der Gesamtausfuhr!) und Holz (Lettland: 20 Prozent der Gesamtausfuhr!) hier nicht zum Ausdruck kommt. Bulgarien würde unter Einbeziehung des Tabakexports (40 Prozent der Gesamtausfuhr) gleichfalls unter den "hochagrarischen" Ländern erscheinen usw.

J. Hoge:

Das Bevölkerungsproblem Südafrikas

Das Völkergemisch

Die Ureinwohner des Kaplandes waren die Hottentotten und die Buschmänner. Die ersten Europäer, die auf ihren Entdeckungsreisen dorthin kamen, die Portugiesen, haben sich nicht dauernd niedergelassen. Erst die Holländer, die unter Jan van Riebeck im Jahre 1652 in der Tafelbai landeten, gründeten zu Füßen des Tafelberges eine Niederlassung, Kapstadt, die "Mutterstadt" Südafrikas. Französische Hugenotten wanderten ein; seit 1806 ist die Kapkolonie englischer Besitz, und zu den Engländern gesellten sich zahlreiche Deutsche, in neuerer Zeit auch Norweger, Italiener, Griechen und Juden.

Aus der Vermischung der Weißen mit den Hottentotten und den eingeführten Sklaven entstand neben der weißen Bevölkerung eine Mischrasse, die sog. "Farbigen", the Coloured People. Die reinen Hottentotten und die Buschmänner sind fast ganz ausgestorben. Im Laufe der Zeit dehnte sich die Herrschaft der weißen Rasse nach Norden aus über die Kaffern oder die "Eingeborenen", die Natives, wie man sie hier zum Unterschied von den Mischlingen nennt. Und endlich wanderte eine große Zahl von Indern ein, als Arbeiter von den Zuckerplantagenbesitzern in Natal eingeführt. Man bezeichnet sie als "Asiaten" und zu diesen Asiaten gehören auch die Malayen, Nachkommen der Sträflinge und Verbannten, die die Holländisch-ostindische Gesellschaft einst aus ihren Besitzungen in Asien nach Südafrika geschickt hat. Sie sind Mohammedaner und zählen rund 25 000 Seelen.

So besteht die heutige Bevölkerung der Union von Südafrika aus einem bunten Gemisch von Rassen. Eine scharfe Grenze wird durch sie gezogen zwischen Weiß und Nichtweiß oder zwischen Europäisch und Nichteuropäisch, wie man gewöhnlich sagt. Das Zahlenverhältnis ist so, daß etwa 1 700 000 Europäer rund 7 000 000 Nichteuropäern gegenüberstehen, die sich zusammensetzen aus etwa 6 000 000 Kaffern, rund 600 000 Mischlingen und 2-300 000 Asiaten.

Unter den Weißen unterscheidet man zwei "Rassen": die "Afrikaner" im engeren Sinne, d. h. die Nachkommen der alten holländischen Kolonisten und alle die, deren Muttersprache das Afrikanische ist, eine aus dem Niederländischen entstandene Sprache. Auf der anderen Seite stehen die "Engländer", d. h. die Weißen englischer Abkunft und alle, deren Muttersprache das Englische ist. In den "Afrikanern" sind die französischen Einwanderer und ebenso die meisten deutschen aufgegangen. Namen wie du Plessis, du Toit, de Villiers, Fouché, Fourie und solche wie Schulz, Müller, Kellermann, Gertenbach, Hertzog, Schütte unter den afrikanischen Familien zeugen davon. Das Zahlenverhältnis der Afrikaner zu den Engländern ist fast 1:1. Im allgemeinen machen die Afrikaner die Mehrheit der Landbevölkerung aus, während die Engländer in den Städten überwiegen. Es gibt aber auch ganze Gebiete, die vorwiegend afrikanisch sind, wie der Orange-Freistaat, oder englisch, wie Natal und die östliche Kapprovinz.

Zwischen den beiden Gruppen der weißen Bevölkerung besteht ein Gegensatz, der vor allem das politische aber auch das ganze kulturelle und geistige Leben Südafrikas beeinflußt. Zahlreiche Afrikaner sehen in England immer noch den Unterdrücker ihrer alten Freiheit; sie streben nach möglichster Unabhängigkeit von England; ihr Symbol ist seit 1928 die neue südafrikanische Flagge. Die Engländer dagegen halten durchweg fest an ihrem Mutterlande; für viele von ihnen ist England das eigentliche "Home", wohin sie zurückgehen, um dort ihren Lebensabend zu verbringen, oder womit sie doch enge verwandtschaftliche Bande verknüpfen. Sie wünschen einen möglichst engen Anschluß an England und verehren den Union Jack, die britische Nationalflagge, als das Symbol des englischen Weltreiches und der Zusammengehörigkeit aller Engländer in der Welt.

Der Gegensatz geht aber noch tiefer. Die Engländer sind stolz auf ihre Eigenart, auf ihr Engländertum, die Kultur, Dichtung und Kunst ihres Stammvolkes, und sie wollen auch in der Fremde, in Südafrika, nichts davon aufgeben. Die Afrikaner sind dabei, eine eigene, bodenständige afrikanische

Kultur aufzubauen und ihr afrikanisches Volkstum gegenüber dem englischen Einfluß mehr und mehr zur Geltung zu bringen. Ihre englischen Landsleute aber sehen auf diese junge Kultur, auf die Sprache und Dichtung der Afrikaner nicht selten mit einem guten Teil Geringschätzung herab. So stehen einer Vereinigung dieser beiden Geisteswelten, einer Verschmelzung zu einem einheitlichen Südafrikanertum große Hindernisse entgegen. Dieser Gegensatz der beiden weißen Rassen äußert sich dann und wann vor allem in der Politik in wenig erfreulichen Formen; aber auch im allgemeinen gesellschaftlichen und geistigen Leben. Viele Dinge werden in erster Linie unter diesem Gesichtswinkel betrachtet und können nicht in klarem Lichte erkannt werden.

Fest zusammen halten die Weißen nur gegenüber den Farbigen und Eingeborenen. Mit unerbittlicher Strenge wird die Schranke zwischen Weiß und Nichtweiß im gesellschaftlichen Leben aufrechterhalten. Niemand, der einen Tropfen dunklen Blutes in seinen Adern hat, wird Zugang zu den Kreisen der Weißen bekommen, und sei er noch so gebildet. Die höheren Schulen und die Universitäten sind den Farbigen verschlossen; in der Eisenbahn sind besondere Abteile für sie reserviert, im Theater besondere Plätze; die guten Hotels nehmen sie nicht auf; erscheint einmal ein einzelner Farbiger unter den Weißen, z. B. unter den Zuschauern bei einem Fußballwettspiel, so rückt man von ihm ab, wie von einem Kranken, und um ihn entsteht ein leerer Raum. Die Mehrzahl der Farbigen sind — das ist leider nicht zu leugnen — körperlich und moralisch minderwertig. Aber es gibt unter ihnen doch auch kultivierte und gebildete Leute, vor allem unter den Indern und Malayen, denen gegenüber diese Ächtung durch die Weißen eine große Härte bedeutet. Man hat die strenge Scheidung von Europäern und Nichteuropäern mit der Notwendigkeit zu rechtfertigen gesucht, die weiße Rasse in Südafrika rein erhalten zu müssen und keiner Vermischung mit der farbigen Vorschub leisten zu dürfen. Aus demselben Grunde belegt das Gesetz seit 1926 den unerlaubten geschlechtlichen Verkehr zwischen Weißen und Eingeborenen mit harten Strafen.

Die Zahl der Asiaten und der Mischlinge hat sich seit Jahren wenig geändert. Die Kindersterblichkeit ist unter ihnen erschrecklich groß, und auch
von den Erwachsenen erreichen nur 66% das 25. Lebensjahr. Sehr stark ist
dagegen die Zunahme der Eingeborenen. Das Zahlenverhältnis der europäischen und nichteuropäischen Bevölkerung Südafrikas hat sich in den letzten
Jahrzehnten mehr und mehr zuungunsten der Weißen verschoben. Der Kinderreichtum der Afrikaner, in deren Familien früher ein Dutzend und mehr

Kinder keine Seltenheit waren, ist sehr zurückgegangen. Wirtschaftliche Ursachen, die höheren Kosten der Erziehung, die Schwierigkeit der Versorgung der Kinder, haben zu einer Beschränkung der Kinderzahl geführt; aber auch Gründe anderer Art; die moderne Afrikanerin will nicht mehr wie ihre Mutter und Großmutter die längste Zeit ihres Lebens mit der Aufzucht von Kindern verbringen. Besonders in den besseren Kreisen der weißen Bevölkerung nimmt die Geburtenzahl ab. Und der Gewinn an Weißen durch Einwanderung ist nicht so groß, daß er diesen Ausfall ausgleicht; er betrug in den Jahren von 1924 bis 1928 nur 8678 Seelen.

Eingeborenenvermehrung und Einwanderung der Europäer

Worauf beruht aber nun die starke Vermehrung der Eingeborenen, der Kaffern? Krankheiten und Kriege haben in früheren Zeiten diese Vermehrung stark behindert; es sei nur daran erinnert, daß der Zuluhäuptling Chaka z. B. in seinen Kriegen rund zwei Millionen Menschen ausgerottet hat. Diese Kriege der Kaffern untereinander haben aufgehört; eine verbesserte Hygiene, abnehmende Kindersterblichkeit, größere Verdienstmöglichkeiten für die Eingeborenen infolge der fortschreitenden Entwicklung des Landes, haben weiter die Zunahme der eingeborenen Bevölkerung gefördert.

Das rasche Anwachsen der Zahl von Eingeborenen bedeutet für die weiße Rasse in Südafrika ein sehr ernstes Problem. Die Kaffern vermehren sich nicht nur, sie machen auch Fortschritte in der Kultur, und mit zunehmender Bildung steigen ihre Ansprüche. Sie strömen vom platten Land in die Städte; viele von ihnen sind organisiert in einer Art Gewerkschaft; sie erheben Anspruch auf bessere Arbeit und höhere Löhne; der Kommunismus macht unter ihnen Propaganda und versucht, sie gegen die Weißen aufzuhetzen; erregte und unruhige Versammlungen von Eingeborenen, die im vergangenen Jahr in Durban stattfanden, haben aufs neue gezeigt, wie brennend die Frage des Verhältnisses der Kaffern zu den Weißen ist.

Der Direktor des Statistischen Amtes der Union von Südafrika hat berechnet, daß, wenn die Zunahme der eingeborenen Bevölkerung in demselben Maße wie in den letzten Jahren fortschreitet, nach 50 Jahren 3 Mill. Weißen 24 Mill. Eingeborene gegenüberstehen werden. Wenn die Herrschaft der weißen Rasse in Südafrika gesichert bleiben, wenn Südafrika für die europäische Kultur erhalten werden soll, so muß für eine größere Vermehrung der weißen Bevölkerung gesorgt werden; und wenn sie nicht durch den Geburtenüberschuß

erreicht wird, dann muß die weiße Rasse durch eine vermehrte Einwanderung von Europäern gestärkt werden. Die Nationalisten, d. h. die "Afrikaner" im engeren Sinne, möchten natürlich lieber eine Zunahme von Geburten sehen; der echte Südafrikaner müsse hier im Lande geboren werden und könne nicht von draußen kommen. Aber solange die Vermehrung der einheimischen weißen Bevölkerung nicht schneller fortschreitet, wird man auf eine stärkere Zuwanderung aus Europa nicht verzichten können.

Wie steht es nun mit der Einwanderung nach Südafrika? Die Statistik weist nach, daß die Einwanderung von Engländern abnimmt. Von 1924-1928 sind 18 184 Engländer eingewandert, aber 19932 englische Südafrikaner haben das Land verlassen, zum Teil sind sie nach England zurückgekehrt, zum andern Teil sind sie nach Rhodesien gegangen, das in den letzten Jahren viele Farmer anzieht. Das bedeutet also einen Verlust von rund 2000 englischen Südafrikanern. Der Prozentsatz der Engländer unter den Einwanderern nach der Union betrug dagegen im Jahre 1928 nur 51%. Überhaupt nimmt die Einwanderung von Angehörigen der nordischen Rassen, der Engländer, Holländer, Norweger, Deutschen ab - von 1924-1928 wanderten 1800 Deutsche ein - und dafür kommen mehr Einwanderer aus Süd- und Osteuropa. Vor allem hat die Zahl der jüdischen Einwanderer aus dem Osten Europas stark zugenommen. Es mag hier bemerkt werden, daß die Zahl der Juden in Südafrika ziemlich groß ist, etwa 62 000, und daß das Jiddische sogar als eine der europäischen Kultursprachen anerkannt wird, deren der Einwanderer nach Südafrika mächtig sein muß. Seit Amerika die Einwanderung beschränkt und auch Australien sie erschwert hat, wendet sich der Strom der Ostjuden nach Südafrika, im Jahre 1926 sind nicht weniger als 1000 allein aus Litauen eingewandert. Man sieht sie nicht gern im Lande. Es sind meist unbemittelte Leute, Händler von Beruf, und man macht ihnen zum Vorwurf, daß sie keine produktive Arbeit leisten. sich nicht selten auch einer unredlichen Geschäftsführung schuldig machen; vor allem aber betrachtet man sie als einen Fremdkörper in der weißen Bevölkerung. In Johannesburg haben schon antisemitische Kundgebungen stattgefunden, und immer stärker erheben sich die Stimmen, die verlangen, daß auch die Regierung Südafrikas das Quotensystem nach amerikanischem Muster einführen solle, um den Zustrom unerwünschter Einwanderer zu verhindern. Dagegen solle man die Einwanderung solcher Leute erleichtern, die helfen, die Entwicklung des Landes zu fördern, das sind vor allem Landwirte, und zwar besonders solche aus den germanischen Teilen Europas.

Siedlungspolitik

Man hat schon früher Europäer in größerer Zahl in Südafrika angesiedelt. Im Osten der Kapprovinz, im sog. Kaffraria, bestehen eine Reihe von deutschen Siedlungen wie Berlin, Potsdam, Braunschweig, Hamburg, Stutterheim u. a., die in den fünfziger Jahren des 19. Jahrhunderts gegründet worden sind; und vor den Toren Kapstadts ist ein großes Stück Ödland von Bauern aus der Lüneburger Heide urbar gemacht worden, die zwischen 1870—1880 von der Regierung der Kapprovinz dort angesiedelt wurden. Im Jahre 1820 wanderte eine größere Anzahl von englischen Kolonisten in die östliche Kapprovinz ein, und die "1820 Settlers Association", gegründet im Jubiläumsjahre 1920, hat es sich zur Aufgabe gemacht, die Einwanderung englischer Farmer nach Südafrika zu fördern. Mit ihrer Hilfe sind in den ersten sieben Jahren ihres Bestehens 3394 Engländer in Südafrika angesiedelt worden. Die Einwanderer bekommen zuerst auf einer Farm Unterweisung in den Methoden der afrikanischen Landwirtschaft und werden später bei der Erwerbung einer eigenen Farm beraten.

Auch deutsche und holländische Siedler würde man gern in größerer Zahl nach Südafrika kommen sehen: es ist wiederholt betont worden, welch wertvoller Bestandteil die Deutschen in der Bevölkerung des Landes sind. Aber eine Schwierigkeit stellt sich der Ansiedlung entgegen: ohne ein gewisses Kapital kann man nicht beginnen. Auf einer Tagung der "1820 Settlers Association" wurden jüngst 1000 Pfund Sterling als das Minimum angegeben, das ein Siedler nötig hat. Sir Lionel Philips hat demgegenüber freilich betont: "Die Hauptsache ist der Mann selbst. Wenn er wirklich arbeiten will, so wird er Erfolg haben; aber nicht, wenn er herauskommt mit dem Gedanken, daß er in ein sonniges Land kommt, wo das Leben billig ist und wo er auf einem Pony umherreiten kann und nur die Aufsicht zu führen braucht. Das ist eine ganz falsche Vorstellung". Und ein anderes Mitglied der Association erklärte: "Es kommen immer noch Siedler ins Land, die in dem Wahne leben, daß sie, um ein feines Leben zu führen, nur nach Südafrika zu kommen brauchen, wo der Eingeborene alle Arbeit tun werde."

Wir Deutsche machen hier in Südafrika nicht selten die Beobachtung, daß auch unsere Landsleute in dem Glauben herauskommen, in diesem Lande sei die Farmerei einfach und leicht; und sie werden dann bitter enttäuscht. Aber selbst wer bereit ist, tüchtig zu arbeiten und ohne Illusionen nach Südafrika

kommt, braucht doch gewisse Geldmittel; und die fehlen heutzutage meistens den deutschen Auswanderern. Wenn der afrikanischen Regierung wirklich an einer stärkeren Einwanderung von deutschen Landwirten liegt, so sollte sie ihnen durch finanzielle Hilfe die Ansiedlung erleichtern.

In dem weiten Land, das zweieinhalbmal so groß ist wie das Deutsche Reich, aber nur 8 Mill. Einwohner hat, ist noch viel Raum, selbst wenn man die unbewohnbaren Gebiete abrechnet; und das herrliche gesunde Klima des Landes verstärkt noch die Anziehungskraft auf den Europäer. Wenn das Land Einwanderer in größerer Zahl aufnehmen soll, und vor allem Farmer, so müßte freilich auch für eine größere Absatzmöglichkeit für die Erzeugnisse der Landwirtschaft gesorgt werden. Diese leidet jetzt schon zum Teil unter einer Überproduktion, z. B. der Weinbau, auch teilweise der Tabakbau. Dieser Mißstand wird vielleicht noch ärger werden, wenn auch die Eingeborenen zu einer intensiveren Bearbeitung ihres Landes erzogen worden sind. Das Eingeborenenproblem ist und bleibt die ernsteste Frage für die Bevölkerung Südafrikas. Zu den Mitteln und Versuchen, es zu lösen, gehört auch das Bemühen, die Eingeborenen auf ihrem Grund und Boden seßhaft zu machen dadurch, daß man sie lehrt, ihn ertragreicher zu bewirtschaften. Dann werden sie nicht gezwungen, in der Stadt Arbeit zu suchen und den Weißen und Farbigen Konkurrenz zu machen.

Ob es gelingen wird, durch diese und andere Mittel das Verhältnis der Weißen zu den Eingeborenen so zu regeln, daß beide Rassen ohne Reibungen nebeneinander leben können, muß die Zukunft lehren. Es gibt Leute, die sehr pessimistisch sind und meinen, wenn der zahlenmäßige und kulturelle Fortschritt der Eingeborenen anhält wie bisher, dann werden sie in 50 Jahren die Weißen wirtschaftlich aus Südafrika hinausgedrängt haben, und das Ziel, das ihnen Agitatoren vor Augen halten: "Südafrika den Eingeborenen" wird erreicht sein.

M. R. BREYNE:

Deutschlands Anteil an der Besiedlung Südafrikas II

Wem gehört das Land - Schwarz oder Weiß?

Im Laufe der Zeit hatte sich jedoch der Charakter der europäischen Siedlung völlig geändert. Aus der ersten Erfrischungsstation der Ostindischen Compagnie hatte sich langsam eine holländische Kolonie mit einem Gouverneur an der Spitze entwickelt, und als 1795 das Land in englische Hände geriet, war die europäische Kolonisation bereits bis zum Fischfluß (Visrivier) vorgedrungen. An diesem Fluß ereignete sich eine der wichtigsten Tatsachen in der Geschichte Südafrikas. Hier fanden im Jahre 1779 die ersten Zusammenstöße mit den eigentlichen Negern, die vom Norden kamen, statt. Erst über hundert Jahre, also nach der Inbesitznahme des Kaps durch die Europäer, erscheint der Neger auf der Bildfläche. Im Kampf um das Dasein zwischen Schwarz und Weiß in Südafrika ist diese Frage des Erstbesitzrechts, die leider schon für politische Zwecke mißbraucht wurde, von großer Bedeutung.

Wem gehört das Land? — Es ist geschichtlich nachgewiesen worden, daß die ersten Bantuhorden erst auf der Höhe des Krokodilflusses, also an der Nordgrenze des heutigen Transvaals, angelangt waren, als bereits mehr als ein Jahrhundert vorher, 1486, ein Europäer, Bartholomäus Diaz, das Kreuz an der Südküste Afrikas aufgerichtet hatte. Weit davon entfernt, Eindringlinge zu sein, die dem schwarzen Manne sein sogenanntes Heimatland genommen haben, belehrt uns die Geschichte, daß der weiße Mann derjenige ist, der am Kap der Guten Hoffnung, damals noch Kap der Stürme genannt, zuerst Fuß an Land setzte. Wenn sich eine Rasse mit Recht Urbewohner des Kaps nennen darf, dann ist es jene unglückselige ismaelitische der Buschmänner, die, wenn nicht ganz verschwunden, so doch nur noch vereinzelt in der Kalahari oder in Betschuanaland aufzutreiben sind und nicht zur Negerrasse gehören.

Schon von Anfang an stießen Jan van Riebeeck und seine Männer mit einem einheimischen Element zusammen. Es waren dies die Hottentotten und die Buschmänner, beides keine Negerstämme. Die ersteren ein Hirtenvolk, die letzteren ein Jägervolk. Krankheiten, meistens Pockenepidemien, haben mehr als die Eingeborenenkriege zur Vernichtung der Buschmänner beigetragen. Die Hottentotten dagegen haben im Laufe der Zeiten einen viel gesitteteren und friedlichereren Charakter gezeigt und sich allmählich dem weißen Manne genähert und unterstellt; sie haben sich im Laufe der Jahrhunderte mit eingeführten Sklaven, Malaien, Chinesen und Negern vermischt und sind nur noch als Mischrasse in Südafrika aufzufinden. Hauptsächlich befinden sie sich in größerer Zahl im Kaplande. Sie heißen dort landläufig "Hotnot"; jedoch selber nennen sie sich "Bruinmensch" im Gegensatz zu "Witmensch".

Schon aus diesem Namen ist ersichtlich, daß sie keine Neger sind. Wer jemals in Kapstadt weilte, wird Vertreter dieser Mischrasse gesehen haben, die gelb waren wie Orientalen. Ich persönlich sah bei einem Besuche des Hottentottendorfes Elim (Mission der Brüdergemeinde) Kinder dieser Rasse mit blonden krausen Locken und blauen Augen. Schon früh hat der Hottentott seine Sprache, die wie die der Buschmänner zu den Schnalzlautlern gehört, und seine heidnischen Sitten und Gebräuche mit der Sprache und religiösen Anschauung der alten Buren vertauscht. Er spricht meistens afrikaans und ist im großen und ganzen Christ geworden.

Die Sklaven sind neben diesen Eingeborenenelementen ein weiterer fremder Bestandteil in der Besiedlung Südafrikas. Jan van Riebeeck hatte den Wunsch geäußert, Chinesen anzuwerben, wie es in den ostindischen Besitzungen Hollands üblich war, da die Kräfte für die vielen Befestigungen und Landarbeiten um das Kap herum mit der Zeit nicht mehr ausreichten. So kamen bereits im Jahre 1657 zwei Schiffsladungen Sklaven, die größtenteils aus Angola und Guinea stammten, später auch sogar aus Batavia in Südafrika an. Die Sklaveneinfuhr dauerte bis 1767. Auf diese Weise traten Chinesen, Malaien und andere Eingeborenenvölker der Ostküste Afrikas, die zu den heterogensten Sprachfamilien gehörten, in der Besiedlung des Landes auf. Bereits in den ersten Jahrzehnten treffen wir sie dort an. Sie haben sich dann im Laufe der Jahre untereinander vermischt und zu diesem bunten und außerordentlich interessanten Rassengemisch geführt, das heute einer Stadt wie Kapstadt sein durchaus exotisches Gepräge verleiht. Aber auch das kulturelle und geistige Leben der kleinen europäischen Ansiedlung mußte unvermeidlich dadurch beeinflußt werden. So weist denn auch das Afrikaans im Wortschatz und Satzbau sehr deutliche Spuren davon auf.

Die eigentlichen Neger, die Bantu, die gerade in der letzten Zeit am Kap vielfach von sich reden gemacht haben, treten, wie wir gesehen haben, erst viel später in der Besiedlungsgeschichte des Landes auf. Es sind hauptsächlich die Kaffern, der südlichste Zweig der großen Bantufamilie, die der europäischen Ansiedlung am meisten zu schaffen gemacht haben. Die Kaffern, wie die Bantu überhaupt, stehen zweifelsohne auf einer höheren Kulturstufe als die Hottentotten und Buschmänner und unterscheiden sich in ihrem Familien- und Stammesleben sehr deutlich von ihnen. Die Kaffern haben begabte Heerführer und Häuptlinge hervorgebracht, die mit Herrschertalent die Stämme zu größerer Macht zusammenführten, jedoch dann mit barbarischer Rücksichtslosigkeit alles zu vernichten suchten, was ihnen in den Weg kam. Hier sei nur an Namen wie Tschaka, Moslekatse, Gaika und Dingaan erinnert. Fast achtzig Jahre lang (von 1759 bis 1838) haben die europäischen Ansiedler sieben blutige Kaffernkriege führen müssen bis endlich nach der grausamen Ermordung des Burenführers Piet Retief und seiner Männer bei Weenen am Tugelafluß ein Häuflein Buren unter Pretorius den Zulukönig Dingaan und seine zwölftausend Zulu am 16. Dezember 1838 bei Bloedrivier im nördlichen Natal besiegte und für immer zur Ruhe brachte. Der 16. Dezember, Dingaanstag genannt, ist seitdem ein Nationalfeiertag des südafrikanischen Volkes geworden.

Die Einwanderung unter englischer Herrschaft

Die große Entfernung des Kaps von Europa vermochte es nicht, das Land und seine junge europäische Besiedlung vor Schicksalswendungen zu schützen, die mit der Geschichte der großen europäischen Nationen zusammenhingen.

Als am 8. Januar 1806 der Krieg zwischen England und Frankreich abermals ausbrach, erschienen plötzlich dreiundsechzig englische Kriegsschiffe in der Tafel-

bucht und nahmen vom Kap Besitz, das seit dem Frieden von Amiens 1802 in die Hände der Batavischen Republik übergegangen war. Das Land am Kap wurde hierdurch endgültig britisches Gebiet. Von diesem Datum ab bildet hundert Jahre und mehr der Kampf zwischen dem englischen und niederdeutsch-holländischen Element den eigentlichen Inhalt der Geschichte Südafrikas.

Wie begreiflich setzte von jetzt ab eine starke englische Einwanderung ein. 1820 kommen die englischen Settler, 5000 an Zahl, in Südafrika an und lassen sich im östlichen Kaplande nieder. Grahamstown, Albany und andere Ortschaften werden gegründet. Bathurst und Port Elizabeth entstehen in dieser Zeit.

Im Inneren des Landes finden, soweit es bereits für die weiße Rasse erschlossen war, starke Massenbewegungen statt. Nicht nur die unerträglichen Zustände und der Druck der englischen Herrschaft, sondern auch die plötzlich einsetzende negrophile Kaffernpolitik (Abschaffung der sog. Sklaverei 1834) veranlaßten die in der Geschichte bekanntgebliebenen "groote treks", die Wanderzüge der Buren im Jahre 1836. Hunderte Familien bodenständiger Afrikaner zogen auf ihren langen Ochsenwagenreisen gen Norden ins unbekannte Land und besiedelten nacheinander Natal, Zululand, Oranje-Freistaat und Transvaal. Die Kämpfe, die die Buren auf diesen Wanderzügen durchzuhalten hatten, sowie die Entbehrungen und die vielen Strapazen sind als hervorragende Leistungen in der Geschichte eines Volkes zu betrachten. Dieser Exodus hat in seiner ganzen Wesensart etwas Biblisches. Die Besiedlung Südafrikas im extensiven Sinne schritt immer weiter und weiter in nördlicher Richtung fort.

In späteren Jahren nahm auch Deutschland wieder an der Besiedlung dieses Landes teil, sogar in geschlossenen Auswanderungen. Um die Mitte des 19. Jahrhunderts (1849) läßt sich eine mit der Herrmannsburger Mission aufs engste verknüpfte deutsche Siedlung in Natal nieder.

Im Jahre 1856 kommt die deutsche Krimlegion, rund 2000 Köpfe, dorthin und wird im Hinterland des Hafens East-London angesiedelt. Dieses unruhige und für Landwirtschaft wenig geeignete Militärelement wird jedoch nicht seßhaft. Nach kurzer Zeit ziehen die meisten im Kriegsdienst Englands wieder weiter nach Indien. Zur Ergänzung dieser Militärkolonisten kommen in den folgenden Jahren, 1858/59, über zweitausend deutsche Kleinsiedler und nehmen die Stelle der Krimlegionäre ein. An diese Einwanderung erinnern heutzutage noch Namen wie Stutterheim, Berlin, Potsdam, Frankfurt, Wiesbaden u. a. im südöstlichen Teile des Kaplandes.

Eine dritte größere Einwanderung aus Deutschland ist 1877 zu vermerken. Da landeten mehrere Schiffe mit deutschen Auswanderern, die hauptsächlich in der Lüneburger Heide geworben waren, in der Tafelbucht. Sie ließen sich mit der Zeit unweit von Kapstadt in der sog. "Kaapse Vlakte" nieder. Namen wie Wijnberg-Vlakte, Neu-Eisleben u. a. erinnern an diese deutsche Ansiedlung.

Der Unabhängigkeitskampf

Die ökonomische Entwicklung Südafrikas erhielt um das Jahr 1867 einen gewaltigen Anstoß durch die Entdeckung der Gold- und Diamantenfelder. Ein Strom von Glücksuchern und Abenteurern überflutete plötzlich das Land. Höhen und Täler dieses sonst verlassenen Gebietes wurden lebendig. Die Minenindustrien entwickelten sich rasch, und Eisenbahnlinien erschlossen nach und nach das Binnenland.

Die Burensiedlungen hatten sich zu Freistaaten entwickelt. Transvaal und Oranje-Freistaat hatten 1852 und 1854 ihre Unabhängigkeit errungen. Das Kapland war unter englischer Herrschaft geblieben. Es bekam 1872 sein "responsible government". Aber Konflikte zwischen England und den Burenfreistaaten ließen die jungen Staatengebilde nicht zur Ruhe kommen. Transvaal wurde 1877 durch Shepstone im Namen Englands anektiert, aber 1881 auf Grund der Pretoria-Konvention wieder freigegeben.

In den südlichen Teilen des Landes (Kapland und Natal) waren unter britischer Herrschaft englische Sprache und Kultur überall amtlich eingeführt, in den nördlichen Teilen (Transvaal und Oranje-Freistaat) festigte sich in den andauernden Kämpfen um seine Freiheit und Selbständigkeit das Volkstum der Afrikaner. Sprache und Religion, Sitten und Gebräuche wurden der Kitt, der dieses junge Volkstum mehr und mehr zusammenfügte.

Im Süden fing einige Jahre später Cecil Rhodes an, die Aufmerksamkeit mehr und mehr auf sich zu lenken. Im Jahre 1896 tritt der englische Arzt Jameson seinen in der Geschichte bekannt gebliebenen Ritt nach Transvaal an. Dieser führte vier Jahre später zu den Anglo-Burenstreitigkeiten, die den meisten von uns wohl noch in Erinnerung liegen. Im Jahre 1902 kam der Friede von Vereeniging zustande. Die Burenfreistaaten büßten ihre Unabhängigkeit und Selbständigkeit damit ein.

Vereeniging (31. Mai 1902) wurde der Anfang einer neuen Epoche in der Geschichte des Landes. 250 Jahre nach der ersten Gründung erhält Südafrika Form und Gesicht. 1910 kommt der Bund zustande. Ein nationaler Kongreß entwirft eine Verfassung, die am 20. September 1909 vom englischen Parlament angenommen wird. Südafrika, d. h. die vier obengenannten Gebiete Kapland, Natal, Transvaal und Oranje-Freistaat, wird ein selbständiges Dominion. Männer und Frauen von verschiedenerlei Abstammung erhalten Südafrika als Wohnstätte und als Vaterland. Eine Periode des Friedens und der inneren Ruhe, die für die Entwicklung und die weitere Besiedlung des Landes nach den schweren Kriegsjahren notwendig war, tritt ein. Auf Grund der Verfassung wird das Unionsparlament zusammengesetzt und zur größten Überraschung des englischen Teiles des Landes ein Burengeneral, Louis Botha, zum ersten Ministerpräsidenten gewählt.

Die nördlichen Teile des Landes, die alten Burenfreistaaten, hatten unter den Kriegsverheerungen am stärksten gelitten. Ganze Gegenden waren entvölkert, Land und Eigentum auf lange Jahre verwüstet. Armut war ins Land gekommen. Viele wollten unter der neuen Herrschaft nicht bleiben und wanderten nach allen

Windrichtungen aus. Seitdem findet man die Buren in Deutsch-Ostafrika, Angola, ja sogar in Australien und in Südamerika. Ein neues Problem der Besiedlung tritt an die Männer, die jetzt die Geschicke des Landes in Händen haben, heran. Botha strebt in seinem Programm hauptsächlich nach Versöhnung. Aber die Einigkeit, die man nach außen hin beim Zusammenschluß der verschiedenen südafrikanischen Staaten zu verwirklichen vermochte, wurde im innerpolitischen Lager nicht erreicht. Die Opposition bilden zuerst die Unionisten, d. h. die englisch Gesinnten oder Imperialisten. Eine dritte Partei entwickelt sich später, die Arbeiteroder Labour-party unter Führung von Creswell. Selbst im Burenlager erleidet die alte Einigkeit Schiffbruch. Der damalige Justizminister, General Hertzog, gerät in Meinungsverschiedenheiten mit General Botha, der nach seinem Empfinden England zu starke Konzessionen einräumt. Hertzog wird aus der Regierung verdrängt und gründet daraufhin 1912 die Nationalistische Partei. Zweierlei Strömungen stehen fortan in der alten bodenständigen Bevölkerung einander gegenüber. Hie Botha mit der Südafrikanischen Partei, dort Hertzog mit den Nationalisten. Beide wollen selbstverständlich nur das Wohl des Landes, aber ihre Wege laufen auseinander.

Der Nachfolger Bothas, Smuts, bildet mit den Unionisten die Regierung. Die gesetzgebenden Arbeiten dieser ersten Epoche sind von allergrößtem Interesse. Es sei nur auf die wichtigen Siedlungs- und Auswanderungsgesetze hingewiesen. Auch die Eisenbahnen entwickeln sich, der Unterricht wird zweisprachig durchgeführt, denn die Burenvertreter hatten in Vereeniging erreicht, daß ihre niederdeutsche Muttersprache als gleichberechtigt mit dem Englischen anerkannt wurde. Eine Zeit der Beruhigung tritt wirklich ein.

Als nun der Weltkrieg entbrannte, wurde das ferne Land plötzlich vor eine unerwartete, aber gewaltige Krisis gestellt. Die Botha-Regierung erklärte sich dafür, einen tätigen Anteil an den europäischen Verwicklungen zu nehmen. Aber die alten Burengenerale de Wet, de la Reye, Beyers, Kemp, Maritz u. a., die die alte Freiheit zwar im Herzen begraben, jedoch nie vergessen hatten, erklärten sich mit diesem Entschluß nicht einverstanden. Sie unternahmen nach dem bekannten "Manifest von Steenbokfontein" des Generals de Wet den sogenannten "bewapenden protest". Dieser bewaffnete Protest wuchs zu einem bewaffneten Aufstand, der sich sehr schnell verbreitete und im Lande bedrohliche Ausmaße annahm. Der Höchstkommandierende der Unionstruppen, General de la Reye, eilt herbei, um sich an die Spitze des Aufruhrs zu stellen. Aber auf dem Wege wird er in Johannesburg durch die Kugel eines Wachtpostens "versehentlich" tödlich getroffen. General Beyers, ein anderer Führer, ertrank beim Durchqueren des Oranjeflusses und der alte General de Wet mußte sich schließlich verraten in der Kalahari gefangen geben.

Rhodes hatte seinerzeit ganz klar gesehen, als er sagte: "Der Krügerismus ist zwar besiegt worden, aber der Afrikanergeist lebt noch überall im Lande." Und tatsächlich, der Selbständigkeitsgedanke, der Glaube, ein eigenes bodenständiges Volk zu sein, gewann über Nacht mehr und mehr Feld.

1924 erringt Hertzog für seine Nationalistische Partei, die seit 1912 in stetem

Anwachsen begriffen war, den Sieg und bildet mit den Arbeitern die Regierung. Seit diesem Datum führen die Nationalisten, die Vertreter der alten Burenbevölkerung, die Geschicke des südafrikanischen Landes. Die Parlamentswahlen, die eben am 12. Juni d. J. nach erbittertem Kampf entschieden wurden, haben Hertzog und

seine Partei wieder den Sieg davontragen lassen.

Seit diesem Umschwung in der politischen Führung ist auch in der wirtschaftlichen und industriellen Erschließung eine Wendung zu unseren Gunsten eingetreten. Im Innern des Landes sind in den letzten fünf Jahren tief eingreifende und wichtige Gesetzgebungen verabschiedet worden. Ich weise nur hin auf das Flaggen- und Nationalitätengesetz, auf die Aufhebung der englischen Vorzugszölle, auf den Handelsvertrag, der auf der Basis der Meistbegünstigung mit Deutschland abgeschlossen wurde, und zuletzt auf das Gesetz der Segregation, das das besondere Verhältnis zwischen Eingeborenen und Weißen zu schaffen beabsichtigt. Wenn auch die Wogen des politischen Lebens das Regierungsschiff des Nationalisten Hertzog umtosen, so sollen wir uns nicht durch tendenziöse Berichte, die uns meistens über London in der Presse vorgesetzt werden, irreführen lassen. Zielbewußt und ruhig zieht der alte Burengeneral seine Bahn weiter. Kenner des Landes wissen, daß die Politik nirgends mit so viel Heftigkeit betrieben wird als gerade in Südafrika.

Hat Südafrika eine Zukunft? - Auf Grund eigener Erfahrungen vermag ich nichts anderes zu sagen, als daß das Land, wenn das Volk sich den großen Problemen, die sein junges Staatswesen noch bedräuen, gewachsen zeigt, einer schönen Zukunft entgegengeht. Jedoch eins müssen wir uns unbedingt vergegenwärtigen, Südafrika ist nicht mehr das Afrika der Burenkriege. Diese Zeiten sind endgültig vorüber. Südafrika ist ein durchaus selbständiges Kulturland geworden und will auch danach behandelt werden. Seine vollständige Souveränität wurde auf der Reichskonferenz in London 1925 öffentlich anerkannt. Die junge Nation verdient unser Interesse und unsere Anteilnahme und wir Deutschen dürfen sie in allererster Linie nicht verweigern, nicht nur um der Stammesverwandtschaft willen, sondern um der Zukunftsmöglichkeiten, die für uns dort vorhanden sind. Südafrika seinerseits ist von dem festen Willen beseelt, sich seines Platzes unter den freien Völkern und Nationen der Erde würdig zu zeigen. Die Verzwicktheit in der innerpolitischen Lage durch das als Mandatgebiet Südafrika anvertraute frühere Deutsch-Südwest ist tief zu bedauern, denn der Kampf, den die Afrikaner unter Hertzog führen, ist schließlich unser Kampf. Es handelt sich, im Grunde genommen, nur darum, ob eines Tages die kontinentale, d. h. unsere Kultur oder die insuläre, d. h. die angelsächsische den Sieg davontragen wird. Wenn wir nicht immer mit ihrer Politik übereinstimmen, wollen wir doch bedenken, daß sie im eigenen Lande noch mit vielen Schwierigkeiten zu kämpfen haben.

Wie die Zukunft sich auch gestalte, so möge uns allen einleuchten, daß, abgesehen von den rein materiellen und wirtschaftlichen Vorteilen, keine bessere Bürgschaft für eigene Freiheit und eigenes Wohlergehen besteht, als ein stark mit uns empfindendes germanisches Volk außerhalb der eigenen engen Landesgrenzen.

K. HAUSHOFER:

Ost- und Südafrika im indischen Lichte

Bei dem Ernst einer geopolitischen Spannung, die auf den rund 5 Millionen Quadratkilometern der Südafrikanischen Union und des mehr oder weniger britischen Süd- und Ostafrika, in denen eine Inderfrage spielt, 13/4 Millionen Weiße einer Gesamtvolksmasse von 211/4 Millionen entgegenstellt, könnte der indische Anspruch auf die afrikanische Gegenküste ("Indiens Amerika") als beinahe vernachlässigenswert nach Raum und Zahl erscheinen.

Die Zahl der Inder ist eigentlich nur in Natal (145000), in Kenia (25000 – gegen 12000 Weiße) und an der ostafrikanischen Küste nennenswert; sie wäre an sich nicht zu groß, um nach dem Vorgang der griechisch-türkischen Umsiedelungen an der Ägeis ganz zurückbefördert zu werden. Sie beträgt nur ¹/₄ der jährlichen chinesischen Wanderbewegung in die Mandschurei. Wenn sie dennoch eine solche Rolle spielen konnte, daß sie mehr als einmal zu den ernsten Sorgen des britischen Weltreichs beitrug, müssen also noch weitere Nebenumstände mitwirken, die jenen indischen Volksbestandteilen Ost- und Südafrikas über ihre Zahlenwucht hinaus Gewicht verleihen.

Ein erster solcher verschärfender Umstand hängt mit der Gesamtbedeutung des mehr und mehr auf den Dominiumszustand zusteuernden indischen Volkskörpers im indischen Mutterland zusammen. Die Stimmung der indischen Volksseele ist vielleicht gegen die Behandlung der Auswandererwellen nach den Gegengestaden des Indischen Ozeans im Osten und Westen doppelt empfindlich, weil sie sich — trotz dem Rückhalt von 325 Millionen — bei der ½ Million Inder über See im Osten einer geringeren Lebenskraft gegenüber Chinesen und Japanern bewußt ist (was namentlich in den Straits deutlich wird); im Westen aber eines verkünstelten Zwitterverhältnisses, zwischen der vitalen schwarzen Banturasse und der in Herrenstellung sehr viel langsamer wachsenden weißen Bevölkerung, wobei der Inder in Afrika sich vor allem in den schon verdichteten Stellen anhaftet. Gerade in solchen Zwischenlagen aber entstehen leicht Verdrängungen; und seiner Anwaltstellung dabei, seinen in Südafrika gemachten Erfahrungen mit diesem Ressentiment, verdankt zum Beispiel Gandhi die entscheidenden Wendungen seiner Volkstümlichkeit.

Sehr ungleichmäßige Volksdichte, an sich schon ein Zeichen labiler politischgeographischer Zustände, öffnet weiterhin namentlich an den Fugen dynamisch verschieden ausgestatteter Räume Gelegenheiten zu ortsfremden Einsprenkelungen, als die wir objektiv die älteren indischen wie die weißen, die arabischen und neueren indischen ansehen müssen. Sie können an solchen Stellen wie Spaltenfrost wirken, so daß kleine Ursachen große Sprengwirkungen erzeugen.

Diese ungleichmäßige Volksdichte ist in dem ganzen, von der Inderfrage in Afrika berührten Raumkörper unter britischer Herrschaft in einem beunruhigenden Umfang vorhanden. Schalten wir die dichtbevölkerten Inseln Sansibar und Pemba mit 85 Einwohner auf den Quadratkilometer und die Küstenstriche aus, so bleiben als große, verwandte Raumgruppen nächst den weit untersiedelten, nord- und südrhodesischen Landschaften mit je 1 und 2 und Betschuanaland mit nur 0,2 Volksdichte die Gebiete von Kenya (4), Tanganjika (4) und der Südafrikanischen Union (6) mit extensiver weißer, großräumiger Wirtschaft über gestörten Eingeborenenverhältnissen. Uganda (11), Njassa (11), die kleineren Reservate des Basuto- (16) und Swasilandes (7) zeigen stärkere Volksdichten, wo man die dem Raum angepaßte Wirtschaft relativ ungestört ließ.

Wo gefährliche Fugen landeinwärts klaffen, von Mombasa-Kilindini und Durban aus, gehen auch die am meisten auffälligen indischen Kraftlinien landeinwärts. Es gab eine Zeit, wo die überstürzte Bergbauentwicklung beinahe auch eine Chinesenfrage geschaffen hätte; aber die ostasiatischen Helfer sind wieder zurückgeführt worden, und der interessante Vergleich, wie sich Chinesen und Inder im Wettbewerb unterwandernd zu einer farbigen Bevölkerung von zweifelloser Begabung und Lebenskraft verhalten, blieb auf Malaya beschränkt und wiederholte sich in Natal und Transvaal nicht.

Die Gesamtzahl der Inder in Afrika dürfte in den Höhepunkten der Einwanderungskrise (1924) kaum eine Viertelmillion überschritten haben; aber sie war mit 144000 Köpfen in Natal zusammengeballt und die 22000—25000 Inder der Kenyakolonie bildeten dort das rührigste Ferment. Eine erste scharfe Einschränkung zog das Einwanderungsgesetz von 1913, das die Zuwanderung von Asiaten, mit Ausnahme der Frauen und Kinder von bereits im Lande ansässigen Indern, verbot. Die nächste Abdrosselung wollte — nach langem Paktieren des Imperiums zwischen Südafrika und Indien — die neu ans Ruder gelangte Regierung Hertzog mit ihrer "Class Areas Bill" schaffen, einem Ghetto-Gesetz mit Verstädterungszwang. (Dr. Duncan und Malan.) Die Bewegung verlor nichts an Schärfe durch die vorherigen Ausgleichsversuche zwischen Smuts und Gandhi, an die sich Duncan und Malan unter Hertzog

nicht gebunden fühlten; und durch die unumwundenen Aussprüche der indisch-nationalen Dichterin Sarojini Naidu, die erklärte: "Wenn möglich, im Reich, wenn nötig wider das Reich und außer ihm; und Südafrika macht die Probe auf das eine oder andere".

Gewiß ist das in dichterischer Übertreibung gesprochen. Aber es steht der düstere geopolitische Ernst in Wirklichkeit hinter dem Dichterwort. Und es ist sicher merkwürdig, daß - jenseits von allen klugen Reden von Afrikakennern, wie Sir Harry Johnston; Vizekönigen Indiens, wie Lord Reading und Irwin; südafrikanischer Minister, wie Smuts, Hertzog, Duncan und Malan; von Journalisten, wie Andrews und Price - die geopolitisch treffsichersten Wahrnehmungen an der Jahrhundertwende von zwei Frauen: von Olive Schreiner ("Thoughts of South Africa"), und im Höhepunkt der Inderkrise von Sarojini Naidu kommen. Aber dahinter stehen so ernsthaft zu nehmende Urteile, wie die von Sir James Tennant Molteno (The Dominion of Afrikanderdom), der offen die Raubbauentwicklung unter Cecil Rhodes und Lord Milner schildert, und des letzteren Wort: "I am determined to break the dominion of Afrikanderdom" (es kam so ganz anders!), dann die vielleicht noch zukunftschwereren Warnungen von Lord Olivier (Das Farbigenproblem Südafrikas), von John Dube und Mahabane, Professor Henry Clay (Native Problem in South Africa, Manch. Guard. 12. Januar 1927) "The indispensable Native!". Und schon am 20. August 1910 fanden wir zu unsrer Überraschung in japanischen Zeitungen nach Manchester Dispatch die Aussichten eines Eingeborenenaufstandes in Südafrika erörtert, ohne daß - damals zu Lord Gladstones d. J. Zeit - die Gefahr zu schwarz gemalt worden wäre. Es waren die ersten Vorklänge einer einheitlichen Schwarzenbewegung durch den ganzen "Subkontinent", den Banse als Nigritien zusammengefaßt wissen will. "Die Lage in Südafrika ist heute furchtbar ernst" (20. August 1910!!). - Sie ist seitdem nicht heiterer geworden! Aber ihr Instinkt warnt die Buren, daß sie mit den Indern das entscheidende Ferment unter die andern Rassen werfen könnten.

So viele welterfahrene und wohlunterrichtete Männer und Frauen — von denen wir bisher erst einige nannten — die sich der Betrachtung ost- und südafrikanischer Probleme vom indischen Standpunkt zugewandt haben: sie sind fast alle zu dem Schluß gekommen, daß es in Ost- und Südafrika — neben Austrocknungsgefahr und Raubbau — überhaupt nur ein ganz großes Bevölkerungsproblem, die Farben- und Rassenfrage gebe, in die alle andern münden. Und fast alle erkannten für die Inderfrage in Afrika nur zwei äußerste

Grenzlösungen: eine menschliche und eine unmenschliche! Die erste wäre Freizügigkeit, Gleichberechtigung, Siedelungs- und Wanderfreiheit für alle Kulturrassen, gleichviel welcher Farbe — wenn schon nicht innerhalb der Menschheit, so doch innerhalb des Britischen Reiches, mittels eines "Empire-Gitizenship, nach Charakter und Fähigkeit, nicht Farbe (Anantani)" eines Gemeinbürgerrechts. Die zweite an sich technisch durchführbare, aber aus Gründen des Machtgleichgewichts im Imperium und Rücksicht auf die öffentliche Meinung der Welt unmögliche ist der Gedanke, die ursprünglich ortsfremden farbigen Rassen, gelbe und braune, wieder auszuschalten, in Teilen von etwa 2000 jährlich zum Abwandern zu bewegen oder zu zwingen, "unter Druck zu setzen, daß sie freiwillig gehen" (Malan), oder in einer großen Transportbewegung wegzuschaffen, die auch nicht größer wäre als viele schon bewältigte seit 1900.

Aber dann würde sich riesengroß die Frage der Vergeltung aufrichten, angeregt durch die einfache Überlegung, daß sich ungefähr ebensoviel Weiße im indischen Machtbereich befinden, wie Inder im afrikanischen, etwa eine Viertelmillion, und daß bei einem Umschwung der politischen Macht ein peinlicher Austausch vorgeschlagen werden könnte, ganz abgesehen von der Zerstörung der letzten Wirkung der Mandatsphraseologie unter dem Hohngelächter der nicht mehr an ihr interessierten übrigen Welt.

So bleiben zwischen diesen äußersten Lösungen (von denen die eine durch das koloniale Herrengefühl, die andere durch die Furcht vor kommenden Machtverlagerungen verboten wird), eine Reihe von Zwischenlösungen, Kompromissen, zwischen dem "Gentlemen-Agreement (das so lange ähnliche Reibungen im Pazifik in der Schwebe hielt) und wirtschaftlichem Auskauf, der Kontingentierung in eine Art von landschaftlichem oder urbanen Ghetto (wie man es den stärksten Teilen der Bantuneger gegenüber anwandte), oder langsamer Verdrängung als einer "verlorenen Sache" — mit abgeschnürtem Nachschub.

Aber das Reservationsprinzip — wie es im Grunde im größten Stil mit einer Art Schutzgehege für die unentbehrlichen farbigen Saisonarbeiter und Sachsengänger in Uganda, Basuto- und Swaziland, Beschuanaland besteht, und bei der Zusammenkunft von 1928 in Nairobi auch für Kenia ausgedacht wurde — läßt sich bei der Verkehrsentwicklung Afrikas schon kaum mehr für die Intelligenz der Bantu aufrechterhalten, wieviel weniger erst für eine Kulturrasse, als deren Anwalt sich Gandhi seine Sporen in Natal verdiente. Der Ghetto-

gedanke also wurde durchschaut, ehe er nur Gesetzesform gewann; und die Eigentümlichkeit der intellektuellen Zusammenhänge brachte es mit sich, daß die Indermehrheit in Südafrika und Kenya noch ein viel stärkeres Echo in ihrem Mutterlande fand als etwa die Stimme der Madrassis in Rangun, der Inder in den Straits oder in den Fiji-Inseln.

Dazu kommt, daß mit dem Vordringen des Dravida- und Tamilenelements, des dunklen Blutanteils innerhalb der indischen Rassenumschichtung auf Kosten des arischen Rassenanteils, die innere Affinität und Seelenverwandtschaft mit den unterdrückten eingeborenen Massen in Afrika bei den Indern wächst, nicht abnimmt. Die Zeit arbeitet also auch auf diesem Felde gegen die augenblicklichen, an sich schon in der Minderheit befindlichen Herren des Landes, weshalb diese vielmehr auf diese Fragen rund um den Indischen Ozean achten müßten — was ihnen ja auch ein Aufsatz im "Deutsch-Afrikaner" von ihrem Standpunkt gewiß mit vollem Recht nahelegt.

Sogar das Unterliegen der indischen Auswanderung in Indonesien und Malaya gegenüber der offenbar etwa um ein Viertel bis ein Fünftel lebensstärkeren und wirtschaftszäheren chinesischen Rasse dürfte in Südafrika nicht übersehen werden, weil es schließlich Indien dazu führen muß, das Ventil auf der westlichen Gegenseite des Indischen Ozeans zu suchen. Solche Fragen dürfen aber nicht von den Augenblicksnöten und Aushilfen des Tages aus betrachtet werden, sondern sie sollten säkular, auf Jahrhunderte anzuschauen sein. In solchem Ausgleich rächt sich aber jede Rassen- und Völkerverschleppung, wie auch die chinesische, die indische nach Südafrika eine war; und zwar meist am dritten und vierten, selten schon am ersten Geschlecht.

Eine von großen geopolitischen Gesichtspunkten ausgehende Betrachtungsweise ist bei den unmittelbar beteiligten Kolonialstaatsmännern oder Indienvertretern selten zu finden. Sie begegnet uns bei dem Ostafrikakenner Sir Harry Johnston in einigen Sätzen ganz großen Stils. "Behaltet das Land über 2000 m Höhe für die Weißen vor, die dort leben können, und für die in solchen Höhenlagen heimischen eingeborenen Stämme, und zwischen o und 2000 m laßt Neger, Inder und Araber sich ausbreiten..." "Jedenfalls sollte sich unter 2000 m Meereshöhe kein weißer Großgrundbesitz über 500 acres bilden", "verhindert jedenfalls, daß Klassen- und Rassengegensätze mit gleichen Farbenvorzeichen entstehen, etwa eine Negerfront gegen eine Schicht arabischer, indischer und weißer Großgrundbesitzer." "Laßt uns großmütig sein, und nur die großen Höhenlagen für weiße Siedler reservieren; aber vermeidet, den weißen

Mann als Bodenherren, Grundherren zu installieren, wo er eigentlich nicht leben kann."

"Die Zukunft Afrikas gehört nicht einer Rasse allein. Das beweist am besten seine Vergangenheit . . . "

Ormsby-Gore aber zog aus der denkwürdigen Reise der Ostafrika-Kommission von 1924 im Vergleich mit seiner Westafrikafahrt von 1926 vielleicht u. a. den Schluß, daß "die Ostküste Afrikas nur im Interesse der Europäer regiert werde, während im Westen das Interesse der Eingeborenen vorangehe"; eine Feststellung aus dem Manch. Guard. v. 5. 2. 1926 — die wir uns merken wollen, wenn wieder von den Gründen der Mandat-Zuteilung im Interesse der Eingeborenen die Rede ist, "während die Kenyaregierung mehr und mehr die Haltung eines Sklaventreibers angenommen hat."

Wie ernst aber Lord Irwin den Rückschlag afrikanischer Indermißhandlung auf die öffentliche Meinung des wuchtigsten Bestandteils des britischen Reiches nimmt, das beweist die herverragende Stelle, die er in seiner Anrede an die indische Volksvertretung im Juli 1930 seinen Bemühungen um die Lage der Inder in Ostafrika, Ceylon und der Südafrikanischen Union, namentlich im Transvaal anweist, indem er sie den wichtigsten Entscheidungen, Rundtafelkonferenz und Dominiumsverheißung voranstellt. In Kenya (Hilton-Young und Sir Samuel-Wilson für engeren Zusammenschluß) und Transvaal (Landpachtgesetz) sind Aufschübe erlangt und dankend begrüßt worden.

Aber ein Würdenträger von der staatsmännischen Bedeutung Lord Irwins in so hoch gespannter Lage setzt so kleine Besserungszeichen nicht an erster und dritter Stelle in eine Art Thronrede, wenn er nicht weiß, daß die unmittelbar davon betroffene Einwandererzahl weit über ihre reine Zahlenbedeutung hinaus ein Echo in einem Volkskörper von 325 Millionen hat.

Es ist eben nicht dasselbe, ob ein fremder Faustschlag eine größere derbe Muskelgruppe oder ein hochempfindliches Organ trifft; und die indische Vorhut in Afrika ist ein weit über den Ozean hinweg geöffnetes Auge, das dort hoch eingeschätzte Zukunftsmöglichkeiten wahrnimmt. So steht der an sich kleine indische Bevölkerungsanteil in Afrika vor der indischen Öffentlichkeit da; und in dem Lichte der Gerechtigkeit oder Ungerechtigkeit, die dieser Volksteil erfährt, betrachtet die öffentliche Meinung Indiens und durch ihre Vermittlung die mancher anderer asiatischen Länder die ganze afrikanische Frage und zieht ihre Schlüsse daraus für andere, noch größere Fragen der Geopolitik.

H. RÖMER:

Liberia und die Vereinigten Staaten

Der Neger-Freistaat Liberia, der an der Westseite Afrikas zwischen dem britischen Sierra Leone und der französischen Goldküste gelegen ist, ist heute neben dem Kaiserreich Abessinien der einzige Staat Afrikas, der völkerrechtlich nicht in irgendeiner Form unter der Botmäßigkeit europäischer Mächte steht. Die Gründung dieser Republik geht auf die Anstrengungen der American Colonization Society (1816) zurück, deren Bestreben es war, frei gewordene Afro-Amerikaner auf afrikanischem Boden anzusiedeln. Im Jahre 1820 wurden die ersten frei gewordenen Schwarzen in diesem Strich Afrikas abgesetzt. 1847 wurde eine Unabhängigkeits-Erklärung für dieses Gebiet erlassen und eine Verfassung entworfen, die die Republik Liberia ins Leben rief. Liberia ist seit der Geburtsstunde des Staates der Schützling der Vereinigten Staaten gewesen-Nach den Ereignissen der letzten Jahre scheint es auf dem Wege zu sein, ein Protektorat der großen Republik jenseits des Ozeans zu werden. Die Politik, die Washington von Beginn des Jahrhunderts ab in den Republiken um das Amerikanische Mittelmeer getrieben, die die Administration Coolidge mit ganz besonderem Eifer in Nikaragua fortgesetzt hat und die auch unter der Verwaltung Herbert Hoovers nicht aufgehoben wurde, hat ein Ebenbild in Liberia gefunden.

Der Staat Liberia ist ungefähr 100000 qkm groß. Die Angaben über die Bevölkerungsgröße schwanken zwischen 1½ und 2 Mill. Die ungefähr 12000 zählenden Abkommen amerikanischer Neger und die rund 40000 zivilisierten Eingeborenen wohnen an der Küste, während 1½ Mill. oder mehr Schwarze unter ihren eingeborenen Häuptlingen im Innern leben. Diese inneren Gebiete werden heute noch keineswegs von der Regierung Liberias kontrolliert, was von Frankreich und England stets mit großer Genugtuung festgestellt worden ist. Die Unabhängigkeit dieser Landstriche anzutasten, haben diese Mächte mit Rücksicht auf die Vereinigten Staaten aber nie gewagt. Als z. B. 1879 die Franzosen in ihrem Nachkriegs-Kolonialfieber mit dem Gedanken umgingen, Liberia zu einer französischen Kolonie zu machen, wurde dieser Plan "wegen des besonderen Interesses, das die Vereinigten Staaten an Liberia haben", wieder fallen gelassen.

Die englisch-amerikanische Rivalität

In den Jahren 1872, 1906 und 1912 schloß Liberia Anleiheabkommen, um die mißlichen Finanzen, die dauernd einen Staatsbankerott befürchten ließen, zu sanieren. Die ersten beiden Anleihen wurden von britischen Banken aufgenommen, die sehr wohl verstanden, aus der Angelegenheit ein gutes Geschäft zu machen. Angeblich aus Sorge über das Unrecht, das ihrem Schutzstaat widerfahren war, weit mehr aber aus Neid auf den Gewinn, den die englischen Bankiers bei ihrem Kreditgeschäft davontrugen, wurde die Anleihe von 1912 unter der Führung der amerikanischen Regierung gemacht. Liberia wurde verpflichtet, das gesamte Zollwesen einem Amerikaner, der zugleich finanzieller Sachverständiger der Regierung in Monrovia wurde, und die Grenzwachen dem Kommando amerikanischer Offiziere zu unterstellen, Verhältnisse, die schon damals zu der Frage berechtigten, ob man überhaupt noch von einer Unabhängigkeit Liberias sprechen könne. Die Schuldscheinbesitzer, wieder zum größten Teil Engländer, machten auch dieses Mal einen Profit, der nicht weit von 100% entfernt war. In den Weltkriegsjahren wurden die Zolleinnahmen Liberias, die immer einen großen Teil der Staatseinnahmen ausmachten, sehr gering. Als im Jahre 1915 der Kru-Stamm sich gegen die Regierung erhob, wurden von Monrovia aus die Vereinigten Staaten um Beistand ersucht. Das amerikanische Kriegsschiff "Chester" brachte die Unterstützung, war jedoch vom amerikanischen Staatsdepartement nur unter der Bedingung nach Liberia beordert worden, daß die dortige Regierung sofort energische Reformen in der Finanz- und Eingeborenenpolitik unternähme. Die Revolte endete, die Regierung von Monrovia dachte aber nicht daran, ihrem Versprechen nachzukommen. Das Resultat war, daß der amerikanische Zollkontrolleur von seinem Amte zurücktrat.

Auf immer neue Bitten und Versprechen Monrovias fand sich Präsident Wilson endlich im September 1918 bereit, Liberia eine weitere Anleihe von 5 Mill. Dollar zu eröffnen; doch mußte Liberia sich einverstanden erklären, keine Gelder der Anleihe zu verausgaben, bevor nicht ein zufriedenstellendes Übereinkommen mit den Vereinigten Staaten erzielt wäre, das eine amerikanische Kontrolle sicherstellte und die nötigen Reformen vorsah. Dieses Abkommen wurde nach Verhandlungen von mehr als drei Jahren, im Oktober 1921, in Washington perfekt. Nach dem Vertrage erhielt Liberia eine Anleihe von 5 Mill. Dollar zu dem Zinsfuß von 5% unter der Bedingung, daß es die

Finanzen, die Eingeborenenpolitik und die militärischen Angelegenheiten einer amerikanischen Kommission unterstellte. Die Kommission sollte aus 21 Mitgliedern bestehen, für die allein ein jährliches Gehalt von 109 700 Dollar von Liberia gezahlt werden sollte. Die Nachricht von dem amerikanischen Treiben rief eine starke Opposition in Liberia hervor, und man war dort allgemein erfreut, als der amerikanische Senat seine Zustimmung zu diesem Vertrag versagte.

Die Folge des Fehlschlages in der Anleihepolitik war für den afrikanischen Partner allerdings weiter anhaltender ökonomischer Stillstand. Ein Vergleich mit dem britischen Sierra Leone oder der französischen Côte d'Or macht dieses deutlich ersichtlich. Sierra Leone (Größe: 75 000 qkm, Bevölkerung: 1,5 Mill.) hatte 1923 einen Handel von 17 786 000 Dollar und verfügte über 338 englische Meilen Eisenbahn. Der Handel in der französischen Goldküste (Größe: 300 000 qkm, Bevölkerung: 1,5 Mill.) erreichte 1923 die Summe von 7 Mill. Dollar, das Eisenbahnnetz betrug 230 Meilen. Eisenbahnen gab es in Liberia in demselben Jahr noch gar nicht, der Handel hatte nur die Zahl von ungefähr $2^{1}/_{3}$ Mill. Dollar erreicht.

Die Plantagen-Abkommen

Der große Umschwung für Liberia wurde prophezeit, als 1925 der Amerikaner Harvey Firestone, Präsident einer großen amerikanischen Gummi-Kompagnie, ankündigte, daß die Firestone-Plantations Company in Akron, Ohio, für 100 Mill. Dollar Gummi-Plantagen in Liberia erwerben wollte. Daß der Segen des amerikanischen Staatsdepartements, und ganz besonders die guten Wünsche des damaligen Handelssekretärs Hoover, Firestone in seinem Unternehmen begleiteten, war außer Frage. Hoover hat niemals ein Hehl daraus gemacht, daß er es für unumgänglich notwendig ansehe, daß Amerikaner in allen Teilen der Welt danach trachteten, die Rohmaterialien zu kontrollieren, sei es nun Petroleum, Rohgummi oder sonst irgendein Produkt.

Schon im Juni 1924 hatten die Unterhändler Firestones mit der Regierung Liberias Fühlung genommen und drei Vertragsentwürfe unterbreitet. Plantagen-Abkommen Nr. 1 sah die Verpachtung der früheren Plantagen der englischen Mount Barklay Company, die während des Weltkrieges Eigentum der Monrovia-Regierung geworden war, vor. Vertrag Nr. 2 bot für eine neunundneunzigjährige Verpachtung von einer Million Acres Land eine jährliche Pacht von sechs Cent per Acre für bebautes Land und einen Zollsatz von einem ameri-

kanischen Cent auf gewonnenen Rohgummi vom sechsten Jahr ab. Abkommen Nr. 3 verpflichtete Firestone, zum Ausbau des Hafens von Monrovia Gelder vorzustrecken, die mit $7\,^0/_0$ verzinst werden sollten.

Im Januar 1925 hieß das Parlament Liberias diese Verträge gut. Begeisterung hatten sie nicht erregt. Der Gesichtspunkt, der die Abgeordneten geleitet hatte, war die Hoffnung, auf diese Weise Geld ins Land zu bekommen, das den gesamten Handel heben würde. Firestone war eifrigst bemüht, die Ratifikation der Verträge möglichst schnell zu vollziehen, war doch vorauszusehen, was dann auch später eintraf, daß der Preis für Rohgummi emporschnellen würde, vor allem infolge der zunehmenden Nachfrage nach Gummi in der Autoindustrie und des Abbaus der englischen Vorräte, die in den unmittelbar dem Weltkrieg folgenden Jahren der Überproduktion nicht ergänzt worden waren. Für das Jahr 1925 nahm z. B. die Summe, die für den Import nach den Vereinigten Staaten für Rohgummi gezahlt wurde, die Höhe von 430 Mill. Dollar an, 200 Mill. Dollar mehr, als man für dasselbe Quantum im Jahre 1924 hätte zahlen müssen. Firestone ersuchte den Präsidenten King von Liberia, das Parlament so lang in Session zu halten, bis sein Abgesandter mit den Verträgen in Monrovia eintreffe, versprach sogar, den Mitgliedern ihre Zeit zu bezahlen. Die Kammern aber wurden vertagt. Als der Unterhändler in Liberia eintraf, hatte das Kabinett die Überraschung, daß seit den Verhandlungen in Washington eine Klausel in den Vertrag hineingekommen war (bekannt als Klausel K.), die für den Vertrag 3 vorsah, daß die Verleihung der Gelder, die zu dem ohnehin schon hohen Zinssatz von 70/0 gegeben werden sollten, bedingte, daß die Sicherheiten, die der Anleiheentwurf von 1921 verlangt hatte, auch hier effektiv würden, also amerikanische Überwachung vor allem der Finanzen und des Militärs. Grenzstreitigkeiten mit Frankreich, die man besser durch den Beistand der Vereinigten Staaten zu überwinden können glaubte, machten die Annahme der Bedingungen für Liberia notwendig, doch wollte man sich nur zu dem Vertrage bekennen, falls die Gelder aus einer Quelle stammten, die von einer Beeinflussung durch Firestone vollständig frei sei. Dieses wurde zugesagt. Im Juli 1925 erhielt der Staatssekretär von Liberia den Auftrag, nach Washington zu gehen und dort mit dem amerikanischen Staatsdepartement die Frage der Grenzregulierung mit Frankreich und die Aufnahme der Anleihe in die Wege zu leiten. Ein Vierteljahr darauf, im September 1925, wurden in New York die drei Abkommen mit der Firestone Plantation Co. unterzeichnet. Die Gelder der Anleihe, 5 Mill. Dollar für 40 Jahre auf 7%, wurden von einer mysteriösen Firma, die sich "Finance Corporation of America" nannte und nach allgemeiner Ansicht ein Produkt Firestones war, und einzig und allein die Aufgabe hatte, die Anleihegelder zu geben, gedeckt. Zölle und alle anderen Staatseinnahmen Liberias, ob äußere oder innere, haften für die Anleihe und die Zinsen. Sie werden unter der Aufsicht (supervision) eines amerikanischen "finanziellen Ratgebers" gesammelt. Ein Kontrolleur speziell für Zölle und einer für innere Einkommen stehen ihm zur Seite. Der finanzielle Ratgeber wird vom Präsidenten der Vereinigten Staaten bestimmt (designated*). Er ernennt seine Helfer, nachdem er ihre Namen zuerst dem amerikanischen Staatssekretariat unterbreitet hat. Er hat das Budget Liberias zu begutachten. Gelder, die er nicht genehmigt, dürfen nicht gezahlt werden. Zwei amerikanische Offiziere sind die höchsten Befehlshaber der Armee Liberias. Die Zinsen für diese Anleihe, zusammen mit den Amortisationsquoten und den an die amerikanischen Beamten zu zahlenden Gehältern (ungefähr 50 000 Dollar), machten für 1925 berechnet ungefähr zwei Fünftel der gesamten Staatsausgaben Liberias aus. Mit seinem Plan, zur besseren Ausbeutung der Zuckerplantagen 30 000 (?) Amerikaner nach Liberia zu bringen, drang Firestone nicht durch. Durch die Legislative von Monrovia wurde diese Zahl auf 1500 erniedrigt**). Ebenfalls mußte er, um die Ratifikation zu erhalten, in einem anderen Punkte des Anleihe-Abkommens nachgeben. Firestone forderte von Liberia, daß dieses Land sich dazu verstehen sollte, in den 40 Jahren, in denen die Anleihe lief, also bis 1967, keine neuen Anleiheverträge zu schließen. Also auch für den Fall, daß z. B. ein 5% ige Anleihe geboten würde, die die schnellere Zurückzahlung der 70/gigen amerikanischen Anleihe ermöglichte, sollte Liberia diese nicht aufnehmen dürfen. Nach einer abrupten Ablehnung dieser Forderung durch King stand der Abbruch sämtlicher Verhandlungen zwischen den amerikanischen und den liberischen Abgeordneten bevor. Nur dem Eingreifen des amerikanischen diplomatischen Vertreters in Monrovia verdankte man einen Kompromiß. Liberia mußte sich bereit erklären, für 20 Jahre keine neuen Anleihen, welcher Art sie auch seien, aufzunehmen. Am 1. Juli 1927 trat der Vertrag in Kraft. Damit hat die nationale Freiheit des Negerstaates praktisch zu existieren aufgehört, der völkerrechtliche Terminus für die Republik muß

^{*)} Das Gothaische Jahrbuch für 1930 gibt in der Verwaltung Liberias folgende durch Amerikaner besetzte Posten an: General-Zolleinnehmer und Finanzberater, Stellvertretender Zolleinnehmer und Finanzberater, Steuerkommissar und Rechnungsführer, daneben je einen Kommissar für Bauten und Wegebau. — **) Diese Zahlen dürften zu hoch gegriffen sein. Die Zahl der gegenwärtig in Liberia lebenden Europäer beläuft sich auf ungefähr 300.

heute sein: "Protektorat auf finanzieller Basis", ausgeübt durch die Vereinigten

Für die Geschichte der Geheimdiplomatie liefert das Firestone-Abkommen mit Liberia ein neues Kapitel. Abgesehen davon, daß das amerikanische Staatssekretariat, das mit Liberia über Auslegung der Plantagen-Verträge und des Anleiheabkommens verhandelte, und durch die Ernennung von ausführenden Beamten seine Aufgaben überschritt und den Kongreß nicht um Sanktion seiner Schritte ersuchte, wurde der genaue Text des Abkommens streng geheimgehalten. Das State-Department soll sogar abgelehnt haben, den Vertrag an das Handelsministerium weiterzugeben, obwohl man von Hoover kaum etwas zu befürchten gehabt hätte. Die Firestone Plantations Company und die Finance Corporation of America halten noch heute mit der Bekanntgabe der einzelnen Punkte des Vertrages zurück.

R. REITLER:

Kolonisation und Volksseuche I

Die Verteilung der Menschen auf der Erdoberfläche wird im Laufe der nächsten Jahrzehnte infolge zunehmender Übervölkerung gewisser Gebiete weitgehende Verschiebungen erleiden. Das Abströmen dieses Überschusses in geeigneter Weise in entsprechend aufnahmefähige Lebensräume zu leiten, wird zu den wichtigsten Aufgaben der Zukunft gehören, wobei die Besiedelung tropischer und subtropischer Territorien zweifellos eine große Rolle spielen wird. Dem wachsenden Wissen um diese Tatsache ist es zu verdanken, daß das Interesse an kolonisatorischen Fragen im steten Zunehmen begriffen ist. In allen darauf bezüglichen Veröffentlichungen wird nun immer wieder betont, daß der Kampf gegen die Tropenkrankheiten eines der wichtigsten Probleme sei und daß gewisse Gebiete erst nach dessen siegreicher Beendigung ernstlich besiedelungsreif werden würden. Trotz ihrer Bedeutung wird jedoch diese Frage nur selten eingehender erörtert - begreiflicherweise, da die Autoren solcher Arbeiten Volkswirtschaftler und Politiker, kaum jemals Hygieniker sind. Unter solchen Umständen wäre es vielleicht wünschenswert, das genannte Problem einmal aus seiner abseitigen Stellung ins Zentrum der Betrachtung zu rücken; dabei wird sich bald zeigen, daß der Umfang des zu berücksichtigenden Stoffes weit über das wechselseitige Verhältnis von Tropenkrankheit zur Kolonisation tropischer Länder hinausgeht, welches vielfach nur ein Spezialfall eines allgemeineren Korrelationsproblems ist: Der Wechselwirkung zwischen örtlicher Verschiebung größerer Menschenmassen und der für sie neuen Umweltspathologie. - In solcher Allgemeinheit wurde dieses Problem bisher nie gestellt. Einzelbeobachtungen an bestimmten Krankheiten weisen aber deutlich auf seine Existenz hin, lassen sogar schon gewisse große Gesetzmäßigkeiten erkennen, wenn auch im Detail noch fast alles zu tun bleibt. Die folgenden Zeilen sollen zunächst die Problemstellung als solche erörtern, um dann am Paradigma der heute besterforschten Infektionskrankheit, der Malaria, den Einfluß jener Wechselwirkung aufzuzeigen. Ein zwischen Medizin und Geopolitik liegendes Grenzgebiet wird dabei erkennbar werden, das allerdings noch des Ausbaus harrt: Die Migrationspathologie. Sollte die vorliegende Studie einen Anstoß zur Beschäftigung weiterer Kreise mit diesem Fragenkomplex geben, so wäre ihr Zweck völlig erreicht.

Die Problemstellung

Kolonisation bedeutet heute Ansiedelung einer größeren Zahl von Menschen zwecks landwirtschaftlicher Betätigung. Es ist damit durchaus nicht gesagt, daß diese Ansiedelung außerhalb des Heimatlandes erfolgen muß, und man unterscheidet daher Außenkolonisation und Innenkolonisation. Die letztere kann sich entweder unweit von dem bisherigen Aufenthaltsort des Siedlers abspielen, dann hat sich die physische Umwelt für ihn kaum wesentlich geändert; oder die Siedelung findet zwar noch innerhalb der politischen Landesgrenzen, aber in einem bezüglich äußerer Faktoren stark abweichenden Gebiete statt, dann unterscheidet sie sich für unsere Betrachtungsweise in keiner Hinsicht von der Außenkolonisation. Wir teilen daher die Kolonisation zweckmäßiger ein in: 1. Siedelung in unveränderter, und 2. in gegenüber der bisherigen veränderter Umwelt. Nun sind wir aber gewöhnt, mit dem Wort Kolonisation den Gedanken an die Ansiedelung in fernen, beziehungsweise tropischen Ländern zu verbinden, und pflegen daher die Krankheit als kolonisationshemmenden Faktor in Gestalt der Krankheit exotischer Länder, respektive der echten Tropenkrankheit zu sehen. Dies ist aber nur in beschränktem Maße zutreffend. - Weiter müssen wir uns klarmachen, welche Krankheitsarten den Kolonisationsvorgang dauernd oder für längere Zeit beeinflussen können. Offenbar kommen nur solche in Betracht, welche die Tendenz haben, größere Menschengruppen zu befallen und sich dauernd festzusetzen oder häufig wiederzukehren. Es sind dies einerseits die rein klimatisch bedingten Schädigungen, welche nur auf den Einwanderer hemmend wirken, der aus gänzlich verschiedener Umwelt kommt, die autochthone Bevölkerung aber nicht berühren. Diese Faktoren sind bloß in den Tropen von großer Bedeutung; Konstitution, Geschlecht und Alter spielen hierbei eine wesentliche Rolle. Andererseits eine - nicht allzugroße -Gruppe von Infektionskrankheiten, welche man als Volksseuchen bezeichnen kann und die zum Teil die Neigung zeigen, nach akutem Beginn in ein chronisches Stadium überzugehen. Alle anderen Infektionen, wenn sie auch in Form von Epidemien noch so verheerend wirken mögen, scheiden für unsere Betrachtung aus. sofern sie nur nach mehr oder weniger langem Wüten für längere Zeiträume gänzlich oder fast gänzlich erlöschen. - Jene Volksseuchen nun befallen nicht bloß den Einwanderer, sondern auch den Eingeborenen, ihr Verlauf ist aber vielfach bei jenem ganz anders als bei diesem. Der Grund hierfür liegt in erster Linie im verschiedenen Immunitätszustand der beiden Gruppen. Mit der Feststellung dieser Tatsache tritt das hochkomplizierte Immunitätsproblem in den Mittelpunkt

unserer Untersuchung.

Mit dem Wort Immunität bezeichnet man in der Lehre von den Infektionskrankheiten den Schutz, den das Überstehen einer solchen Krankheit vor der neuerlichen gleichen Erkrankung verleiht. Im Gegensatz hierzu nennt man Resistenz die konstitutionell bedingte Widerstandsfähigkeit gegen eine Infektionskrankheit ohne vorhergegangenes Überstehen derselben; die Resistenz scheint rassenmäßig Verschiedenheiten aufzuweisen, doch ist darüber fast noch nichts sichergestellt. - Der Immunitätsschutz ist dem Grade nach stets nur relativ, d. h. er kann bei Infektionen mit großen Mengen des Erregers oder bei besonders angriffsfähigen (virulenten) Varianten desselben versagen; vielfach bewirkt er bloß einen andersartigen, allerdings gleichzeitig meist milderen Krankheitsverlauf, so daß wir nach dem Vorschlage v. Pirquets besser von Allergie, d. h. geänderter Reaktionsfähigkeit sprechen. Ganz allgemein muß darauf hingewiesen werden, daß auch bei fehlender oder geringgradiger Immunität die genannten quantitativen und qualitativen Momente auf Seiten des Erregers von ausschlaggebender Bedeutung sind und daher nicht jede Infektion, d. h. jedes Eindringen von Krankheitserregern in den menschlichen Organismus zur Erkrankung führt. - Der Art nach ist der Immunitätsschutz fast stets krankheitsspezifisch, nur gegen den Erreger einer bestimmten Krankheit gerichtet, mitunter sogar nur gegen eine bestimmte Variante desselben

Die Volksseuchen rufen nun in der großen Masse der Bevölkerung, unter der sie herrschen, eine Allergie hervor, wodurch es schließlich zu einer Art Gleichgewichtszustand zwischen Krankheit und befallener Bevölkerung kommt. Wandern aber Menschengruppen aus Gebieten ein, in denen die betreffende Krankheit fehlt oder nur wenig verbreitet ist, so fehlt den Einwanderern auch die entsprechende Allergie und die Krankheit verläuft in dieser Gruppe anders, schwerer und ausgedehnter als in der autochthonen Bevölkerung. Dabei ereignet sich mitunter ein biologisch außerordentlich interessantes Phänomen; infolge der Passage des Erregers durch solche widerstandsunfähige Menschengruppen gewinnt er selbst an Angriffsfähigkeit und kann dann den Schutz, dessen sich die eingeborene Bevölkerung dank ihrer langjährigen Durchseuchung erfreut, durchbrechen und zu einem erneuten Auflodern der Krankheit auch unter dieser Bevölkerungsgruppe führen. -Berücksichtigt muß schließlich noch die Tatsache werden, daß ein allgemein niedriger Lebensstandard die Abwehrkräfte des Organismus durch schlechte Ernährung, unhygienische Lebensverhältnisse usw. schwächt und derart die Ausbreitung sowie den schwereren Verlauf von Infektionskrankheiten begünstigt. Dieser niedrige Standard findet sich als Folge schlechter ökonomischer Verhältnisse bei auswandernden Menschengruppen sehr häufig - sonst würden sie ja nicht wandern und stellt somit gleichfalls einen nicht zu unterschätzenden Faktor dar.

(Fortsetzung in Heft 9.)

Gerhard Herrmann: Weltwirtschaftlicher Bericht

Das Ergebnis der 2. Weltkraftkonferenz. — Die Widersinnigkeit der amerikanischen Hochschutzzollpolitik

Die allgemeine Bedeutung der Weltkraftkonferenzen und ihren Hintergrund, die tatsächliche Gestaltung der Energie-Wirtschaft der Erde, hat bereits Joseph Mendel in den letzten Nummern dieser Zeitschrift (Vgl. ZfG. April 1930, Seite 327 ff.) ausführlich dargestellt. Es handelt sich heute noch darum, den tatsächlichen Verlauf und das wesentliche Ergebnis der in der zweiten Junihälfte in Berlin abgehaltenen zweiten Weltkraftkonferenz kurz zu skizsieren.

Im Vordergrund der Tagung stand, nicht wie bei früheren Gelegenheiten, die Frage der Energie-Erzeugung, sondern der Energie-Verteilung, des Energie-Absatzes. Es hat sich gerade in den letzten Jahren immer wieder gezeigt, daß die mannigfachen Störungen und Krisen auf fast allen Rohstoffgebieten darauf beruhen, daß man sich ausschließlich vom Produktions- und nicht vom Marktbedürfnis her leiten ließ. Am katastrophalsten zeigt sich dies heute auf den Metallmärkten, die derart zerrüttet sind, daß z. B. das Kupferkartell immer mehr die Fühlung mit der tatsächlichen Preisgestaltung verloren hat, und in diesen Wochen erst auch die Internationale Rohstahl-Gemeinschaft die Preisbindung für ihre wichtigsten Produkte fallen lassen mußte, was einem Selbstmord verzweifelt ähnlich sieht.

Prinzipiell das Gleiche gilt für das Erdöl und den Gummi. Auch hier hat man sich ganz einseitig vom Produktionsbedürfnis leiten lassen, teils um die vorhandenen Anlagen möglichst intensiv auszunutzen, teils um einen Vorsprung vor den Konkurrenten zu erlangen. Die Außerachtlassung der Absatzmöglichkeiten führte dann zwangsläufig zur Überproduktion und den bekannten Störungen der Weltrohstoffwirtschaft. Es würde in diesem Zusammenhang zu weit führen, auf die hochinteressante und wichtige Frage einzugehen, inwieweit diese Problematik auf der Eigenart des heutigen Wirtschaftssystems beruht.

Wenn also die zweite Weltkraftkonferenz als Hauptthema die Verbesserung des Energie-Absatzes anschlug, so hat sie damit eine Frage berührt, in deren Vernachlässigung ein wesentlicher Grund der Weltwirtschaftskrise liegt, und hat hierdurch ihre Beratungen sofort in den breitesten internationalen Rahmen hineingestellt. Diesem Umstand verdanken die Beratungen der Berliner Konferenz die Beachtung, die sie weit über die zunächst interessierten technischen Kreise hinaus gefunden haben.

Als wichtigstes grundsätzliches Ergebnis, das auch wirtschaftlich sehr bedeutsam ist, ist die bewußte Abkehr von rein technischer Betrachtungsweise zu bezeichnen: Die Errichtung neuer Kraftanlagen hat nicht mehr ausschließlich unter dem Gesichtspunkt des höchsten technischen Nutzeffektes zu erfolgen, sondern nach dem maximalen wirtschaftlichen Nutzeffekt, das heißt der besten Ausnutzung der investierten Kapitalien. Gerade in einem kapitalarmen Lande wie Deutschland ist diese Scheidung besonders wichtig, wo man sich oft wird begnügen müssen, billig arbeitende Anlagen zu erstellen, auch wenn sie nicht mit modernsten, aber oft teureren Anlagen ausgerüstet sind.

Der geopolitisch interessanteste Beitrag der Tagung war der Vortrag von Dr. Oliven, der sich mit dem großartigen Plan der Schaffung eines europäischen Großkraftnetzes zur besseren Ausnutzung bestehender und Erfassung bisher nicht erschlossener Kraftquellen sowie Belieferung weitester Gebiete mit elektrischem Strom befaßte. Bereits jetzt muß an die Linienführung des europäischen Netzes gedacht werden, damit beim Ausbau der einzelnen Ländernetze darauf Bedacht genommen werden kann. Der Plan von Oliven sieht folgende Linien vor: Nord-Süd-Verbindungen: Von Skandinavien nach den Alpen und Italien, von Calais nach Lissabon, von Warschau nach dem Balkan. Ost-West-Verbindungen von Polen nach Paris und von Rostow am Don über Österreich und die Schweiz nach Lyon.

Dieses Stromversorgungsnetz ist so geplant, daß die mitteleuropäischen Länder durch eine Ringleitung miteinander verbunden sind, von der Verbindungen nach den Randländern, Skandinavien, Osteuropa und der iberischen Halbinsel strahlenförmig ausgehen. Die geopolitische Vernunft würde erfordern, daß der Strom nur dort erzeugt wird, wo die günstigsten geopolitischen Voraussetzungen in Gestalt von Wasserkräften gegeben sind, die Produktionskosten also am niedrigsten liegen. Skandinavien, die Schweiz und Süddeutschland würden dann ein starkes Übergewicht in der Erzeugung erlangen und die Belieferung ihrer geopolitisch un günstiger gestellten Nachbarn übernehmen.

Angesichts der heutigen politischen Zerrissenheit Europas und der Aussichtslosigkeit, in absehbarer Zeit zu einer dauernden Befriedung zu gelangen, rechnet freilich auch Oliven nicht damit, daß sich zwei verschiedene Länder auf Gedeih und Verderb in ihrer Elektrizitätsversorgung miteinander verbinden werden. Der Olivensche Plan zielt vielmehr darauf ab, daß zwischen den beteiligten Ländern ein Ausgleich der Belastungsschwankungen stattfindet, und zwar zwischen Sommer und Winter in Nord-Süd-Richtung und zwischen den Tagesstunden nach der ostwestlichen Uhrzeitverschiebung. Eine Studiengesellschaft zur Vorbereitung dieses Projektes ist ins Leben gerufen und hat die dankenswerte Aufgabe, an einem ganz realen und allen Beteiligten nur Vorteile bringenden Gegenstand die Einigungsbereitschaft des zersplitterten Europa festzustellen, besser als dies auf Grund Briandscher Memoranden je geschehen könnte.

Die innere Widersinnigkeit der am er ikanischen Hochschutzzollpolitik vom weltwirtschaftlichen Standpunkt ist in diesen Spalten des öfteren ausführlich dargelegt worden: Die USA. besitzen zum mindesten für Massenwaren die leistungsfähigste Wirtschaft der Erde — 1928 sind 96,6% des heimischen Verbrauchs durch die eigene Produktion gedeckt worden —, so daß von der Notwendigkeit eines Schutzzolls, d. h. Erziehungszolls, wirklich nicht gesprochen werden kann. Und wenn Schutzzölle die Aufgabe haben, eine ungünstige Handelsbilanz zu verhüten, so sind sie in diesem Falle erst recht nicht berechtigt, da die amerikanische Handels- und Zahlungsbilanz seit Jahren stark aktiv sind, so daß Amerikas Schuldner — und dies ist so annähernd die ganze Welt — nicht wissen, in welcher Form sie ihre Schulden bezahlen sollen, da ja die USA. eine Schuldbezahlung in Warenform durch ihre Zollpolitik erschweren, wenn nicht unmöglich machen.

Die Entstehungsgründe des am 17. Juni 1930 von Hoover unterzeichneten und am selben Tage in Kraft getretenen Hawley-Smoot-Tarifs sind rein innerpolitischer Natur. Bei den Präsidentschaftswahlen von 1928 hatte nämlich die republikanische Partei das Versprechen abgegeben, eine große Unterstützungsaktion der notleidenden Farmer in die Wege zu leiten. In den daraufhin folgenden anderthalbjährigen parlamentarischen Debatten der beiden Häuser, in denen die Industriellen der Oststaaten maßgebenden Einfluß besitzen, ist allerdings von der ursprünglich als Landwirtschaftsschutz gedachten Zolltarifnovelle nicht sehr viel übriggeblieben. In ausgiebigem Kuhhandel haben vielmehr fast alle industriellen Interessentengruppen erhöhten Zollschutz für sich reklamiert und auch in den meisten Fällen durchgesetzt. Insgesamt ist die Belastung der zollpflichtigen Waren auf 41% gestiegen, verglichen mit 35% bzw. 20% in den beiden vorangegangenen Tarifen.

Zwar haben auch fast sämtliche Zölle für landwirtschaftliche Produkte eine Erhöhung erfahren. Doch können davon nur eine Reihe von landwirtschaftlichen Spezialzweigen Nutzen ziehen, wie die Viehzüchter in der Nähe der kanadischen Grenze, die Schafzüchter des Westens, die Zuckerrübenpflanzer sowie die Obstund Gemüsefarmer Kaliforniens und Floridas. Der großen Masse der Getreide-, Baumwoll- und Tabakfarmer ist jedoch mit einem einfachen Zollschutz nicht gedient. Denn sie haben weniger die Konkurrenz ausländischer Produkte im Inland zu befürchten — und hiergegen allein können Schutzzölle wirksam werden - sondern sind existenznotwendig darauf angewiesen, einen wesentlichen Teil ihrer eigenen Produktion auszuführen, da der Binnenmarkt hierfür nicht genügend aufnahmefähig ist. Die einzige handelspolitische Maßnahme, die hier helfen kann und daher folgerichtig von den Farmern erstrebt worden ist, sind Exportprämien, die aber nach dramatischem Hin und Her abgelehnt wurden. Aus den angeführten Gründen sind die hohen landwirtschaftlichen Schutzzölle nicht mehr als eine Geste. Der jetzige Tarif ist, entgegen der ursprünglichen Absicht, ein ausgesprochener Industrieschutztarif geworden.

Was die Wirkung des gesteigerten amerikanischen Protektionismus auf die Weltwirtschaft anbetrifft, so dürften in erster Linie Kanada und Kuba (Zuckerzoll!) die Leidtragenden sein. Spanien, Italien, Argentinien werden gleichfalls unter den landwirtschaftlichen Zöllen leiden, während sich die Industriezölle natürlich in

erster Linie gegen Großbritannien und Zentraleuropa richten. Wieweit im letzteren Falle eine erhebliche Einschränkung der Exporte nach USA. eintreten wird, läßt sich heute schwer absehen, denn es ist eine bekannte Tatsache, daß Waren um so unempfindlicher gegen Zollerhöhungen sind, je hochwertiger sie sind. Und nur der Export von Qualitätswaren ist Europa ja bereits bisher möglich gewesen.

G. TACKE:

Die Wirtschaft Britisch-Indiens

1. Strukturwandlung und heutiger Aufbau

Die Stellung Britisch-Indiens in der Weltwirtschaft war bis in die jüngste Zeit maßgeblich bestimmt durch seine Zugehörigkeit zum britischen Empire. Die Geschichte seiner wirtschaftlichen Entwicklung ist daher weitgehend politische Geschichte, ist die Geschichte seiner Unterwerfung und Emanzipation von englischer Herrschaft.

Das was seine wirtschaftliche Entwicklung charakteristisch von dem Verlauf der Wirtschaftsgeschichte anderer kolonialer Ergänzungsländer unterscheidet, ist der eigenartige Rückbildungsprozeß seiner Wirtschaft im neunzehnten Jahrhundert von einer autarken "Agrikultur-Manufaktur-Wirtschaft" mit Ausfuhr von Gewerbeprodukten zur agraren Ergänzungswirtschaft. Noch am Ende des 18. Jahrhunderts hatte Indien fast ausschließlich als Ausfuhrland gewerblicher Produkte (Waffen, Musseline, Kaschmirshawls u. a.) Bedeutung für die Weltwirtschaft, d. h. es stand den westeuropäischen Ländern "gleichberechtigt" gegenüber, indem es gegen seine Spezialitäten handwerklicher Art ebenso Spezialprodukte des europäischen Gewerbes eintauschte. Der Rückbildungsprozeß der indischen Wirtschaft beginnt in den letzten zwei Jahrzehnten des 18. Jahrhunderts, hervorgerufen durch die Überschwemmung Indiens mit billigen europäischen Industrieprodukten und beschleunigt durch politische Zwangsmaßnahmen (so wird 1775 die Ausübung des Textilgewerbes in Bengalen verboten und Weber- und Spinnerarbeit nur in den der Ostindischen Handelskompagnie gehörenden Faktoreien erlaubt). Im Laufe des 19. Jahrhunderts wird die heimische handwerkliche Produktion für den indischen Export unwesentlich. Für die Inlandsversorgung allerdings ist die indische Heimindustrie niemals ganz bedeutungslos geworden. Im Jahre 1921 wurden rund 40% des Textilwarenverbrauchs Indiens durch Heimwebereien gedeckt*). Inwieweit hier noch Kriegseinflüsse — Absperrung von Lancashire — wirksam sind und dieser hohe Anteil der von der Swadeshi-Bewegung proklamierten Belebung der alten Handwerkszweige zuzuschreiben ist, ist nicht zu isolieren. Im Jahre 1910 betrug der Anteil der handgewebten Textilwaren nur 30% des Verbrauchs.

Erst in den sechziger Jahren des vorigen Jahrhunderts beginnen die Anzeichen einer neuen Entwicklung mit dem Entstehen der ersten Baumwoll- und Jutefabriken in Indien. Von da an schreitet die Industrialisierung in Indien langsam vorwärts, teils aufgehalten durch die von England aus bestimmte Handelspolitik seiner Regierung. Da Indien infolge der durchschnittlichen Armut seiner Bevölkerung und der daraus resultierenden Unmöglichkeit ergiebiger Steuererhebungen auf Zolleinnahmen in ausgedehntem Maße angewiesen war, kompensiert man die Begünstigung der heimischen Industrieentwicklung durch die notwendig gewordene Einführung eines Einfuhrzolls dadurch, daß man die Produktion des zugleich wichtigsten Einfuhrguts und wichtigsten Produkts der heimischen Industrie — Baumwollwaren — mit einer Produktionssteuer belegt, die die gleiche Höhe wie der Einfuhrzoll hat.

Mit den Kriegs- und Nachkriegsjahren beginnt wiederum eine neue Phase der industriellen Entwicklung Indiens. Die Absperrung von den westeuropäischen Industriezentren, die von England protegierte Entwicklung von Kriegsindustrien, die erzwungene Nachgiebigkeit des Mutterlandes gegenüber der "neuen" Wirtschaftspolitik Britisch-Indiens ermöglichen und forcieren die Entwicklung der heimischen Industrien. 1916 wird aus fiskalischen Gründen der Einfuhrzoll von 5 auf 7¹/₂⁰/₀ erhöht — mit Ausnahme der Baumwollwaren! 1917 wird die indische Regierung durch ihren Kriegskostenbeitrag von 100 Mill. £ gezwungen, auch den Baumwollwarenzoll auf 71/20/0 zu erhöhen, gleichzeitig bleibt aber die Produktionssteuer von 31/20/0 unverändert, das erste Anzeichen der infolge des Krieges und des politischen Druckes der in Indien vorherrschenden Strömungen veränderten Stellung Englands zu Britisch-Indien. Die Tendenz der Befreiung Indiens von dem vorher praktisch allein maßgeblichen Einfluß der englischen Regierung setzt sich in den Nachkriegsjahren fort; 1919 erfolgt die Annahme des "Indian Government Act", dessen wesentlicher Inhalt in der "Gewährung einer ziemlich ausgedehnten Selbstverwaltung an die indischen Provinzen", der "Änderung der Machtverhältnisse innerhalb der Zentral-

^{*)} Bulletin of India Industry and Labour.

regierung "*) und in der Umgestaltung des Wahlrechts für die gesetzgebende Versammlung besteht. Wichtig für die Stellung Indiens in der Weltwirtschaft ist es, daß mit der politischen Verselbständigung Indiens seine Handelspolitik sich grundlegend ändert und die darauf basierende Wandlung seiner ökonomischen Struktur bedeutungsvoll für den Charakter seiner weltwirtschaftlichen Verflechtung wird. Die in dem Government Act Indien gewährte Finanz- und Zollhoheit führte 1921 und 1922 zu weiteren Zollerhöhungen, ohne daß die Produktionssteuer auf Baumwollwaren trotz energischer Proteste englischer Interessenten erhöht worden wäre. 1925 wurde die Baumwollsteuer sogar ganz aufgehoben. Neben der in der Hauptsache fiskalisch bestimmten Zollpolitik Britisch-Indiens, die nur sekundär Aufgaben der Erziehungspolitik erfüllen sollte, geht die britisch-indische Regierung auch zu einer bewußten Erziehungspolitik über. Den Auftakt dazu bildet die Ernennung der "Indian Fiscal Commission", deren Untersuchungen als wesentliches Ergebnis den Übergang Indiens zur "Schutzzollpolitik mit Unterscheidung" bringen, andererseits die Ablehnung der Einbeziehung Indiens in das Vorzugszollsystem**) des britischen Weltreichs. Die erste weltwirtschaftlich wichtige Maßnahme, die auf Grund dieser Untersuchungen ergriffen wurde, war die Einführung eines Schutzzolls für Eisen und Stahl.

Trotz der deutlich sichtbaren Tendenz zur Industrialisierung liegt das Schwergewicht Britisch-Indiens als Produktionsraum noch in der Belieferung des Weltmarkts mit Agrar- und Mineralrohstoffen. Seine vorläufig noch niedrige Fertigwarenausfuhr hat aber bereits Bedeutung für seine asiatischen Nachbarländer, so besonders die Ausfuhr billiger Baumwollfabrikate und Jutewaren.

Dementsprechend hat Indien als Absatzgebiet nach zweierlei Richtungen hin Bedeutung:

in seiner Eigenschaft als Agrarland ist es noch immer, und mit zunehmender Europäisierung des Bedarfs sogar wachsend, Markt industrieller Fertigwaren; in seiner Eigenschaft als Industriegebiet ist es in wachsendem Maße Abnehmer von Rohstoffen und Lebensmitteln.

Fassen wir kurz zusammen: Indiens Stellung in der Weltwirtschaft ist heute noch die eines agraren Ergänzungslandes. Wenn auch die Entwicklung zum gemischten Agrar- und Industriegebiet in den letzten Jahren zunehmend deutlicher geworden ist, so wäre doch eine Überschätzung der Bedeutung der

^{*)} A. Lohrberg, Änderungen in der Handelpolitik Britisch-Indiens. Hamburg 1927, S. 13.—
**) Das Prinzip der Gleichbehandlung Englands ist seit 1924 durch die Gewährung von Vorzugszöllen für Eisen und Stahl britischer Herkunft durchbrochen worden.

Industrie im Rahmen der indischen Volkswirtschaft durchaus falsch. Da nur etwa 60 % der kultivierbaren Fläche Indiens bebaut sind, zudem mit äußerst primitiven Methoden, so bestehen für das Agrarland Indien noch große Entwicklungsmöglichkeiten. Neben der Industrialisierungstendenz der indischen Wirtschaft steht daher die Tendenz zur Intensivierung der Agrarproduktion, zwei Entwicklungen, die sich, solange Menschen- und Bodenkraft noch so überreichlich zur Verfügung stehen, gegenseitig stützen und beschleunigen.

2. Die weltwirtschaftliche Verflechtung

Der ökonomischen Struktur Indiens entsprechend ist die Intensität seiner Handelsbeziehungen mit den übrigen Gebieten der Erde abgestuft. Noch steht Europa weitaus an der Spitze der Ergänzungsländer Indiens; doch besteht eine Tendenz der Intensivierung der Handelsbeziehungen mit den asiatischen und amerikanischen Nachbargebieten.

a) Richtungen des Außenhandels Britisch-Indiens

Tabelle 1. Einfuhr Britisch-Indiens (in Mill. Rupien)

191	3/14	1927/28		
R.	%	R.	%	
1832,5	100	2499,0	100	
1471,0	80,3	1662,1	66,5	
267,4	14,6	526,0	21,0	
48,0	2,6	222,2	8,9	
9,2	0,5	18,5	0,7	
36,9	2,0	39,7	1,6	
	R. 1832,5 1471,0 267,4 48,0 9,2	1832,5 100 1471,0 80,3 267,4 14,6 48,0 2,6 9,2 0,5	R. % R. 1832,5 100 2499,0 1471,0 80,3 1662,1 267,4 14,6 526,0 48,0 2,6 222,2 9,2 0,5 18,5	

Ausfuhr Britisch-Indiens (in Mill. Rupien)

Bestimmungs-	1913/1	4	1927/28 *)		
gebiete	R.	%	R.	%	
Gesamtausfuhr	2443,8	100	3191,1	100	
Europa	1418,8	58	1616,5	51	
Asien	619,1	25	760,0	24	
Amerika	288,3	12	532,7	17	
Australien	49,8	2	73,7	2	
Afrika	67,8	3	127,1	4	

Die vorstehende Tabelle zeigt, daß Britisch-Indien einen erheblichen Warenausfuhrüberschuß hat; dies entspricht der Stellung Indiens als eines typischen Rohstoffgebiets und ist seit den achtziger Jahren des vorigen Jahrhunders fast ununterbrochen der Fall. In der Zahlungsbilanz findet dieser Ausfuhrüberschuß in einer beträchtlichen Einfuhr von Edelmetallen, die in Indien gehortet werden, seinen Ausgleich.

^{*)} Auf nicht gesondert ausgewiesene Länder entfallen R. 81,1 = 2 %/6.

Tabelle 2. Einfuhrüberschuß Britisch-Indiens von Gold und Silber (in Mill. £)

1911	1912	1913	1922	1923	1924	1925	1926/27	1927/28
28,7	34,1	24,2	39,7	31,9	62,7	34,7	29,4	24,0

Die Edelmetallgewinnung der Welt betrug im Durchschnitt 1911/13 rund 125 Mill. £ und 1922/25 rund 113 Mill. £, das heißt, daß Britisch-Indien — wenn wir von der unsichtbaren Edelmetallausfuhr absehen — vor dem Kriege 23,2% und nach dem Kriege sogar 37,4% der Edelmetallproduktion der Welt hortete. Welche Bedeutung diese Kaufkraftzusammenballung bei einem "Erwachen" des indischen Geistes für die Industrialisierung und Intensivierung seiner Wirtschaft und damit für seine Stellung in der Weltwirtschaft haben kann, ist nur zu ahnen. Vorläufig sind diese Edelmetallmassen noch "totes Kapital" und Indien noch immer ein Kapitaleinfuhrland*).

b) Die Hauptbezugsländer der britisch-indischen Einfuhr
Tabelle 3. Einfuhr Britisch-Indiens aus den 4 Hauptbezugsländern
(in Mill. Rupien)

				,		-	,					
Herkunfts- länder	191 R.	1/12	191 R.	2/13	191 R.	3/14	192 R.	5/26	R. 192	6/27	1927 R.	/28
lanuei	At.	70	It.	70	и.	70	Eq.	70	At.	/0	AL.	10
Gesamteinfuhr	1386	100	1610	100	1833	100	2262	100	2312	100	2499	100
Großbritann.	865	62,4	1014	63,0	1176	64,1	1153	51,4	1105	47,8	1193	47,7
USA.	53	3,8	52	3,2	48	2,6	151	6,7	182	7,9	204	8,1
Deutschland	90	6,5	103	6,4	127	6,9	т33	5,9	169	7,3	154	6, r
Japan	35	2,6	41	2,5	48	2,6	182	6,2	165	7,1	179	7, I
Zusammen:	1043	75,3	1210	75,1	1399	76,2	1619	70,2	1621	70,1	1730	71,0

Die vier Vergleichsländer stellen rund $^3/_4$ der Gesamteinfuhr Britisch-Indiens. Der Rückgang ihrer Bedeutung um $^50/_0$ gegenüber der Vorkriegszeit ist ausschließlich eine Angelegenheit des englischen Anteils.

Tabelle 4. Die Bedeutung Britisch-Indiens als Absatzgebiet seiner
4 wichtigsten Bezugsländer
(in Prozent ihrer Gesamtausfuhr)

7.				
Bezugsländer	1913	1925	1926	1927
Großbritannien	13,3	11,1	12,5	12,0
USA.	0,5	0,8	1,0	r,3
Deutschland .	1,5	2,2	2,5	2,2
Japan	4,8	7,8	7,8	8,8
	• •	* *		

Besonders gestiegen ist also die Bedeutung Britisch-Indiens als Absatzgebiet Japans. In geringerem Maße ist seine Bedeutung als Abnehmer der deutschen

[&]quot;) "... the amount of the precious metal stored in India is equal to that held by the United States; but in India this wealth is immobilized and rendered sterile by the habit of hoarding." (Britains industrial future, being the report of the liberal industrial inquiry, S. 376.)

Ausfuhr gestiegen; prozentual ziemlich stark ist die Steigerung seiner Bedeutung für die USA. Gesunken ist die Bedeutung Britisch-Indiens als Absatzgebiet Großbritanniens, wenn dieses auch noch immer in Britisch-Indien sein wichtigstes Absatzgebiet hat.

c) Die Struktur der britisch-indischen Einfuhr und die Wandlungen in seinem Einfuhrbedarf

Tabelle 5. Seewärtige Einfuhr Britisch-Indiens (in Mill. Rupien)

	1911/12 R. %		1912/13 R. %		1913/14		1925/26		1926/27		1927/28 R. %	
	R.	%	R.	%	R.	%	R.	%	R.	%	R.	%
Gesamteinfuhr	1386		1610		1833		2262		2312		2499	
I.	204	14,7	234	14,5	247	13,5	231	14,6	385	16,6	372	14,9
II.	111	8,0	124	757	106	5,8	209	9,2	205	8,9	256	10,2
ш.	1048	75,6	1229	76,3	1452	79,2	1683	74,1	168o	72,7	1827	73,1
IV.	22		23		29		38		41		44	

I. = Food, drink and tobaco mainly unmanufactured. II. = Raw materials and produce and articles. III. = Articles wholly or mainly manufactured. IV. = Living animals and postal articles.

Tabelle 6. Anteile der Klassen I-III vor und nach dem Kriege (in Prozent)

	Durchschnitt 1911/14	Durchschnitt 1925/2
I.	14,2	15,4
II.	7,2	9,4
III.	77,0	73,6

Rund ³/₄ ⁰/₀ der Einfuhr Britisch-Indiens sind heute industrielle Fertigwaren. Damit ist die Stellung Britisch-Indiens als Ergänzungsland der hochkapitalistischen Industrieländer gekennzeichnet.

Die wichtigste Verschiebung in der Art der eingeführten Güter gegenüber der Vorkriegszeit ist das Sinken des Fertigwarenanteils von 77,0% auf 73,6%. Diese scheinbar unwesentliche Senkung gewinnt an Bedeutung, wenn man die "untypischste" Position der Fertigwaren — Maschinen — ausgliedert, deren Anteilssteigerung die Senkung der typischen Fertigwaren teilweise kompensiert. Entsprechend diesem Bedarfswandel wird der Anteil der typischen Fertigwarenproduzenten zugunsten der Rohstoff- und Nahrungsmittellieferanten Indiens gesunken sein. Da der Export Englands nach Indien im Jahre 1927 zu rund 95%, derjenige Deutschlands zu 93% aus Fertigwaren bestand, von der Einfuhr Japans 1926/27 allein Baumwoll- und Seidenwaren 76% einnahmen, werden diese von der Einfuhrbedarfsverschiebung wesentlich stärker betroffen sein als die U S A., deren Haupteinfuhrgüter Rohstoffe — Mineralöle und Rohbaumwolle stellten 1927/28 allein 45% ihrer Gesamteinfuhr nach Britisch-Indien — sind.

d) Die Ursachen des britisch-indischen Einfuhrbedarfswandels Die wesentliche Ursache der Wandlung des britisch-indischen Einfuhrbedarfs zur größeren Bedeutung der Rohstoffeinfuhr ist die Industrialisierung Britisch-Indiens.

Daneben mag die durch die Swadeshi - Bewegung neubelebte Heim- und Hausindustrie für die Reduzierung des Fertigwarenanteils an der Gesamteinfuhr wirksam geworden sein. M. E. ist jedoch dieser Faktor im Vergleich zum erstgenannten unbedeutend.

Mit der Erlangung der Zollautonomie nach dem Kriege ist das Haupthindernis der weiteren industriellen Entwicklung, die vor dem Kriege in Ansätzen vorhanden, durch die Absperrung des indischen Marktes von der europäischen Einfuhr forciert worden ist, fortgefallen. Der darauf erfolgte Übergang der indischen Handelspolitik zur Erziehungszollpolitik ermöglicht den Industrien die Überwindung des "Kindesalters". Trotzdem sind der Industrialisierung Indiens vorläufig noch natürliche Grenzen gezogen. Der soziologische Aufbau seiner Bevölkerung, Klima, körperliche Untüchtigkeit der Arbeiter, Schwierigkeit der Kapitalbeschaffung, ein lückenhaftes Binnenverkehrsnetz, Mangel an Unternehmerinitiative verhindern trotz der günstigen Rohstoffposition und des niedrigen Lohnniveaus++) eine schnellere Entwicklung seiner Industrie. Das Hauptgebiet der indischen Industrieentwicklung und damit die Sphäre eines Einfuhrbedarfswandels sind daher diejenigen Produktionszweige, in denen einmal eine hohe Mechanisierung der Erzeugung Diszipliniertheit der Arbeiterschaft bis zu einem gewissen Grade entbehren läßt, in denen weiterhin die handwerkliche Geschicklichkeit der Inder für ihre körperliche Untüchtigkeit einen Ausgleich bietet und die Rohstoffposition Britisch-Indiens eine besonders günstige und ein Inlandsmassenbedarf vorhanden ist. Da diese Momente im stärksten Maße für die Textilindustrie zutreffen, ist dies der Hauptzweig der indischen Industrie. Rund 50% der britisch-indischen Arbeiterschaft+++) sind in der Textil- und Bekleidungsindustrie beschäftigt.

^{*) 1} bale = 400 lbs. — **) 1911/12. — ***) 1913. — †) 1927. — ††) Schrader-Furtwängler, Das werktätige Indien, Berlin 1928, S. 260 ff., gibt an, daß in der Baumwollindustrie ca. 34 Inder quantitativ und qualitativ das gleiche Werk wie 12 Engländer verrichten, trotzdem ca. 40% weniger verdienen als diese. — †††) Statistical Abstract 1914/24 Tab. Nr. 19.

Auβenhandelsstatistik II

hr	Reiner Warenverkehr Einfuhr, Ausfuhr, Über- schüsse			oo RM. der uhr) entfiel		Von 100 RM. Warenwerte der Einfuhr (Ausfuhr) kamen aus (gingen nach)					Remerkans	
		in Millionen RM.	RM. je Einwohner		Roh- und Halbstoffe		Europa	Asien	Afrika	Amerika	Austra- lien	Bemerkungen
				Si	idslavi	ien (S	H.S.)					
27	E A	538,8 473,8 65,0 577,3 475,0 102,3										Einfuhr ohne Re- parationssach- lieferungen
28	U E A	577,3 475.0	44,00 36,10 - 7,90									
	U	- 102,3	- 7,90									
				F	olen (1		nzig)					
27	E A U	1 359,3 1 182,0 - 177,3 1 579,6 1 178,3 - 401,3		21,5	39,4 57,8	39,0						
28	U E A	1579,6	51,80 38,70	18,7	38, ₂ 55,3	43,0 14,5						
	U	- 401,3	- 13,10									
					†) R u	mäni	e n					
13	E A U	$\begin{array}{r} 477.9 \\ 543.3 \\ + 65.4 \end{array}$	$\begin{array}{r} 63,60 \\ \hline 72,40 \\ + 8,80 \end{array}$									
37	E	852,4	+ 0,00									
	U	+ 109,0										
28	E A	825,2	46,70 39,10									
	U	691,0	- 7,60									
					Ägy	pten						
13	E A (b. W. fr.W.	578,2 657,0 12,0	49,10 56,70							•		Einschließl. Gold und Silber, nicht bearbeitet
27	E A {h. W. fr.W.	1 009,5										
28	E (h.W.	28,7 1 064,0 1 150,5	71,00 78,70		a and							
	A fr.W.	29,2	70,70									

		Reiner Was Einfuhr, Aus	fuhr, Unter-		oo RM. der uhr) entfiel		Von je : (Ausf	oo RM. uhr) kar	Warenv	werte der (gingen	Einfuhr nach)	Bemerkunge
Jahr		in Millionen RM.	ed RM. je Einwohner	Lebens-	Roh- und Halbstoffe	Fertig-	Europa	Asien	Afrika	Amerika	Austra- lien	Demerkunge
				Süda	frikan	ische	Unic	o n				
1913	$f A egin{cases} h.W.^1 \ fr.W. \end{bmatrix}$	824,4 2191,6 20,4 + 1387,6 1487,6	126,80 187,30 + 60,50	19,1	9,8°) 80,3°) 8,9°)	71,2 0,64) 78,9	70,1 ⁵)	29,9 ⁶) 8,5 ⁶)				1913: BritSüd 1) A h.W. ein: Rohgold. Al ohne Rohgold 1913: 1367, 1927: 932, 1928: 951,
1928	A{h.W.¹) fr.W. U GE	1 519,2 67,4 + 99,0 1 585,2	223,00	37,4	61,3*)	1,34)						²) 'Raw mate for manufacte ³) Bergbaupre dukte ('prod of mines') ⁴) 'Übrige Wa
	A{h.W.¹) fr.W. U	1 480,7 68,8 — 35,7	- 5,00									(other article 5) 'BritishEm 6) Übrige Lä 2) bis 6) für 1 Durchschn.
								-				bis 1914 Kopfquote: schl.d. eingel nen Bevölke
					†) T	ürkei				,		
1913	E A U	735,9 437,1 — 298,8							•			Rechnungsjah 14. 3. 13 bis 13. 3. 14. Sp Kalenderjah
1927	E A U	458,1 343,3 — 114,8										
1928	E A U	426,0 330,0 - 96,0	30,80 23,80 - 7,00					mentions emperations — approximations				
				Е	ritisc	h-Ind	ien					
913	GE A {h. W. fr. W.	$ \begin{array}{r} 2495,7 \\ 3325,9 \\ \hline 63,7 \\ + 893,9 \end{array} $	7,90 10,70 + 2,80				80,3 58,0	14,6 25,3	2,0 2,8	2,6	0,5 2,0	Warenverkehi die der briti Zollverwaltu unterstehend Häfen; Rec
1927	$egin{aligned} \mathbf{GE} \ \mathbf{A} & \{\mathbf{h}, \mathbf{W}, \\ \mathbf{fr}, \mathbf{W}, \end{bmatrix} \end{aligned}$	4002,9 4904,2 150,6 + 1051,9					67,1 48,4	20,7 27,9	1,6 4,1	9,8	0,8 2,5	nungsjahre 1. 4. des in S te 1 genam Jahres bis 3 des folgende
928	$\mathbf{GE} \\ \mathbf{A}_{\mathrm{fr.W.}}^{\mathrm{h.W.}} \\ \mathbf{U}$	4029,1 5067,3 121,8 + 1160,0	+ 3,70									

Jahr		Reiner Was Einfuhr, Aus sch	Von 100 RM. der Einfuhr (Ausfuhr) entfielen auf			Von je 100 RM. Warenwerte der Einfuhr (Ausfuhr) kamen aus (gingen nach)						
aur		in Millionen RM.	RM. je Einwohner		Roh- und Halbstoffe		Europa		ì	Amerika	Austra-	Bemerkungen
				†)	Britis	ch M	alaya					
913	GE GA U	1 083,0 888,9 — 194,1										1913 nur Straits Settlements; spä- ter: Straits Sett-
927	GE GA U	$ \begin{array}{r} 2368,2 \\ 2505,4 \\ + 237,2 \end{array} $										lements, Britisch- Borneo und die unter britischem Schutzstehenden
928	GE GA U	2 055,4 2 006,6 - 48,8	535,00 522,00 — 13,00	41,0	3,8 96,8	55,2 2,4						malayischenSul- tanate der Halb- insel
		1 40,0	- 15,00	Niad	erländ	icab	l India				1	
913	E	736,7	15,30		стапо	.15 CH 4	165,9ª)		1	1	1	a) Europa, Ame-
,	A U	$\frac{1036,2}{+299,5}$	+ 6,3o				44,8	50,7	9,2	2,2	2,1	rika, Afrika, Australien
927	E A U	$ \begin{array}{r} 1448,0 \\ \hline 2737,9 \\ + 1289,9 \end{array} $		25,2 30,9	7,9 66,9	66,9	57,2 ^{a)} 33,0	42,8 49,3	1,5	14,2	2,0	Aufteilung über Warengruppen erst seit 1926 vorhanden
928	E A U	$ \begin{array}{r} 1 662,3 \\ 2 661,6 \\ + 999,3 \end{array} $	31,00 51,00 + 20,00									
		1 3331	, ,,		C h	ina	•		Į.	\$	5 I	
913	GE	1 797,0	4,10	18,5	13,0	68,5	26,4	67,1	0,0	6,4	0,1	
	A fr.W.	1 236,1	2,90	28,1	54,5	17,4	25,3	65,4	0,0	9,2	0,1	
927	\mathbf{U} \mathbf{GE} \mathbf{A} \mathbf{h} . \mathbf{W} .	- 511,4 2988,3 2654,8 61,0	- 1,20 6,45 5,80	26,8 33,7	26,6 47,5	46,6	16,7	65,6 67,2	0,0	17,6	0,1	
	U	- 272,5	- 0,65									
					Ja	pan						
913	, fh. W.	1 526,0	28,80 25,00				30,7	48,5 43,8	0,3	30,4	2,1	
927	A (fr.W. U GE	$\frac{6,1}{-202,9}$ 4351,8	- 3,80	14,8	71,1	13,9	17,9	40,2	1,7	34,6	5,6	
927	A $\begin{cases} h. W. \\ fr. W. \end{cases}$	3822,5 156,1		7,8	49,6	42,6	7,4	42,4	2,6	44,5	3,1	
28	U GE	- 373,2 4276,2	68,00				18,5	41,5 42,3	1,5	32,5	6,0	
	A h. W. fr.W. U	$ \begin{array}{r} 3722,2 \\ 117,2 \\ \hline - 436,8 \end{array} $	60,80 7,20				8,1	42,3	2,2	44,7	2,7	

ERICH OBST UND HANS-JOACHIM RUST: Literaturbericht aus Europa und Afrika

GEOGRAPHIE

Verhandlungen und wissenschaftliche Abhandlungen des 23. Deutschen Geographentages zu Magdeburg 21.—23. Mai 1929. Herausg. von Dr. G. Wüst. 300 S. mit 24 Bildern auf Tafeln und 23 Abb. im Text. Ferd Hirt, Goslar 1930. Pr. 15.— M.

Mitteilungen der Geographischen Gesellschaft in Hamburg. Bd. XLI. Im Auftrage des Vorstandes herausg. v. Prof. Fr. B. Schulz. 432 Seiten mit 72 Textfiguren und 41 Tafeln. Friederichsen, de Gruyter & Co., Hamburg 1930. Aus dem Inhalt: F. Termer, Briefe über Reisen in Mittelamerika. B. Dietrich, New Orleans und das Mississippidelta. S. Passarge, Ergebnisse einer Studienreise nach Südtunesien. O. Jessen, La Mancha. H. Seilkopf, Eindrücke und meteorologische Erfahrungen auf der Weltfahrt des Luftschiffes "Graf Zeppelin".

Jahrbuch der Geographischen Gesellschaft zu Hannover für das Jahr 1929. Herausg, von Dr. K. Brüning. 128 S. mit zahlreichen Karten und Tabellen. Pr. 6.— M.

Aus dem Inhalt: K. Keller, Niedersachsen und Baltikum (Beziehungen Niedersachsens zum Gebiet der baltischen Staaten). G. Frebold, Oeynhausen, Salzusen und Pyrmont (Überblick über Bau und Wirkungsweise der bedeutendsten heimischen Mineralquellen). R. Tüxen, Über eine nordwestdeutsche Waldassoziation von regionaler Verbreitung. W. Pfannenmüller, Über die natürlichen Grundlagen und die Entwicklung der Bienenzucht in Niedersachsen.

Mitteilungen der Geographischen Gesellschaft für Erdkunde zu Leipzig. 49. Bd. für die Jahre 1925—29. Herausg. von Dr. K. Krause. 146 S. Ferd. Hirt und Sohn, Leipzig 1930. Pr. 5.50 M.

Aus dem Inhalt: E. Scheu, Das Kantabrische Gebirge und die nordspanische Riviera mit 12 Bildern und 28 Kartenskizzen.

Deutsche Geographische Blätter. Herausg. von der Geographischen Gesellschaft in Bremen durch Dr. Johs. Weissenborn. Schriften der Bremer Wissenschaftlichen Gesellschaft, Reihe C, Bd. 40, Heft 1—3, 1930. 283 S. mit 100 Abb., vielen Karten und Tabellen. Kommissionsverlag Franz Leuwer, Bremen.

J. Weissenborn gedenkt der 50 Jahre Geogr. Gesellschaft in Bremen (1877 bis 1927) und H. Schütz des verstorbenen Prof. A. Oppel. Außerordentliche Beachtung verdient die Arbeit von G. Kappe "Die Unterweser und ihr Wirtschaftsraum".

Deutsche Island-Forschung 1930. Zweiter Band: Natur. Herausg. von H. Spethmann. Veröffentlichungen der Schleswig-Holsteinischen Universitätsgesellschaft. 175 Seiten mit 44 Karten und Abbildungen. Ferd. Hirt, Breslau 1930. Pr. 10.— M.

Mitarbeiter: H. Erker, H. Beck, W. Oetting, F. Dannmeyer, L. Gmelin, J. Georgi, R. Stoppel, W. Lamprecht, C. Wigge, E. Sonnemann, H. Lübbert, H. Spethmann.

Geographica Hungaria, herausg. von M. Haltenberger, Budapest, Januar 1930.

Vierteljahrsschrift von etwa 20 S. zur Orientierung über alle über Ungarn erschienenen wissenschaftlichen Arbeiten.

Bibliotheca cosmographica. Verlag E. A. Seemanns Lichtbildanstalt. Leipzig 1930.

Bd. 31, Teil 3: Holland, Belgien und Luxemburg; bearbeitet von F. J. Meyer und F. Leyden. Bd. 36, Teil 1: Bayern; bearbeitet von F. Löffler und C. Troll. Bd. 39, Teil 1 und 2: Ostpreußen und Memelgebiet — Freie Stadt Danzig und Polnischer Korridor; bearbeitet von W. Stuhlfath und F. Braun. Bd. 44: Polargebiete; bearbeitet von H. Rudolphi.

C. Weidmann: Zur Geologie des Vorspessarts. Lithogenetische und tektonische Untersuchungen. Rhein-Mainische Forschungen herausg. von der "Rhein-Mainischen Forschung des Geographischen Instituts der Universität Frankfurt a. M." Herausg. Prof. Dr. W. Behrmann. Heft 3. 71 S. mit 10 Figuren, 12 Abbildungen und 2 geologischen Karten. H. L. Brönners Druckerei und Verlag, Frankfurt a. M. 1929.

A. Pohlmann: Jenseits des Kanals. Kulturkundliche Bilder aus England. 348 Seiten mit 24 Illustrationen. Verlag Eugen Küner, Leipzig 1929. Pr. 14.— M.

Ein Lesebuch, das in 44 Einzelbildern englisches Leben und Land anschaulich zu schildern versteht.

F. Markgraf: In Albaniens Bergen. 246 S. mit 81 Abbildungen und 1 Kartenskizze. Verlag Strecker und Schröder, Stuttgart 1930. Pr. 14.— M.

Der Berliner Botaniker führt mit offenem Blick für Landschaft und Menschen kreuz und quer durch Albanien.

O. Heller: Ein anderes Amerika. 256 S. mit 70 Bildern und 1 Klappkarte. Neuer Deutscher Verlag, Berlin 1930.

Ein optimistisches Zukunftsbild der Entwicklung Sibiriens aus kommunistischer Perspektive.

J. Brummelkamp: Sociale Geografie van Africa, Bd. II. Midden-, Zuid- en Oost-Africa, met 11 kaartjes en 19 buitentekstplaten. 272 S. J. B. Wolters, Groningen 1930. Gulden 3.90.

L. Borchardt und H. Ricke: Ägypten; Landschaft, Volksleben und Baukunst. 272 Abb.,

1 Karte und 8 Seiten Text. Verlag Ernst Wasmuth A.-G., Berlin 1929. Pr. geb. 26.— M.,

Halbleder 35.— M.

Das Geleitwort Borchardts ist ein sachkundiger Führer durch die vielen Sehenswürdigkeiten des Landes, die Ricke meisterhaft auf der photographischen Platte festzuhalten weiß. A. Buchanan: Sahara. Durch Wüstensand und Sonnenglut. 216 Seiten mit 24 Abbildungen und 1 Kartenskizze. Aus dem Englischen übertragen von Elisab. Krickeberg. Verlag von Strecker u. Schröder, Stuttgart 1930. Pr. 10.—M. Verfasser schildert seine Eindrücke und Erlebnisse auf seinen Jagdzügen, die im Hinterland Nigerias bis in die Berge von Air führten.

A. Prüße: Zwanzig Jahre Ansiedler in Deutsch-Ostafrika. 270 S. mit 11 Zeichnungen. Verlag Strecker und Schröder, Stuttgart 1929. Flott und mit der allen Afrikanern eigenen Liebe für ihre selbstgewählte Heimat geschrieben.

Mitteilungen aus den deutschen Schutzgebieten. Herausg. von A. Penck und P. Staudinger. Ergänzungsheft Nr. 16. Inhaltsverzeichnis zu den Mitteilungen aus den deutschen Schutzgebieten. Bd. 11 bis 36 und Ergänzungsheft 1 bis 15; bearbeitet von H. Böhler, 15 S. E. S. Mittler und Sohn, Berlin 1930. Pr. 1.50 M.

GESCHICHTE

F. Hartung: Deutsche Geschichte vom Frankfurter Frieden bis zum Vertrag von Versailles. 3. und vermehrte Auflage. 420 S.
Verlag Kurt Schroeder, Bonn 1930. Pr. 14.— M.
Die Geschichte des Hohenzollernschen Kaiserreiches als Etappe auf dem Wege zur deutschen
Einheit.

K. Mühlmann: Deutschland und die Türkei 1913—1914. Die Berufung der deutschen Militärmission nach der Türkei 1913, das deutschtürkische Bündnis 1914 und der Eintritt der Türkei in den Weltkrieg. Dargestellt unter Benutzung und Mitteilung bisher unveröffentlichter politischer Dokumente. Politische Wissenschaft, Schriftenreihe der Deutschen Hochschule für Politik in Berlin und des Instituts für Auswärtige Politik in Hamburg. Heft 7. 104 S. Dr. Walter Rothschild, Berlin 1929. Pr. 5.60 M.

Als unmittelbarer Zeuge der Ereignisse im letzten Vorkriegsjahr (Adjutant des Generals Liman von Sanders) gelingt dem Verfasser der überzeugende Nachweis, daß das deutsch-türkische Bündnis nicht in Kriegsabsicht und nicht von langer Hand vorbereitet wurde.

K. Alnor: Handbuch zur schleswigschen Frage. III. Bd., 1. Lieferung: Die Teilung Schleswigs 1918—1920. 153 S. Karl Wachholtz-Verlag. Neumünster i. H. 1930. Pr. 5.— M. Zur Würdigung dieses außerordentlichen und dankenswerten Werkes erbaten wir von Herrn Pastor Schmidt-Wodder, als dem berufenen Fachmann nordschleswigscher Fragen, einen Aufsatz, der demnachst erscheinen wird.

- C. Hosse: Die englisch-belgischen Aufmarschpläne gegen Deutschland vor dem Weltkriege. Eine militärische Studie über die "Conventions anglo-belges" mit neuen Dokumenten. 66 S. mit 11 Beilagen. (Karten und Dokumente in Abschrift und Übersetzung.) Amalthea-Verlag, Zürich, Leipzig, Wien, 1930. Pr. 6.— M.
- G. Lestien: L'Action du General Foch à la Bataille de la Marne. Revue d'Histoire de la Guerre Mondiale; extrait du numéro d'Avril 1930. 31 S. Alfred Cortes, Paris.
- H. H. Schacht: Die mazedonische Frage um die Jahrhundertwende. 96 S. Max Niemeyer-Verlag, Halle a. d. S., 1930. Pr. 4.— M. Der gut gelungene Versuch, das Problem als Schulbeispiel eines Wirrsals von Völker- und Minderheitsfragen zu schildern und es in den Zusammenhang der europäischen Politik zu stellen.
- K. Ziemke: Die neue Türkei. Politische Entwicklung 1914—1929. 550 S. mit 5 Karten. Dtsch. Verlagsanstalt, Stuttgart 1930. Pr. 18.—M. Das erste deutsche Werk, das die türkische Kriegs- und Nachkriegsgeschichte in großer zusammenfassender Darstellung verarbeitet.
- D. von Mikusch: Gasi Mustafa Kemal. Zwischen Europa und Asien. Eine Lebensgeschichte. 335 S. mit zahlreichen Abb. und 1 Kartenbeilage. Paul List Verlag, Leipzig 1929. Pr. 10.—M. Leben, Werk und Bedeutung des großen türkischen Reformators erfreuen sich auf dem Hintergrund der Politik der europäischen Mächte einer eingehenden und freundlichen Darstellung.
- E. Topf: Die Staatenbildungen in den arabischen Teilen der Türkei seit dem Weltkriege nach Entstehung, Bedeutung und Lebensfähigkeit. Hamburgische Universität. Abhandlungen aus dem Gebiet der Auslandskunde. Bd. 31. 260 S. Friederichsen, de Gruyter u. Co., Hamburg 1929. Pr. 12.— M.

Topf versucht, im Gegensatz zu Kohn den arabischen Nationalismus nicht so sehr aus den europäischen Ideologien vom Selbstbestimmungsrecht der Völker als vielmehr aus religiösen Momenten, aus dem islamischen Glauben zu erklären.

Essad Bey: Öl und Blut im Orient. Mit einem Vorwort von W. Schendell. 301 S. Dtsche. Verlagsanstalt Stuttgart, 1930. Pr. 8.50 M. Der Einbruch des Bolschewismus in die Ölgebiete am Kaspisee aus der Erinnerung an Kindheitserlebnisse wiedererzählt, wobei bedauerliche sachliche Irrtümer unterliefen, die von Oberstl. a. D. Paraquin in der Tagespresse richtiggestellt wurden.

P. Leutwein: Afrikanerschicksal. Gouverneur Leutwein und seine Zeit. 184 S. mit einem Bildnis. Union Deutsche Verlagsgesellschaft, Leipzig 1929.

Der Sohn gibt eine Lebensbeschreibung seines Vaters. Im Mittelpunkt stehen die Hottentottenund Hereroaufstände uud eine Rechtfertigung der viel angefeindeten Haltung des derzeitigen Gouverneurs Leutwein.

B. Mussolini: Mein Kriegstagebuch. Übersetzt von E. C. C. Corti. 224 S. mit 8 Abb. Amalthea-Verlag, Zürich, Leipzig, Wien 1930. Pr. 6.50 M.

Schlicht, ehrlich, in der Gesinnung eines Mannes geschrieben, der sein Vaterland liebt und seine Pflicht tut.

M. Ronge: Kriegs- und Industriespionage. Zwölf Jahre Kundschafterdienst. 424 S. mit 47 Bildern, 20 Textskizzen und 2 Kartenbeigaben. Amalthea-Verlag, Zürich, Leipzig, Wien 1929. Pr. geh. 13.—; geb. 16.— M.

Der letzte Chef der Nachrichtenabteilung des österr.-ungar. Armeeoberkommandos und des Evidenzbüros des Generalstabes schließt mit diesen Aufzeichnungen eine Lücke der Vorkriegs- und Kriegsgeschichte.

R. Fülöp-Miller: Macht und Geheimnis der Jesuiten. Kulturhistorische Monographie. 576 S. mit 228 Abb. und einer ausführlichen Bibliographie. Grethlein u. Co., Leipzig 1929.

Mit packender Erzählergabe weiß Verfasser die historische und kulturelle Bedeutung des Jesuitenordens darzustellen, mit tiefdringendem Verständnis und feinem Taktgefühl seine Probleme zu enthüllen und zu erklären.

H. Graf Coudenhove-Kalergi: Das Wesen des Antisemitismus. 284 S. PaneuropaVerlag, Wien, Leipzig, Paris 1929. Pr. Ganzleinen 8.—M. brosch. 5.50 M.

Verfasser ist Vater des Paneuropäers Coudenhove-Kalergi, der die Neuaust. der bereits 1901 erschienenen Arbeit besorgte und sie mit einer Biographie seines Vaters sowie einer Untersuchung des Antisemitismus nach dem Krieg einleitet.

POLITIK

A. Bergsträsser: Sinn und Grenzen der Verständigung zwischen Nationen. Wissenschaftliche Abhandlungen und Reden zur Philosophie, Politik und Geistesgeschichte. Heft IX. 91 S. Verlag Duncker und Humboldt, München, Leipzig 1930. Pr. 4.— M.

Verfasser betrachtet "Verständigung" als neue Form zwischenstaatlicher Politik nach dem Kriege und untersucht die Grenzen ihrer Anwendbarkeit.

F. Klein: 13 Männer regieren Europa. Umrisse der europäischen Zukunftspolitik. 194 S. mit 9 Federzeichnungen von Kelen. Hanseatische Verlagsanstalt, Hamburg 1930. Pr. 5.80 M.

Nicht allein eine ausgezeichnete Charakteristik der führenden Männer Europas, sondern eine Deutung der politischen Entwicklung seit Versailles und eine klare Ableitung zukünftiger Politik.

O. v. Ebner: S. O. S. Europa. 204 S. Amalthea-Verlag, Zürich, Leipzig, Wien 1930. Pr. 5.50 M. Teils Tagebuchblätter aus dem Krieg, teils allgemeine Betrachtungen über Krieg, Europa und die Zukunft. Aber voll Bitterkeit, ätzender Kritik, Welt- und Menschenverachtung und — Hoffnung auf Frankreich.

A. Poulimenos: Europäische Politik, 395 S., und Vereinigte Staaten von Europa. 128 S. 2. Aufl. (1. Aufl. besprochen Z. f. G. 4. Heft, VI. Jahrg.) Pr. 5.— M. Verlag Hans Schmidt, Leipzig 1929.

Verfasser, eifriger Vorkämpfer Paneuropas, zeigt guten Willen und große Belesenheit, aber nicht die Gabe, seinen Leser zu überzeugen, da sich der reiche, vorwiegend historische Stoff, statt in die Tiefe zu führen, in der Breite verliert.

N. v. Holleben-Alzey: Vom Faschismus zu Kleineuropa. 90 S. Verlag B. Staar's Buchhandlung, Berlin 1929. Pr. 2.75 M.

Kleineuropa (etwa Mitteleuropa) als Lösung des Paneuropaproblems mittels faschistischer Diktatur und als Rettung vor dem Untergang des Abendlandes.

E. W. Eschmann: Der faschistische Staat in Italien.—O. Koellreutter: Der englische Staat der Gegenwart und das britische Weltreich. Jedermanns Bücherei. Je 136 S. mit 16 resp. 28 Bildern. Ferdinand Hirt, Breslau 1930. Pr. je 3.50 M.

Diese beiden Neuerscheinungen sind eine wertvolle Ergänzung in der rechts- und staatswissenschaftl. Abt. der Jedermannsbücherei und als unerläßliches Rüstzeug des Geopolitikers zu empfehlen.

P. Jaquin: La Question des Minorités entre l'Italie et la Jougoslavie. 221 S. mit 2 Kartenskizzen. Librairie du Recueil Sirey, Paris 1929. Untersuchung einer Kriegsmöglichkeit zwischen Italien und Südslawien wegen der in Dalmatien lebenden italienischen und der in Istrien lebenden kroatisch-slowakischen Minderheiten.

A. Dami: La Hongrie de demain. Critique des programmes revisionnistes. 232 S. mit 2 Karten. André Delpeuch, Editeur, Paris 1929. Beachtliche und weitgehende Vorschläge einer Revision der ungarischen Grenzen, gestützt auf ethnographische Untersuchungen.

I. Seipel: Der Kampf um die Österreichische Verfassung. 379 S. Verlag Wilhelm Braumüller, Wien, Leipzig 1930. Pr. br. 10.— M.; Gzln. 12.— M.

Drei vorwiegend historisch und staatsrechtlich gehaltene Hauptabschnitte: Verfassungsreform im alten Österreich; Die Verfassungsfrage in der konstituierenden Nationalversammlung; Die Reform der Bundesverfassung. Daneben im Wortlaut Verfassungsänderungen, Gesetzesanträge; Kundgebungen usw.

E. Diesel: Die deutsche Wandlung. Das Bild eines Volkes. 374 S. Cotta'sche Buchhandlung, Stuttgart, Berlin 1929. Pr. 6.— M.

Eine psychoanalytische Untersuchung des Deutschen, als dessen Charakteristikum eine stetige "Wandlung" erkannt und aus der "Grenzenlosigkeit" Deutschlands erklärt wird.

I. P. Köhler: Die Hindenburg-Linie und die Herrschaft der Mitte. 226 S. Xenien-Verlag, Leipzig 1930.

Ruf nach Sammlung einer nationalbewußten Einheit, die willens ist, ihre im modernen Europa schicksalhaften Wege zu beschreiten.

A. v. Mühlenfels: Ostpreußen, Danzig und der polnische Korridor als Verkehrsproblem. Schriften des Instituts für ostdeutsche Wirtschaft an der Universität Königsberg. 61 S. Ost-Europa-Verlag, Königsberg i. Pr. 1930. Pr. 3.— M.

Eine Bestätigung der Unsinnigkeit der im Osten Polen zuliebe gezogenen Grenzen vom verkehrspolitischen Standpunkt aus.

The Constitutional Year Book. A Treasury of Political Information 1930. London: The National Union of Conservative and Unionist Associations. Palace Chambers, Westminster.

BEVÖLKERUNGSFRAGEN

Archiv für Sippenforschung und alle verwandten Gebiete. Schriftleitung: Dr. E. Wentscher. Verlagsort: Görlitz. Sonderheft: Krisis der Familie. 4. Heft, April 1930.

Aus den äußerst wertvollen Aufsätzen sind besonders hervorzuheben: F. Burgdörfer, Familie, Volk und Staat; A. Baring, Die Krisis der Familie im Recht; R. Sommer, Die Krisis der Familie vom Standpunkt des ärztlichen Familienforschers; G. Lockemann, Geschwisterzahl und Lebensleistung; E. Wentscher, Gedanken zum Familienverfall.

Die deutsche Bevölkerungsfrage im europäischen Raum. Herausg. von H. Harmsen und K. C. v. Loesch. 5. Beiheft zur Zeitschrift für Geopolitik. 91 S. mit 4 Skizzen. Kurt Vowinckel-Verlag, Berlin 1929. Pr. 3.80 M.

Inhalt: F. Burgdörfer, Die schwindende Wachstumsenergie des deutschen Volkes im europäischen Raum; H. Harmsen, Die deutsche Bevölkerungsfrage als Problem der völkischen Schutzarbeit und Die Bevölkerungspolitik Deutschlands, Frankreichs und des italienischen Faschismus; Maas, Innereuropäische Wanderungen; Grotjahn, Bevölkerungspolitik und

Proletariat; Szagunn, Wandlungen in den heutigen Grundlagen der Familie.

H. Harmsen: Ehe-, Familien- und Geburtenpolitik Sowjetrußlands. Schriften zur Volksgesundung. Heft 12. 39 S. Herausg. von Dr.
Dr. H. Harmsen, Berlin 1930. Pr. —.90 M.
Die Erfahrungen des russischen Experiments
sind grundlegend wichtig zur Beurteilung aller
auch in Deutschland zur Debatte stehenden
Fragen der Neuordnung des Familienlebens.

AUSLANDSDEUTSCHTUM

H. Klein: Kulturelle und wirtschaftliche Verbindung mit den Deutschen im Auslande. Schriften des Deutschen Industrie- und Handelstags. 56 S. Carl Heymanns Verlag, Berlin 1930. Pr. 3.— M.

Die Schrift bringt in gedrängter, aber klarer Form eine historische, kulturelle und wirtschaftliche Einführung in das Auslandsdeutschtum und gelangt zu beachtlichen Anregungen, das Verhältnis zur Heimat für beide Seiten fruchtbar zu machen.

B. Kleinschmidt: Auslanddeutschtum und Kirche. Ein Hand- und Nachschlagebuch auf geschichtlich-statistischer Grundlage. Deutschtum und Ausland, herausg. von G. Schreiber. Bd. 1: Grundlegung. Europäisches Auslanddeutschtum. 343 S. mit 17 Kärtchen. Pr. geb. 12.25 M.; geb. 13.90 M. Bd. 2: Die Auslanddeutschen in Übersee. 450 S. mit 3 Karten und 2 Tafeln. Pr. geh. 14.70 M.; geb. 16.50 M. Aschendorffsche Verlagsbuchhandlung, Münster i. W. 1930.

Dies umfassende zweibändige Werk ist ein Zeugnis der ungeheuren kulturpolitischen Bedeutung der Zusammenarbeit von Auslanddeutschtum und Kirche.

Wörterbuch deutscher Ortsnamen in den Grenz- und Auslandsgebieten. Im Auftrage der Zentralkommission für wissenschaftliche Landeskunde von Deutschland herausg, von dem Vorsitzenden, Prof. Dr. R. Gradmann. 78 S. Ausland und Heimat Verlags-A.-G., Stuttgart 1929. Pr. 1.40 M.

Die kulturpolitische Bedeutung des kleinen Wörterbuches ist dankbar anzuerkennen.

L. Korodi: Auf deutscher Fährte in Südosteuropa. Streifzug durch Ungarn, Rumänien und Südslawien. Deutschland und die Welt, Heft 4. 32 S. Verlag Adolf Albrecht, Berlin-Schöneberg 1930. Pr. —.80 M.

W. Kuhn: Die jungen deutschen Sprachinseln in Galizien. Beitrag zur Methode der Sprachinselforschung, mit Vorwort von Prof. Dr. E. Winter. Deutschtum und Ausland, herausg. von G. Schreiber. 244 S. mit 5 Karten und 23 Abbildungen. Aschendorffsche Verlagsbuchhandlung, Münster i. W. 1930. Pr. geh. 12.30 M.; geb. 13.90 M.

Darstellung der seit 1781 in Galizien gegründeten deutschen Sprachinseln auf allen Lebensgebieten. Unterschied zur polnischen und ukrainischen Umwelt. Verschiedenheit der pfälzischen und deutsch-böhmischen Siedler.

H. Hofmann-Ludwigshafen: Bei den Pfälzern im Banat. Im Lande deutscher Treue. Reiseerlebnisse, 88 S. mit 16 Bildtafeln, Verlag Aschendorff, Münster i. W. 1930. Pr. 5.— M. Flott geschrieben, gut beobachtet und eine Fülle von Material zur Deutschtumskunde im Ausland.

Die Wirtschaftsgeschichte des Burzenlandes.

1. Teil des V. Bandes des Gesamtwerkes: Das Burzenland. Herausg. von E. Jekelius. 233 S. Burzenländer Bildtafeln und 11 Tabellen. Verlag Burzenländer Sächsisches Museum, Kronstadt 1929.

Schon mehrfach wurde in diesen Spalten auf die wertvollen Arbeiten des Burzenländer Sächsischen Museums mit aller Wärme hingewiesen; auch vorliegender Band stellt nicht nur nach Ausstattung und Inhalt einen vorbildlichen Beitrag zur Kenntnis des Auslanddeutschtums dar, sondern ist auch ein Werk von unschätzbar wirtschaftswissenschaftlichem und kulturhistorischem Interesse.

M. Langhans-Ratzeburg: Die Wolgadeutschen. Ihr Staats- und Verwaltungsrecht in Vergangenheit und Gegenwart. Zugleich ein Beitrag zum bolschewistischen Nationalitätenrecht. Deutsche Gesellschaft zum Studium Osteuropas. Komitee zur Pflege der kulturellen Beziehungen zwischen Deutschland und der Republik der Wolgadeutschen. 190 S. Ost-Europa-Verlag, Berlin 1929. Pr. 6.50 M.

Eine Darstellung der rechtsgeschichtlichen Entwicklung des Wolgadeutschtums vom Beginn der Siedlung unter Katharina II. bis zur autonomen Räterepublik innerhalb der Sowjetunion. Ethnopolitischer Almanach. Herausg. von O. Junghann und M. H. Boehm. Ein Führer durch die europäische Nationalitätenbewegung. 182 S. Wilhelm Braumüller, Wien 1930. Pr. 5.50 M.

Inhalt: Abhandlungen und Berichte; Dokumente; Materialien zur ethnopolitischen Länderkunde Europas. Als Nachschlagewerk vorzüglich geeignet.

WIRTSCHAFT

K. Ritter: Die Entwicklung des deutschen Viehbestandes seit Anfang des 19. Jahrh. Agrarpolitische Aufsätze und Vorträge. 13. Heft. 35 S. und 52 Kartenskizzen. Paul Parey, Berlin 1929. Pr. 4.— M.

Neues Altona, 1919/1929. Zehn Jahre Aufbau einer deutschen Großstadt. Dargestellt im Auftrage des Magistrats der Stadt Altona von K. Hoffmann. 642 S. mit zahlreichen Illustrationen, Stadt- und Lageplänen sowie ausführlichen Statistiken. Eugen Diederichs Verlag, Jena 1929.

K. Giese: Neuordnung der Reichsbahndirektionsbezirke in Mittel-Deutschland. Ein Beitrag zur Neuorganisation der Reichsbahnverwaltung. 182 S. mit Karten, Diagrammen und Statistiken. Selbstverlag des Ratsverkehrsamts, Leipzig 1929.

Das Buch wendet sich vor allem an die Öffentlichkeit, ihr Interesse für Verkehrsfragen anzuregen, Wünsche und Kritik herauszufordern, und liefert zur Frage der Umgliederung des Reiches von der Seite der Verkehrspraxis her wertvolles und anregendes Material. Die Tendenz des Verfassers, Leipzig mit seinem unglückseligen Kopfbahnhof als den gegebenen Mittelpunkt des werdenden Mitteldeutschland zu erweisen, tritt in der ganzen Schrift deutlich hervor.

Deutschlands Reparationslast. Ein Vergleich zwischen Dawes-Plan und Young-Plan. Heft 1 der Schriften des Magazins der Wirtschaft. 100 S. Verlagsgesellschaft, Berlin 1930. Pr. 3.60 M.

A. Günther: Die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen dem Deutschen Reiche und Österreich. 2. Heft der Sammlung Wirtschaftsprobleme der Gegenwart, herausg. von Prof. Dr. A. Weber. 50 S. Junker und Dünnhaupt-Verlag, Berlin 1929. Pr. 2.50 M.

Eine tiefschürfende Studie der wirtschaftlichen Bedeutung des Zusammenschlusses für beide Staaten und ganz Europa.

- L. Eichhorn: Die Handelsbeziehungen Deutschlands zu Sowjetrußland. Ein Beitrag zum Problem des deutsch-sowjetrussischen Handelsverkehrs. Unter besonderer Berücksichtigung der bisherigen Ergebnisse des deutsch-russischen Wirtschaftsabkommens vom 12. 10. 1925. 94 S. Carl Hinstorffs Verlag, Rostock 1930. Pr. 4.50 M.
- H. Lorenz: Handbuch des Außenhandels und Verkehrs mit der U.d.S.S.R. und der staats- und wirtschaftspolitischen Verhältnisse der Sowjetunion. Herausg. auf Grund amtlicher Unterlagen. 438 S. Kurt Vowinckel Verlag, Berlin-Grunewald 1930. Pr. 24.— M. Das Standardwerk des russischen Außenhandels und Verkehrs, ausgezeichnet durch gründliche Darstellung aller Gesetze, Ausführungsverordnungen, administrativen Bestimmungen und Gebräuche im Verkehr mit der U.d.S.S.R.; Nachträge halten das Werk auf dem jüngsten Stand der Veränderungen.
- B. Seifert: Der Anteil Deutschlands an der wirtschaftlichen Entwicklung Afghanistans. Schriften des Deutschen Ausland-Instituts Stuttgart. Wirtschaftwissensch. Reihe, Bd. 3. 66 S. mit einer Karte. Ausland und Heimat Verlags-A.-G., Stuttgart 1929. Pr. geb. 2.70 M.; geh. 2.— M. Aus eigener Kenntnis des Landes schildert und begrenzt Seifert den Umfang der wirtschaftlichen Betätigung Deutschlands in Afghanistan und zeigt ihre Hemmungen und Probleme auf.
- K. Bährens: Flanderns Kampf um die eigene Scholle. Eine Studie seiner wirtschaftlichen Struktur. 204 S. mit 10 Karten und zahlreichen Tabellen. Hochschulverlag K. Vater, Breslau 1930. Geopolitisch fundiert, reiches Tatsachenmaterial, aber vielleicht etwas optimistisch; das Buch ist bisher die einzige zusammenfassende Darstellung der flämischen Frage.
- A. W. Quint: International Rivierecht Betreffende Gebruik Tot Andere Doleinden Dan De Scheepvaart. H. G. Paris, Amsterdam 1930. Pr. 6.50 M.

E. Hantos: Mitteleuropäische Eisenbahnpolitik. 112 S. Pr. 4.50 M. — Mitteleuropäische Wasserstraßenpolitik. 194 S. Pr.
6.60 M. — Mitteleuropäischer Postverein.
85 S. Pr. 3.60 M. Sämtlich erschienen in den
"Mitteleuropäischen Wirtschaftsfragen" der
Schriftenreihe des Mitteleuropa-Instituts zur
Förderung der wirtschaftlichen und kulturellen
Annäherung, Wien. Universitätsbuchhandlung
W. Braumüller, Wien und Leipzig 1929.

Die Ausführungen H.s beruhen auf der Überzeugung, daß in Mitteleuropa die Voraussetzungen einer einheitlichen wirtschafts-, handels- und verkehrspolitischen Betätigung gegeben sind, und stellen praktische Vorschläge dar.

- W. Adermann: Die russische Baumwollindustrie nach dem Kriege. Osteuropäische Forschungen. Im Auftrage der Deutschen Gesellschaft zum Studium Osteuropas herausg. von O. Hoetzsch. Neue Folge Bd. 5. 117 S. Ost-Europa-Verlag, Berlin 1929. Pr. 6.— M. Hat die russische Baumwolle nach Krieg und Umsturz ihre Stellung auf dem Weltmarkt und ihre Bedeutung für den Binnenmarkt verloren? Die Antwort erhellt schlaglichtartig die sowjetrussische Wirtschaftspolitik.
- O. Martens und O. Karstedt: Afrika. Ein Handbuch für Wirtschaft und Reise. Herausg. auf Anregung der deutschen Afrikalinien. 940 S. mit 4 Übersichtskarten und 4 Lageplänen. Dietrich Reimer / Ernst Vohsen, Berlin 1930. Pr. 6.— M.

Wirklich alles Wissenswerte für den Kaufmann und den Reisenden ist hier in Form eines "Baedekers" zusammengestellt.

F. Bonsack: Die Versorgung der Welt mit Jute unter besonderer Berücksichtigung der wirtschaftsgeographischen Grundlagen. Bd. IV der Bücherei der Faserforschung. 204 S. mit 5 Karten und 1 Diagramm. Verlag S. Hirzel, Leipzig 1929. Pr. 8.— M.

Die fast allgemein zu beobachtende Verdrängung der europäischen Industrie vom Weltmarkt kann kaum augenfälliger als am Beispiel der Jute gezeigt werden. Die Schrift verdient sowohl vom wirtschaftlichen wie vom politischen Standpunkt aus Beachtung.

Verantwortlich sind: Professor Dr. K. Haushofer, München O 27, Kolberger Str. 18 / Professor Dr. E. Obst, Hannover, Scharnhorststraße 14 / Professor Dr. Maull, Graz, Hilmteichstr. 23 / Verlag: Kurt Vowinckel Verlag G. m. b. H., Berlin-Grunewald, Hohenzollerndamm 83 / Druck: Spamersche Buchdruckerei in Leipzig / Alfa-Papier von E. A. Geese, Berlin SW 68

Jetzt 15000 Exemplare

vom 6. Beiheft zur Zeitschrift für Geopolitik

ERICH KOCH-WESER Deutschlands Außenpolitik in der Nachkriegszeit

3., erweiterte und vermehrte Auflage 8º / 170 Seiten / Kart. RM 2.50 / Leinen RM 4.20

Von der eben erschienenen 3. Auflage dieser ausgezeichneten Übersicht wurden eine Anzahl Exemplare in Leinen gebunden.

Sonderausgabe

für Bezieher der Zeitschrift für Geopolitik

KURT VOWINCKEL VERLAG GMBH.
BERLIN-GRUNEWALD

Jetzt 7 Beihefte

zur Zeitschrift für Geopolitik:

1. Fritz	Hesse /	Die Mo	ssulfrage	/ Mit	vier Karten
					Kart. RM 3.50

- 2. Manfred Langhans-Ratzeburg / Begriff und Aufgaben 'der geographischen Rechtswissenschaft (Geojurisprudenz) / Mit fünf Skizzen / Kart. RM 4.-
- 3. Alois Hobelsperger // Europa im Abstieg / Weltpolitik und Weltwirtschaft seit 1913 / Mit zwei Karten und dreizehn mehrfarbigen Tafeln Kart. RM 5.—
- 4. Heinrich Gattineau / Verstädterung und Arbeiter-Herrschaft/Ergebnisse einer kritischen Betrachtung der australischen Verhältnisse / Mit acht graphischen Darstellungen Kart. RM 8.50 Leinen RM 0.50
- **5.** H. Harmsen K. C. von Loesch / Die deutsche Bevölkerungsfrage im europäischen Raum / Mit vier Skizzen Kart. RM 3.80
- **5.** Erich Koch-Weser / Deutschlands Außenpolitik in der Nachkriegszeit / 3. Auflage Kart. RM 2.50 Leinen RM 4.20
- 7. Ibrahim Seyfullah / Italien im östlichen Mittelmeer
 Eine politische Studie über die Bedeutung der anatolischen Küsteninseln Kart. RM 4.—

Subskribenten: 10%, Nachlaß

KURT VOWINCKEL VERLAG GMBH. BERLIN-GRUNEWALD